

KILL OR CHILL?



Eine Analyse der Opposition gegen die Criminal Justice Bill (CJB)

aus: [Aufheben](#), No. 4; Summer 1995

Aufheben

Zu *Aufheben* gibt es kein vergleichbares englisches Wort. Im Alltagsdeutsch hat es zwei Hauptbedeutungen, die Gegenteiliges bedeuten: Eine ist negativ, 'abschaffen', 'für ungültig erklären', 'annullieren' etc. Die andere ist positiv, 'ersetzen', 'überwinden'. Hegel benutzte diese Zweideutigkeit und beschrieb mit diesem Wort eine positiv-negative Handlung, durch die eine höhere Form des Denkens oder der Natur eine niedrigere Form überwindet, während gleichzeitig 'die Momente der Wahrheit' letzterer 'bewahrt'. Die revolutionäre Negation des Kapitalismus durch das Proletariat, der Kommunismus, ist ein Beispiel für diese positiv-negative Bewegung der Überwindung, wie auch seine

Einleitung

Letztes Jahr (1994) veranlaßte die Bedrohung mit der Criminal Justice Bill (CJB) Tausende von Menschen, auf verschiedene Arten und Weisen gegen den Staat aktiv zu werden. Ebenso führte dies dazu, daß viele verschiedene oppositionelle Elemente in einer gemeinsamen, praktischen Verhältnis zusammenkamen, viele zum ersten Mal überhaupt. Wir untersuchen die Möglichkeiten, die in diesen Kämpfen stecken.

1. Die Zeichen der Zeit: Monetarismus, die Krise der Repräsentation und die CJB

Die Kämpfe gegen den Criminal Justice Act von 1994 sind bemerkenswert wegen ihrer relativen Unabhängigkeit von der Labour Party und der Linken. Dieselben nationalen und globalen ökonomischen Bedingungen, die gewisse oppositionelle Lebensstile aufblühen ließen, entzogen den traditionellen Formen der Vermittlung und Integration ihre Verhandlungsmacht.

2. Von der Kampagne zur Bewegung: Latente und manifeste Widersprüche

Als die Opposition gegen die CJB sich zu organisieren begann, wurden latente interne Widersprüche zunehmend offensichtlich. Diese zeigten sich nicht nur zwischen den Subjekten, die versuchten, ihrem Antagonismus gegenüber dem Staat Ausdruck zu geben, und denen, die versuchten, sie zu repräsentieren. Es gab ebenfalls massive Widersprüche

innerhalb sowohl der "fluffy" als auch der militant-liberalen Individuen, sowohl in Hinblick auf ihre Worte wie auf ihre Taten. Die landesweiten Demonstrationen drückten sowohl den Höhepunkt der Kämpfe (der Hyde Park-Riot), als auch die ernstesten Grenzen der Perspektive von einigen der Beteiligten aus.

3. In die Leere: Von der Ein-Punkt-Bewegung zur anti-kapitalistischen Bewegung?

Obwohl die Rede von 'Rechten' bisher dominierte, existieren innerhalb der Bewegung, die sich gegen die CJB entwickelt hat, Tendenzen, die die Trennung von dieser entfremdeten Welt der Rechten postulieren; die Erfahrungen in der Organisation gegen die CJB und das neue Gesetz selbst haben zur Entwicklung dieser Tendenzen beigetragen. Die Absage der Road Protestors (DemonstrantInnen gegen Straßenbau) an Demokratie, die Absage der HausbesetzerInnen an Eigentumsrechte, und die Suche der RaverInnen nach Autonomie: All das zeigt die Möglichkeit, daß diese besonderen Kampagnen über sich hinaus gehen, in einen allgemeinen anti-kapitalistischen Kampf übergehen könnten.

TEIL EINS: ZEICHEN DER ZEIT

Monetarismus, die Krise der Repräsentation und die CJB

Jede Analyse der Opposition gegen das, das jetzt in der Gesetzessammlung unter "Criminal Justice and Public Order Act" steht, muß selbstverständlich in Betracht ziehen, worum es sich bei diesem Gesetz überhaupt handelt, muß untersuchen, welche Bedeutung es als Waffe zwischen den widerstrebenden Klassen hat. Dies ist nicht gerade einfach, auf Grund der großen Bandbreite der unzähligen Paragraphen, die das Gesetz beinhaltet, die von der Abschaffung des Streikrechts für die Gewerkschaft der Gefängnisbeamten bis hin zur Ermöglichung der Inhaftierung von Kindern in Gefängnissen reichen. Eine weitverbreitete Kritik der Opposition gegen das Gesetz ist, daß diese sich weitgehend auf den Teil 5 konzentriert hat, der die Maßnahmen gegen RaverInnen, Traveller ("Wagenburgen"), BesetzerInnen, JagdsaboteurInnen usw. beinhaltet, und dadurch den Eindruck vermittelt hat, daß sich der CJ&POA nur mit 'marginalen Elementen' befaßt. Einige AnarchistInnen (wie das Anarchist Black Cross) haben argumentiert, daß die angeblich "anti-terroristischen" Maßnahmen, wie die Wiedereinführung des Rechts auf "Stop and Search" ("Anhalten und Durchsuchen") und die Abschaffung des Rechts auf Aussageverweigerung bei Polizeiverhören, zeigen, daß sich das Gesetz nicht in erster Linie gegen 'Marginalisierte' richtet, sondern im Gegenteil ein Angriff auf die ArbeiterInnenklasse als Ganze darstellt. Und viele LeninistInnen haben argumentiert, daß der neue Straftatsbestand des "schweren Hausfriedensbruchs" desgleichen zeigt, daß das Gesetz einen Angriff auf die gesamte ArbeiterInnenklasse darstellt, indem es Streikketten kriminalisiert, vorausgesetzt daß ihrer Meinung nach (trotz der Offensichtlichkeit des Gegenteils) die gesamte ArbeiterInnenklasse (oder zumindest der Teil, auf den es ankommt) einen Vollzeit-Arbeitsplatz hat.

Auch wenn das erste dieser Argumente vielleicht etwas wahres enthält, können beide nicht

das Wesen dieses verschwommenen Bestie erfassen. Der CJ&POA ist als ein Bündel von Vorurteilen beschrieben worden, und kann vielleicht am besten als solches verstanden werden - ein Stück Gesetzgebung, um das herum sich eine gespaltene Konservative Partei vereinigen kann, als einen Angriff auf ihre Lieblings-Sündenböcke. Aber der CJ&POA funktioniert auf diese Weise, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht, weil es eine Methode in ihrem Wahnsinn gibt. Obwohl die "Klein-Nationalistin" Thatcher gefeuert wurde, sind die Konservativen immer noch gespalten an der Frage Europa: An dem Problem der Klassenherrschaft in der neuen ökonomischen Realität des globalen Finanzkapitals. Und die Krise, die es vor kurzem über die Frage einer Mehrwertsteuer auf Benzin gab, wo konservative rebellische Hinterbänkler einem absoluten Fraktionszwang trotzten, um die Regierungsmehrheit zu sabotieren, hat deutlich die Uneinigkeit und den Mangel an Richtung demonstriert, der die Regierung befallen hat. Das Problem, dem sie sich gegenübersehen und das sich jeder einfachen Lösung widersetzt, ist einfach die Notwendigkeit, Sparmaßnahmen durchzusetzen, die Notwendigkeit, die Errungenschaften einer in die Enge getriebenen ArbeiterInnenklasse anzugreifen, ohne den fragilen konservativen sozialen Konsens zu zerstören, der von dem Phänomen des "Mannes aus Essex" repräsentiert wird. Wo der Traum von der Eigentümer-Demokratie im Alptraum der Schulden versinkt, zerfällt der Konsens zusehens, aber die UK GmbH kann nicht zurück. Was gibt es für ein besseres Stärkungsmittel, als einen guten alten Angriff auf diejenigen, die von jeher bei dem Handel außen vor waren, die Marginalisierten, auf deren Ausschluß die konservative Übereinkunft basierte, um die Entschlossenheit in den eigenen Reihen zu stärken für die Angriffe, die drohen, die Klassenzusammensetzung zu verändern. Aber selbst solch eine scheinbar unkomplizierte Waffe drohte in den Händen derjenigen, die sie zu benutzen suchten, zu explodieren. Doch wir greifen voraus. Bevor wir fortfahren, müssen wir uns über den Kontext verständigen, in dem der Kampf stattfand.

Der Charakter der Bewegung gegen den CJ&POA kann nur angemessen verstanden werden durch die Untersuchung des politischen Zusammenhangs, in dem sie entstanden ist. Das bemerkenswerteste Merkmal der Kampagne war das vollständige Fehlen einer Beteiligung der Labour Party (abgesehen von den Reden von Tony Benn) und die wirksame Verdrängung von Gruppen, die traditionellerweise im Geröll einer Bewegung nach Nahrung suchen. Die Bewegung könnte in mancherlei Hinsicht als Vorbild für Klassenkämpfe in einer Zeit gesehen werden, die dem Rückzug der Sozialdemokratie folgt: Ungehindert von jeder machtvollen Vermittlungskraft und, daher, sowohl relativ uneinheitlich in den Versuchen, ihre Forderungen auszudrücken, als auch potentiell explosiv. Wir scheinen uns auf eine Situation zuzubewegen, in der das traditionelle Mittel der Integration von Kämpfen und ihrer Subjekte - die 'Linke' - sich zunehmend als unfähig erweist, Kämpfe zu repräsentieren, die außerhalb der Produktionssphäre stattfinden. Dieser Rückzug der Sozialdemokratie ist selbst wiederum eine Konsequenz neuer globaler Realitäten.

1. Die Krise der Repräsentation

a) Der Rückzug der Sozialdemokratie

Als die traditionelle Form der Vermittlung der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit, könnte die Sozialdemokratie, einschließlich ihrer radikalen Ausläufer, als Repräsentantin

des tradeunionistischen Bewußtseins der ArbeiterInnenklasse bezeichnet werden. Anders als Lenin, der meinte, die ArbeiterInnenklasse könne kein revolutionäres Bewußtsein ohne eine Intervention von außen entwickeln, würden wir sagen, daß es die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse selbst sind, die das gesellschaftliche Verhältnis Kapital entfetischieren. Aber dies bedeutet nicht, daß die ArbeiterInnenklasse ihrem Wesen nach, aus sich heraus revolutionär ist. Reformismus (oder Demokratie, in diesem Fall) kann nicht verstanden werden, wenn sie als Priesterbetrug gesehen wird, den die (Mittelschichts-) Linke bei der ansonsten revolutionären Klasse anwendet, wie uns viele "Ultra-Linke" glauben machen wollen. Die Tendenz zum Reformismus muß, wie die Tendenz zum Kommunismus, auf dem sozialen Verhältnis der Lohnarbeit selbst gründen: Ausbeutung vermittelt durch Kauf und Verkauf von Arbeitskraft.

Proletarische Subjektivität bewegt sich auf einem Kontinuum zwischen den Polen Integration und Transzendenz, Polen, die der Akzeptanz bzw. der Ablehnung der Warenform von Arbeit entsprechen. Arbeitskraft ist eine Ware, die keine Ware ist. Eine Ware ist eine Sache, die trennbar und daher auch von ihrem Besitzer entäußert werden kann, die produziert wird, um sie zu verkaufen; und für das Kapital ist Arbeitskraft diese Sache, deren Tauschwert der Lohn, und deren Gebrauchswert die Fähigkeit ist, Wert zu erhalten und zu produzieren. Doch Arbeitskraft wird nicht nur nicht zum unmittelbaren Verkauf produziert, da sie nur als Teil der Reproduktion des menschlichen Lebens selbst produziert wird, sondern sie ist auch keine Sache, die getrennt von ihrem Besitzer existiert. Die Entäußerung der Arbeit wird daher als Verlust von Subjektivität erfahren, als Entfremdung.

Daher rührt der Widerstand gegen die Durchsetzung der Warenform, der zu Arbeitsverweigerung, Ent-Fetischisierung und der kommunistischen Tendenz führt. Insofern diese Durchsetzung jedoch akzeptiert wird, kann der/die ArbeiterIn die Position als WarenbesitzerIn, neben der Bourgeoisie und anderen ProletarierInnen, in der Sphäre des Warentauschs und der Konsumtion akzeptieren, und möglicherweise ein Auto, ein Haus und andere Fallstricke einer "Mittelschichts-"Identität kaufen.

Die Sozialdemokratie repräsentiert die Akzeptanz der Warenform der Arbeit, die Interessen der ArbeiterInnenklasse als Objekt, während die Gewerkschaften den kollektiven Verkauf an das Kapital regeln. Sie repräsentiert die Interessen einer nationalen ArbeiterInnenklasse als ganzer innerhalb des Kapitalismus, durch den Einsatz von staatlichen Interventionen gegen einige Auswüchse des Marktes.

Deshalb müssen Kämpfe gegen die Entfremdung der Lohnarbeit von der Linken übernommen, von ihr repräsentiert und vereinbar gemacht werden mit der fortdauernden Objektivierung der ArbeiterInnen durch die Kapitalakkumulation. Und zu der Zeit, als die Verweigerung der Arbeit manifest war, bestand die wesentliche Rolle der RevolutionärInnen darin, diese Vereinnahmung zu verhindern, die ArbeiterInnenklasse als Subjekt von ihrer Repräsentation zu unterscheiden. Aber ebenso notwendig ist es, die Grenzen der Vereinnahmungsfähigkeiten der Linken zu erkennen und zu erforschen, und dies ist nicht möglich, wenn die Linke auf eine einfache Identität mit dem Kapital (als sein linker Flügel) reduziert wird, anstatt sie als eine Form der Vermittlung zu begreifen, als einen beidseitigen Prozeß. Die Sozialdemokratie liefert die ArbeiterInnenklasse nicht nur

dem Kapital aus, und erhält die nationalen Spaltungen innerhalb ihrer aufrecht, sondern kann dies nur auf der Grundlage tun, daß sie eine organisatorische Form ist, durch die Zugeständnisse vom Kapital gefordert und gewonnen werden können, durch die die Interessen der ArbeiterInnenklasse als gesellschaftlichem Bestand an objektiver Arbeitskraft geltend gemacht werden.

Die der ArbeiterInnenklasse eigene Tendenz zu Verweigerung und Widerstand, eine Tendenz, die in der Nachkriegsrevolte gegen den taylorisierten Arbeitsprozeß in den Vordergrund trat, wurde auf der Grundlage der Monetarisierung der Frustration vereinnahmt: Finanzielle Kompensation für die Erfahrung entfremdeter Arbeit. Diese Monetarisierung von Forderungen war der Klassenzweck des keynesianistischen Nachfragemanagements. Der Keynesianismus war Ausdruck der Erkenntnis, daß Forderungen der ArbeiterInnenklasse wegen einer drohenden Revolution nicht länger ignoriert werden konnten, sondern als Motor der Kapitalakkumulation angepaßt und nutzbar gemacht werden mußten. So erlaubte die Defizit-Finanzierung steigende Reallöhne und öffentliche Ausgaben für soziale Sicherheit, was im Gegenzug durch das Ergebnis zukünftiger Ausbeutung zurückgezahlt werden sollte.

Die Grundlage für den Erfolg der Sozialdemokratie setzte also voraus, daß der Staat in der Lage war, die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse durch eine Flexibilität in der Finanzpolitik zu integrieren, Reformen und Zugeständnisse zu machen, die er über die Besteuerung der zukünftigen Produktion von Mehrwert zurückerlangen konnte. Wie wir gesehen haben, ist diese Voraussetzung durch die zunehmende Autonomie des weltweiten Finanzkapitals untergraben worden.⁽¹⁾ Damit kam es zum Rückzug der Sozialdemokratie im globalen Maßstab.

b) Vom Labourismus zum Blairismus

Die Labour Party mußte die Macht abgeben, als im "Winter of Discontent" ("Winter der Unzufriedenheit") die Grenzen aufgezeigt wurden, die dem Versuch gesetzt sind, monetaristische ökonomische Maßnahmen innerhalb eines keynesianistischen institutionellen Rahmens durchzusetzen. Wilde Streiks ließen den sozialdemokratischen Konsens in Trümmern zurück; eine radikalere Strategie wurde nötig, eine der Spaltung der ArbeiterInnenklasse, um einen neuen, konservativen Konsens zu etablieren, der auf dem Ausschluß derjenigen basierte, deren Ausbeutung nicht die notwendige Profitrate erzielen würde. Es hat 15 Jahre in der Opposition gedauert, bis die Labour Party auf die Diktatur des Finanzkapitals reagierte und plante, die traditionelle Verpflichtung auf Nationalisierung zu streichen. Während dieser 15 Jahre hat sich die Partei nach rechts bewegt, weil sie erkannte, daß sie nur eine Wahl gewinnen wird, wenn sie die Analytiker der Londoner City davon überzeugen kann, daß sie ein ebenso strenges finanzpolitisches Regime wie ihre Widersacherin durchsetzen kann. Dieser Prozeß hat seinen logischen Schluß gefunden in der Wahl von Tony Blair zum Parteichef und seinen Plänen, den Bankiers zu versichern, daß seine Partei nicht einmal eine Spur von Festlegung auf ein finanzielles Regime hat, das die Umverteilung von Mehrwert in Verlust-bringende nationalisierte Industrien und den öffentlichen Dienst zulassen würde.

Mit dem Entstehen dieses "neuen Realismus" kam der Niedergang der Fähigkeit der Linken

zur Vereinnahmung. Aber dies war kein reibungsloser Prozeß. Tatsächlich hatte die Partei ursprünglich einen Linksdrall, als die Neue Linke sich zu Beginn der 80er massenhaft entschloß, der Partei beizutreten, und die Flexibilität genoß, die der Oppositionsstatus bot. Seit damals wurde der linke Flügel der Partei jedoch massiv unter Druck gesetzt, insbesondere durch Kinnock mit seiner 'Hexenjagd' auf Militant. Der Niedergang der Linken in der Partei, die in den 70ern eine wesentliche Kraft dargestellt hatte, war von einem solchen Ausmaß, daß sie jetzt kaum noch wahrnehmbar ist, und nicht einmal mehr den gelegentlichen Phyrussieg bei einer Parteikonferenz zustande kriegt.

Eine ganze Reihe von Arbeitsgesetzen hat diesen "neuen Realismus" während dieser Jahre den Gewerkschaften aufgezwungen. Während sie früher in der No.10 (Downing Street) bei Bier und Sandwiches verhandeln konnten, und gelegentlich drohten, daß ihre Mitglieder nicht ohne Zugeständnisse dem zustimmen würden, was die Regierung wollte, finden sich die Gewerkschaftsführer jetzt in einer Position wieder, in der sie ihre Mitglieder rücksichtslos unter Kontrolle halten, jede Initiative zerschlagen müssen, die in der befürchteten Beschlagnahme enden könnte. Die Unmöglichkeit, irgendetwas durch die Akzeptanz der Gewerkschaftsform zu gewinnen, war eine Einladung zur "wildcat autonomy" ("wilde Autonomie"), die leider viel zu selten angenommen worden ist. Ob dies an einer gewissen Loyalität gegenüber der Form liegt, trotz all des 'Verrats', den es in der Vergangenheit so oft gegeben hat, oder an einem verständlichen Mangel an Vertrauen, ist unklar; aber es ist unwahrscheinlich, daß die Einladung zurückgezogen wird.

Während also die Sozialdemokratie einen starken, wenn auch brüchigen Griff auf die Kämpfe am Arbeitsplatz hat, so wurde der Niedergang ihrer Relevanz bei Kämpfen außerhalb des Arbeitsplatzes deutlich bei der Poll Tax.

Wer kann sich noch an die "Stop It!"-Kampagne der Labour Party erinnern (auch "Pay It!" von ihren KritikerInnen genannt), außer den Gewerkschaftsführern, die sie unterstützt haben? Tatsächlich wird sich die Erinnerung der meisten Leute in Bezug auf das Verhältnis von Labour Party und der "Tory Tax" darauf beschränken, mit welcher Strenge die Labour-Bezirke ihr finanzielles Verantwortungsbewußtsein durch die Verfolgung von Nicht-ZahlerInnen demonstrierten.

Mit diesem Rückzug der Mainstream-Sozialdemokratie von den Belangen "der Arbeiter" wurde die Aufgabe der radikalen Sozialdemokratie, nämlich die Kämpfe auf die Arbeiterbewegung zu orientieren, untragbar schwierig. Die Position der SWP, die Opposition darauf zu orientieren, die Gewerkschaften zu einem Boykottaufruf gegen die Steuer zu zwingen, war ein Fehlstart. Militant schien etwas besser zu fahren, insofern Leute ihre klassenfeindliche "Lobby the Labour Council" ("Beeinflusse den Labour-Bezirk")-Position aufgriffen, bis dahin, daß sie sie als Aufruf zu Blockaden, Störungen oder Riots verstanden. Dennoch versagten sie kläglich mit ihren Bemühungen, obwohl sie die "Federation" zusammenflickten. Der Versuch, den Kampf in eine sozialdemokratische Zwangsjacke zu stecken, machte einen Angriff auf die Aufständigen vom Trafalgar Square notwendig, deren Aktionen nicht mit der sozialdemokratischen Definition von ArbeiterInnenklassen-Subjektivität übereinstimmten. Dieser Angriff verekelte sogar viele loyale Mitglieder. Nicht nur waren sie daran gescheitert, die ArbeiterInnenklasse an die Arbeiterbewegung auszuliefern, sondern sie wurden auch aus ihrer geliebten Partei

ausgeschlossen und verloren die Hälfte ihrer Mitglieder.

Die traditionellen Formen der Vermittlung sind in der Krise. Dies läßt sich am besten illustrieren durch einen Vergleich der Bewegung gegen den CJ&POA von 1994 mit derjenigen, die die Kampagne gegen das Criminal Trespass Law von 1977 führte.

c) Von CACTL zu fraktal

Hausbesetzung, als eine Verletzung der unveräußerlichen Gesetze des privaten Eigentums, stellt offensichtlich eine Herausforderung der grundsätzlichen Regeln des sozialdemokratischen Kompromisses dar. Nichtsdestotrotz erwies sich die Sozialdemokratie in der 70ern als sehr wohl fähig, einen nicht unerheblichen BesetzerInnenkampf zu vereinnahmen. 1974 veröffentlichte die Gesetzeskommission ihren ursprünglichen Bericht, in dem sie vorschlug, die Forcible Entry Acts von 1381 durch ein Criminal Trespass Law zu ersetzen, durch das alle Formen des Haus- und Landfriedensbruchs, also auch Hausbesetzungen, illegal gemacht würden. Die relativ gut organisierte HausbesetzerInnen in London reagierten sofort; bei einem Gesamt-Londoner HausbesetzerInnen-Treffen beschlossen sie, eine Kampagne ins Leben zu rufen, um die Vorschläge zu bekämpfen. So entstand die 'Campaign Against A Criminal Trespass Law' - CACTL ("Kampagne gegen ein Krimineller Hausfriedensbruch-Gesetz"). GenossInnen, die an der Kampagne beteiligt waren, haben uns berichtet, daß CACTL sehr schnell von TrotzkiInnen dominiert wurde, die schließlich durch ein Paar der SWP repräsentiert wurden. Dies wird gestützt durch die Propaganda von CACTL selbst, die unvermeidlich die Auswirkungen der Vorschläge auf HausbesetzerInnen herunterspielte, um im Gegenzug den Gesetzesvorschlag als Angriff auf ArbeiterInnen darzustellen. Ebenso wie die SWP versucht hat, die Bewegung gegen den CJ&POA zu steuern, so versuchte CACTL die Opposition in Richtung Arbeiterbewegung zu steuern.

Jedoch hatte CACTL, mit der Argumentation, das Gesetz sei gegen Fabrikbesetzungen gerichtet, bemerkenswerten Erfolg. Zwischen 1971 und 1975 hatten sich über 150.000 ArbeiterInnen bei über 200 Besetzungen beteiligt. Diese reichten von denen bei Fisher-Bendix in Kirby 1972 und 1974 gegen Entlassungen bis zu der von Hopkinson's in Huddersfield 1975 für Lohnerhöhungen. Auch Besetzungen durch StudentInnen waren in den 70ern wiederholt auftretende Vorkommnisse, insbesondere 1976. Und im selben Jahr, in dem sich die Labour-Linke über Callaghans 'Verrat' auf ihrer Konferenz beklagte, und überlegte, was sie tun sollte, demonstrierten Ford-ArbeiterInnen in Dagenham ihre Verachtung gegenüber linker Vermittlung durch einen Riot, bei dem sie die Polizei zurückdrängten, während sie verschiedene Teile der Fabrik kaputt schlugen und in Brand setzten. Damals, als die Kämpfe am Arbeitsplatz tobten, stellte sich die Arbeiterklassen-Karte, die CACTL spielte, als Trumpf heraus, und sie erhielten Einladungen, SprecherInnen zu Gewerkschaftsräten, Gewerkschaftsabteilungen und StudentInnengewerkschaften zu schicken.

Die radikale Sozialdemokratie war in der Lage, den Kampf zu vereinnahmen und zu repräsentieren, weil sie fähig war, Erfolge vorzuweisen. Bis 1976 hatte CACTL Unterstützung von 36 Gewerkschaftsräten, 85 Gewerkschaftsabteilungen und 51 StudentInnengewerkschaften erhalten, und im folgenden Jahr hatten nicht nur die

nationalen Gewerkschaften ACTT, AUEW-TASS und NUPE Erklärungen gegen die Vorschläge verabschiedet, sondern auch der TUC-Generalrat hatte sich in einer Abstimmung gegen das CTL gestellt. Orientierung auf die Arbeiterbewegung in diesem Kontext bedeutete, daß CACTL in der Lage war, massive Unterstützung für Demonstrationen zu mobilisieren. Angesichts dieser Opposition schwächte die Gesetzeskommission ihre ursprünglichen Vorschläge stark ab.

Der Criminal Law Act von 1977 stellte einen Kompromiß dar, der bedeutete, daß Hausbesetzungen immer noch legal waren, auch wenn sie erschwert worden waren. Das Gesetz, das bis zu den Veränderungen durch den CJ&POA 1994 das grundlegende Gesetz zu Hausbesetzungen gewesen war, bestrafte nur Zutritt unter Einsatz von Gewalt oder Bedrohung; die Weigerung, das Haus zu verlassen, wenn das von dem vertriebenen Wohnungsinhaber oder einem geschützten Wohnungsinteressenten verlangt wurde; Hausfriedensbruch mit einer Angriffswaffe; die Besetzung einer Botschaft oder eines Konsulats; und den Widerstand gegen einen Gerichtsvollzieher, der einen Gerichtsbeschluß ausführt. Es war also weit davon entfernt, Hausbesetzung als solche zu einem Straftatsbestand zu machen. Den Preis, der jedoch für CACTLs erfolgreiche Vereinnahmung zu zahlen war, war, daß viele Leute unter dem Mißverständnis litten, daß Hausbesetzungen *tatsächlich* illegal gemacht worden wären, und die Propaganda von CACTL verstärkte diesen Glauben noch, und untergrub zwangsläufig die HausbesetzerInnen-Bewegung. Tatsächlich befand es der Advisory Service for Squatters im Sommer 1978 für nötig, unter dem Slogan "*Besetzen ist immer noch legal*" eine Kampagne gegen diese linke Gegen-Information zu starten.

Was jedoch am bemerkenswertesten ist, ist die Tatsache, daß es bereits *drei Jahre*, bevor aus den Vorschläge ein Gesetz werden sollte, eine starke Kampagne in Opposition dazu gab. Weniger als *drei Monate*, bevor die Criminal Justice Bill in Kraft treten sollte, gab es immer noch keine spezielle Kampagne dagegen. Dann, scheinbar aus dem Nichts, Bang! waren 25.000 RaverInnen auf Londons Straßen, von der Linken weit und breit nichts in Sicht, eine riesige Party auf dem Trafalgar Square und alle tanzten zu dem wunderbar mehrdeutigen Ruf "Kill The Bill!".

2. Alternative Lebensstile und der CJ&POA Part 5

a) Monetarismus und Massenarbeitslosigkeit

1976 sagte der damalige britische Premierminister auf der Konferenz der Labour Party, daß die Defizit-Finanzierung der öffentlichen Nachfrage nicht länger aufrechterhalten werden könnte: "*Wir waren daran gewöhnt, zu denken, daß man sich den Weg aus der Rezession freikaufen und die Erwerbstätigkeit durch Steuerkürzungen und der Steigerung der Staatsausgaben erhöhen könnte. Ich sage Euch in aller Offenheit, daß diese Möglichkeit nicht länger existiert, und wenn sie jemals existiert hat, dann hat sie nur funktioniert, indem sie die Inflation in die Wirtschaft trug.*" Mit dieser Erklärung startete die Labour Party ihre Politik der monetaristischen Maßnahmen innerhalb eines keynesianistischen politischen Rahmens. Eine Politik des "gesunden Geldes" verlangte entweder die Reduzierung des Staatsdefizits durch die Abschaffung der Garantien auf

Vollbeschäftigung, Kürzungen der Sozialausgaben und die Entlassung von unproduktiven ProduzentInnen, oder eine Steigerung der produktiven Akkumulation, was entweder eine rigorose Intensivierung der Arbeit oder eine wesentliche Kürzung der Löhne vorausgesetzt hätte.

Die Kämpfe Ende der 70er und Anfang der 80er sind an anderer Stelle gut dokumentiert worden. Wir sind uns sehr wohl bewußt darüber, in welchem Maße die schweren Niederlagen die ArbeiterInnenklasse eingeschüchtert haben. Seit der Niederlage der BergarbeiterInnen ist das Niveau der Streikaktivitäten massiv zurückgegangen. Aber es ist zu einfach, sich durch die offensichtlichen Erfolge unseres Gegners demoralisieren zu lassen. Während auf der einen Seite unsere Lebensqualität durch die gewaltsamen und repressiven Begleiterscheinungen des monetaristischen Terrorismus verringert worden sein mag, müssen wir auf der anderen Seite auch die quantitativen Aspekte des beschissenen Systems bedenken - trotz allem basiert unsere Entfremdung auf dem Zahlenverhältnis, das die kapitalistische Ausbeutung darstellt. Eine Bilanz ist nötig. (2)

Die aufeinanderfolgenden Wellen von Entlassungen haben die Reihen der Arbeitslosen derart anwachsen lassen, daß das Händelingen der Linken, als ihre Zahl die 1.000.000 erreichte, heute lächerlich erscheint. Die Verabschiedung der Vollbeschäftigung und die Schaffung einer riesigen Reservearmee an industrieller Arbeitskraft hat dem Kapital eine machtvolle Waffe in die Hand gegeben, mit der es versucht, die früheren Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse zu untergraben. Und die Angst, zu jenen zu stoßen, hat eine wesentliche Rolle dabei gespielt, das Vertrauen der ArbeiterInnen in ihre Fähigkeit zu untergraben, sich der Restrukturierung des Arbeitsprozesses zu widersetzen. Die Intensivierung der Arbeit und die Durchsetzung von Überstunden unterstreichen das offensichtliche Wunder des Thatcherismus.

Aber während die Reservearmee eine wesentliche Rolle bei der Niedrighaltung der Löhne und der Intensivierung der Arbeit gespielt haben mag, so ist doch das Ausmaß, in dem die Errungenschaften der britischen ArbeiterInnenklasse beschnitten wurden, sehr beschränkt. Überall in Europa steht das Kapital vor dem Problem einer Verschanzung der ArbeiterInnenklasse, einem Proletariat, daß die Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen verweigert, die in den USA erlitten wurden. Während in den Wirtschaftslehrbüchern steht, daß der Preis der Ware Arbeitskraft je nach Angebot und Nachfrage steigt oder fällt, tendierten in der Realität die Löhne dazu, nur in Zeiten aktuell steigender Arbeitslosigkeit nicht zu steigen. Sie sind nicht in dem Ausmaß beschnitten worden, daß Geldkapital hier, statt in anderen aufstrebenden ökonomischen Blöcken, in produktive Investitionen gelenkt würde. Ebenso hat es sich als unmöglich erwiesen, den Teil der Staatsausgaben, der den Soziallohn darstellt, in einem Maß vergleichbar mit dem in den USA zu kürzen, trotz der dauernden Angriffe auf das NHS und diejenigen Menschen mit Sozialhilfe.

Während der vergangenen Jahre sind viele Versuche unternommen worden, das Wohlfahrtssystem mit dem Ziel umzustrukturieren, die WohlfahrtsempfängerInnen dazu zu bringen, um die Niedriglohn-Arbeitsplätze zu konkurrieren, als letztes mit der Bedingung, 'aktiv nach einer Stelle zu suchen', und den Plänen für die Job Seeker's Allowance. Bei der andauernden Flaute bei produktiven Investitionen scheint sich der

britische Staat für die Strategie der 'Niedriglohn-Ökonomie' entschieden zu haben, um so direkt mit Staaten wie Portugal, Griechenland und Irland zu konkurrieren, wie es sich auch bei der Absage an die Sozialcharta der EU bestätigt hat. Aber es scheint in diesem Kreislauf, der für die Kapitalreproduktion notwendig, aber ihr äußerlich ist, einen Fehler zu geben: der der Reproduktion der besonderen Ware Arbeitskraft; ein sozialer Prozeß, der besonderen Formen von Auseinandersetzungne unterworfen ist, angesichts der Tatsache, daß die Ware in der Fähigkeit und, dies ist entscheidend, dem Willen zu Arbeiten besteht. So hat es in der Zeit, in der die Arbeitslosigkeit im UK gestiegen ist, zu der Bildung von Reserven von ungenutzter Arbeitskraft, die verzweifelt angewendet werden will, die Gegentendenz gegeben, daß sich alternative Lebensstile entwickelt haben, die nicht den Lohn, sondern die Sozialhilfe als ihren Ausgangspunkt, als ihr Mittel zur sozialen Reproduktion, nehmen. Diese Lebensstile haben die staatlichen Versuche, den Zusammenhang zwischen Konsumtion und Arbeit, den Lebensnerv des Kapitals, engerzuziehen, sabotiert, wenn auch ungenügend im Vergleich mit ihrer öffentlichen Sichtbarkeit.

b) No Future

Angesichts der engen Verbindung zwischen alternativen Lebensstilen und Musik, und der Wichtigkeit von Musik, als etwas Konkretem, in dem sich der Wert verwerten kann auf seiner unablässigen Suche nach einer Generation neuer KonsumentInnen, muß der Begriff 'alternativ' mit einer gewissen Zurückhaltung gebraucht werden. Dennoch sind sich nicht alle Jugendkulturen gleich. Manche haben mehr oder weniger positive Tendenzen als andere, ein größeres oder kleineres Potential, die dem Phänomen innewohnenden Widersprüche zu erkennen und eine praktische Kritik ihrer eigenen Grundlage zu entwickeln. Und per Definition stehen alle 'alternativen' Lebensstile außerhalb der normalen Formen der politischen Repräsentation.

Mitte der 70er Jahre lag die Musik im Sterben. Die MusikerInnen der 68er Generation waren müde und langweilig geworden, der naive Optimismus des Hippietums harmonierte nicht mit der harten Realität des andauernden Klassenkampfes. Keine noch so große Masse an Glanz und Glitter auf den Bühnen des Glam Rock konnte die Tatsache verbergen, daß in der (Musik-)Fabrik nicht alles in Ordnung war, und es war offensichtlich, daß die neuen Subjekte der Kämpfe neue Angebote nötig machten. Und als Callaghan 1976 seine Absicht kundtat, den Krieg der Sozialkürzungen einzuleiten, fing eine andere Kriegserklärung an, aus verzerrten Verstärkern in den Hinterzimmern und Kellern von London widerzuhallen: Die Kriegserklärung des Punk an 'die Gesellschaft'. Punk war in der Lage, die Frustration der neuen Generation zu artikulieren. Aber im Vergleich mit der Welle der Jugendrebellion in Italien, sowohl innerhalb wie außerhalb der Fabrik, war Punk nur die Karikatur einer Revolte, oberflächlicher Nihilismus.

Punk war in sich widersprüchlich. Zentral war das 'Do-It-Yourself' (DIY)-Ethos, aber es fehlte an einer expliziten Kritik der Warenform. Dieser Mangel an Kritik machte es möglich, daß die Selbstverwertung der Vereinnahmung Platz machte, den Unternehmern in Sachen 'Jugendkultur'-Industrie einen lange überfälligen Tritt in den Arsch gab. Die Läden in der King's Road und der Carnaby Street waren der Beweis für den Prozeß, der Rebellion in Geld verwandelte. Ihre Regale waren überladen mit Designer-Bondage-Hosen,

beschlagenem Leder, massen-produzierten "Destroy" und "Viva La Revolution"-T-Shirts und Ansteckern. Aber die Vereinnahmungsfähigkeiten dieser neuen Waren waren nicht grenzenlos. Für die Punks, die die spöttischen Texte ihrer Anti-HeldInnen ernst genommen hatten, war der Anblick dieses Warenkapitals, das auf seine Realisierung wartete, und der Ausverkauf der bekanntesten Bands an die großen Plattenfirmen, eine Beleidigung, die sie nicht unbeantwortet lassen konnten. Sie erkannten, daß sie dem 'Great Rock'n'Roll Swindl' tatsächlich erlegen waren.

Doch der vielleicht wichtigste Punkt war, daß der Verkauf eines Abbildes von Revolution, um Möchte-gern-RevolutionärInnen von der echten Sache abzuhalten, voraussetzt, daß diese die nötige Kaufkraft besitzen. Und viele der Jugendlichen aus der ArbeiterInnenklasse, die von Punk angezogen wurden, waren arbeitslos, und daher pleite. Die Zeit war bereit für die Entstehung eines Sub-Genres aus dieser ganzen Scheiße, das explizit das DIY-Ethos, für das Punk stand, politisierte.

c) Anarcho-Punk

"Do you believe in the system? Well OK. I believe in anarchy in the UK". Diese Worte von der Veröffentlichung der ersten Platte von Crass auf ihrem eigenen, non-profit Labels, wurden begleitet von den Worten: "Pay no more than 2Pound". Wenn du auch für die Anarchie bezahlen mußt, so konntest du sie dir wenigstens leisten! Crass hatten die Mittel, ihre eigenen billigen Platten zu veröffentlichen, billige Konzerte zu geben, und andere Bands zu unterstützen, die ihren Ethos teilten. Die Anarcho Punk-Szene wurde bald zu einer kraftvollen Alternative zur Punk Scene, die sie für tot erklärte. Der Anarchismus des typischen Anarcho-Punk bestand jedoch aus nur wenig mehr als militantem Liberalismus. Crass hatten ihre Wurzeln in der alten Friedensbewegung, und machten sich daran, die Ideen des Pazifismus und der Life Style-Politik zu verbreiten, wobei sie größtenteils die harte Realität des Klassenkampfes außerhalb ihrer Kommune ignorierten. Auch wenn viele ihrer Dogmen anstößig wirkten, müssen die Anarcho-Punks nicht nur anhand ihrer Texte beurteilt werden, sondern im wesentlichen daran, was sie tatsächlich taten.

Während der frühen 80er waren die CND-Demonstrationen (Campaign for Nuclear Disarmament), die jedes Jahr Hunderttausende von betroffenen Liberalen in den Hyde Park zogen, der Hauptbezugspunkt für die neue Generation. Unter einer Reihe schwarzer Fahnen versammelt, verteilten die Anarcho/as Flugblätter und Fanzines, die die persönliche Revolution propagierten, und brachten dann die RednerInnen mit Zwischenrufen durcheinander und versuchten, die Bühne zu stürmen. Als ihre Zahl anwuchs, wurde der anti-militaristische Kampf mitten in Feindesland getragen, mit den Stop The City-Aktionen, wo Banken und Schaufenster unter dem Deckmantel eines pazifistischen Karnevals zerschlagen wurden. Die Besessenheit mit Life Style-Politik war jedoch ein wesentlicher Faktor, der die Entwicklung der 'Bewegung' verhinderte, da dadurch die Verbindung zu solchen, die nicht hineinpaßten, problematisch wurde. Dies wurde während dem BergarbeiterInnen-Streik offensichtlich. Vielzuviele Anarcho/as wechselten einfach ihre Kleidung, ihre Lebensmittel, Drogen und ihren Musikgeschmack, und gaben sich der Illusion hin, dadurch würden sie eine neue Welt innerhalb der alten schaffen, welche von selbst verschwinden würde, wenn sie ersteinmal ihre existentielle Armut erkannt hätte.

Aber ein Großteil der Kritik an Life Style-Politik, damals und heute, war und ist nur eine Abwehr von Militanten, die bereit sind zur beständigen Zurückstellung des Vergnügens zugunsten der 'harten Arbeit' des Politik-Machens.⁽³⁾ Das Verlangen, die Zukunft im Bestehenden zu schaffen, ist immer die größte Stärke der AnarchistInnen gewesen. Wie jemand lebt, ist politisch. Demnach können die Anarcho/as als politische Bewegung angesehen werden, die nach sozialer Reproduktion ohne Vermittlung durch Lohnarbeit suchte.

1980 spielten Crass auf dem Stonehenge Festival, und daraufhin entwickelte sich eine enge Verbindung zur der Freien Festival-Szene. Ebenso gaben die Anarcho/as der BesetzerInnen-Szene, die aus den 70ern übriggeblieben war, massiven Aufschwung. Mitte der 80er hatte praktisch jede Stadt in England und Wales ihre besetzten Häuser. Bands wurden gegründet, Auftrittsorte besetzt oder spottbillig angemietet (Kirchenräume und ähnliches, in denen keine Theke war - also nimm dein selbstgebrautes Bier) und Auftritte organisiert, oft Benefizkonzerte, bei denen trotz des niedrigen Eintritts tatsächlich Geld eingenommen wurde, weil die Bands fast für umsonst spielten. In den Sommermonaten verlagerte sich ein Großteil dieser Aktivitäten in den Kreis der Freien Festivals, und traf dort auf diejenigen, die sich entschieden hatten, das ganze Jahr hindurch zwischen Friedenscamps und Festivals hinundherzureisen, und die im Gegenzug von den Verbindungen mit der städtischen Szene profitierten (Neuigkeiten, Kontakte, Plätze zum Ausruhen und Reparieren, Betrugsmöglichkeiten etc.).

Diese Szene war in den Städten besonders gut organisiert und stärker politisiert. In der Cheltenham Road von Bristol boten der Demolition Ballroom, Demolition Diner und die Full Marx Buchladen einen wertvollen organisatorischen Kern, da die Aktivitäten des besetzten Auftrittsortes und Cafes durch die Informationen und die Kontaktadresse des linken Buchladens ergänzt wurden. Die BesetzerInnen in Brixton hatten nicht nur ihre eigenen besetzten Cafes, Kinderläden und Buchladen, sondern mit Crowbar auch ihre eigene, stilistisch Class War ähnliche, Zeitschrift. Mit den BesetzerInnenbewegung auf dem Kontinent, besonders in Westdeutschland, wurden enge Kontakte geknüpft, und Kriegsdienstverweigerer aus Italien waren oft anzutreffen. Und durch direkte Kommunikation, die durch die damals vierzehntägig erscheinende Black Flag, einige Telefonanrufe und einen kurzen Artikel ergänzt wurde, konnte eine große Zahl Leute für Solidaritätsaktionen mit anderen Kämpfen mobilisiert werden.

Während die Anarcho Punk-Szene sich eine nicht unbedeutende Autonomie vom Kapital schuf, wurde diese Autonomie immer durch die beständige Existenz von Austauschbeziehungen behindert. Zu Konzerten gehen und Essen in besetzten Cafes, sogar das selbstgebraute Bier zum gemeinsamen Trinken, all dies machte Geld nötig. Und die Freien Festivals, auch wenn sie in starkem Kontrast zu der Kommerzialisierung von Glastonbury standen, waren alles andere als frei - es gab keine Eintrittsgelder, und niemand verhungerte, wenn er/sie pleite war, aber insbesondere Drogen kosteten Geld.⁽⁴⁾ Wenn du nicht deine Beziehungen durch ein Verschwimmen der Prinzipien von Solidarität und Freundschaft trüben wolltest, indem du Dealer wurdest, wenn auch nur um deinen Eigenverbrauch zu finanzieren, blieb Geld ein Problem. Es gab immer einen Zusammenhang zwischen der Befriedigung von Bedürfnissen und der Notwendigkeit von Geld, einen Zusammenhang, der dem erklärten Interesse, den Dreck abzuschaffen, widersprach.

d) Die Aufspaltung des Anarcho Punk

Dieser Widerspruch erklärt die spätere Aufspaltung und den Niedergang der Anarcho Punk - BesetzerInnen/Traveller-Bewegung. Auf der einen Seite entspannte der Staat die Kreditbedingungen und gab die strenge Geldpolitik auf, und versuchte dadurch den durch Kredite verursachten Aufschwung, der dem Börsencrash von 1987 voranging. Dieser führte zu einem starken Fall der Arbeitslosenzahl. Viele, die vorher in und um die BesetzerInnen-Szene herum organisiert waren, nahmen Jobs an, und obwohl viele weiterhin in besetzten Häusern lebten (um bei ihren FreundInnen zu bleiben und Miete zu sparen) ging etwas von der Schwungkraft der Bewegung verloren. Individualismus ersetzte das kollektive Herangehen an soziale Probleme, insofern LohnempfängerInnen und Dealer akzeptieren konnten, welche Stellung Geld in der Szene einnahm. Das Zuckerbrot des Aufschwungs hätte jedoch nicht diese Auswirkungen gehabt, ohne die wiederholten Schläge mit der Peitsche staatlicher Repression.

Mit der fallenden Arbeitslosigkeit wurde es für den Staat einfacher, das Sozialleistungssystem zu verschärfen. Die Veränderungen von 1987 und 1988 verstärkten die disziplinierende Seite des Wohlfahrtsstaates, und waren dadurch eine Kriegserklärung für die Lebensstile der Arbeitsverweigerung. Die Leistungen für die 16- und 17-Jährigen wurden abgekürzt, zugunsten eines Ausbaus der Sklavenarbeit im Youth Trainig Scheme (YTS), wodurch die Möglichkeiten zur Vermeidung von Arbeit (abgesehen vom Betteln) für die jungen SchulabgängerInnen wegfielen, die immer eine zentrale Rolle für die Bewegung gespielt hatten. Die Einführung des Job Training Scheme und der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt hatten ebenso ihre Auswirkungen. Die Wiedereingliederungsgespräche konnten von Leuten, die genügend informiert waren, leicht genug durchgestanden werden, aber verleiteten dazu, daß die Leute auf ihre eigenen Fähigkeiten vertrauten. Weil diese Veränderungen schließlich Uneinigkeit stifteten, verleiteten sie die Leute dazu, sich auf ihren Vorteil zu konzentrieren. Versuche, sich dagegen zu organisieren, riefen Reaktionen hervor, die einen deutlichen Mangel an Solidarität ausdrückten, und darin spiegelte sich nicht nur das Wesen dieser Angriffe wider, sondern auch die Spaltungen, die innerhalb der Szene entstanden waren.

Die wichtigsten Ursachen dieser Spaltungen waren die Niederlagen der BergarbeiterInnen und der DruckerInnen auf der einen, und die Repression gegen die Festival Scene auf der anderen Seite. Der Anarchismus der Anarcho Punk-Szene war immer ziemlich zusammenganglos, ein militanter Liberalismus, der den Staat zerstören wollte und gleichzeitig dem Pazifismus verpflichtet war. Innerhalb der Bewegung gab es Unterschiede, da einige eine größere Betonung auf Gewaltlosigkeit und Tierrechte legten, andere eher eine revolutionäre Klassenposition vertraten. Eine Zeit lang konnten diese unterschwelligeren Differenzen vertuscht werden, und wenn die Leute sich auch z.B. über die Riots von 1981 streiten konnten, so blieb es doch nur Gerede. Aber wegen seiner Dauerhaftigkeit und den Möglichkeiten zur Beteiligung stellte der BergarbeiterInnenstreik eine große Herausforderung dar, eine, die dazu führte, daß sich die unterschwelligeren Differenzen offen zeigten. Das führte im folgenden zu einem Auseinandergehen von denen, die die Bergarbeiter als gewalttätige Machos abtaten, die eine ökologisch fragwürdige Tätigkeit ausübten, und denen, die - trotz einiger Verwirrung - erkannten, daß dort Krieg herrschte und sie, worum er auch immer gehen mochte, die Seite

der Gewalt der Streikketten gegen diejenige der staatlichen Schläger einnehmen mußten.

Die meisten Anarcho/as unterstützten die BergarbeiterInnen, auch wenn diese Unterstützung oft keine besonders praktische Form annahm. Bands wie Crass, Poison Girls und zahlreiche andere gaben Solidaritätskonzerte, um den BergarbeiterInnen etwas materielle Unterstützung zu geben. Daher hatte die Niederlage einen demoralisierenden Effekt auf die Anarcho Punk-Szene.

Die gleichen Differenzen zwischen Liberalismus und Klassenkampf-Anarchismus tauchten auch bei den Auseinandersetzungen in Wapping im folgenden Jahr auf. Die Bewegung war gespalten zwischen denen, die die Notwendigkeit sahen, die Drucker zu unterstützen, und denen, die sie als sexistische, rassistische, schwulenfeindliche Machos abtaten. Doch auch unter denjenigen, die eher ersterer Blickweise zuneigten, gab es welche, die der Meinung waren, es sei besser, wenn Streikketten mit Polizeipferden niedergeritten würden, als wenn sich die Pferde durch Murren, die ihnen durch Streikposten vor die Hufe gestreut wurden, die Beine brechen würden. Die Niederlage der DruckerInnen hatte auch einen demoralisierenden Einfluß, aber beschleunigte auch den Prozeß der Aufsplitterung. Die Widersprüche innerhalb der Bewegung führten zu einer wesentlichen Gabelung der Wege, wobei die eine Seite sich fast ausschließlich dem moralischen Kreuzzug der Tierbefreiung widmete, während viele von denen, mit denen sie sich überwarfen, so abgeessen waren von Life Style-Politik, daß sie sich einer der nationalen anarchistischen Organisationen anschlossen.

In der gleichen Zeiten wurden diejenigen, die sich mehr zum Herumziehen, statt zu Hausbesetzungen und politischen Aktivitäten hingezogen fühlten, unter massiven Druck gesetzt. Das Stonehenge Festival wurde 1985 verboten, und der Staat begegnete dem entschlossenen Versuch, das Verbot zu durchbrechen, auf eine Weise, die der, der sich die BergarbeiterInnen gegenüber sahen, nicht unähnlich war, und die in der berühmten 'Schlacht im Bohnenfeld' gipfelte.⁽⁵⁾ Im darauf folgenden Jahr brachte die Regierung den Public Order Act ins Parlament ein, dessen Section 13 eine Bannkreis von 4 Meilen Radius um die Steine herum einführte. Andere Paragraphen verschärften die Möglichkeiten, Demonstrationen zu verbieten, und das Gesetz gegen Hausfriedensbruch. Ersteres wurde erfolgreich in den Straßen von London durch die Campaign Against The Public Order Act/Campaign Against Police Repression bekämpft; aber während viele TravellerInnen tapfer unter ungünstigen Bedingungen gekämpft haben, war die Polizei in der Lage, Section 39 einzusetzen, um sie einzuschüchtern und zu verfolgen, wodurch sie gezwungen waren, ständig weiterzuziehen. Das Umherziehen und die Freien Festivals gingen weiter, aber erlitten mit dem Verlust des wochenlangen Stonehenge Festivals so etwas wie einen Niedergang. Das Polizei-Benefiz-Festival in Glastonbury⁽⁶⁾, extrem teuer, aber bezahlbar für diejenigen, die jetzt Jobs hatten, profitierte davon. Und bevor sie in den letzten Jahren erfolgreich ausgeschlossen werden konnten, durchbrachen Konvoys von TravellerInnen erfolgreich (buchstäblich) die Tore, wobei viele andere ihnen hinterherstürmten, und so wurden die neuen Realitäten nach und nach akzeptiert, insbesondere weil die 'un-freien' Festivals voll von Spielern waren, die nur darauf warteten, von ihrem Geld getrennt zu werden.

Der Nomadentraum von der ländlichen Idylle wich langsam der Realität, vom lärmigen

Rastplatz zu einem verwahrlosten Parkplatz verschoben zu werden, während die besseren Plätze oft von örtlichen Bauern oder den lokalen Verwaltungen blockiert wurden. Als die Verbindungen zu HausbesetzerInnen und Politiks immer distanzierter wurden, griff der Mystizismus der 60er-Jahre-Hippies, neben Zynismus, stärker um sich, unterstützt durch die Erinnerungen an die magischen Steine, die jetzt außer Reichweite waren. Die Entfremdung von der kapitalistischen Gesellschaft drückte sich immer stärker in Alkoholismus und Heroinsucht aus, was neue Probleme mit sich brachte, mit denen umzugehen oder die zu ignorieren waren. Die Ghettoisierung verstärkte sich, und damit die "Du hast gebadet, also bist du eine Votze"-Mentalität.

Obwohl es in den späten 80ern einen Niedergang des Phänomens des Anarcho Punk gab, verschwand er nicht gänzlich. Der Poll Tax-Riot zeigte, daß die Wut der Punks nur eine Einladung zum Aufstand brauchte, um nicht länger verinnerlicht und gänzlich fehlgeleitet zu werden. Und trotz aller Repression seit 1985, trotz des Richtungsverlustes, der unterstützenden Verbindungen und der Ghettoisierung, überlebte eine sichtbare Traveller-Szene, um 1992 die Ankunft der psychedelischen Kavalerie mitzuerleben.

e) Acid House / Rave

Als 1988 Acid House Parties mit dem sprunghaften Anstieg der Zahl von riesigen Parties in Lagerhäusern populär wurden, bezeichneten das die Medientrendsetter als den "Sommer der Liebe". Doch wurde schon bald deutlich, daß sich das ganze Phänomen den Interessen einer neuen Schicht von UnternehmerInnen unterordnete, trotz der Besetzung der Veranstaltungsorte, und nach und nach hat sich die Rave-Szene von besetzten Lagerhäusern und Feldern in zugelassene Veranstaltungsorte verlagert. Inzwischen hat es sich herumgesprochen, daß sich die vielgerühmte Liebe nicht bis dahin erstreckt, überhitzte RaverInnen aus den Wasserleitungen in den Nachtclubtoiletten trinken zu lassen, wenn der dehydrierende Effekt von Ecstasy auch durch den Verkauf überteuerter Wasserflaschen ausgebeutet werden konnte. Die Acid House / Rave-Szene stellte eine perfekte Möglichkeit dar für die schnelle Akkumulation von Kapital, bei geringen Auslagen und nur mit dem Risiko, das die Illegalität mit sich brachte. Als sich die Erkenntnis des kommerziellen Potentials des Phänomens verbreitete, erlebten die freien Parties einen Niedergang.

Wenn die Rave-Szene auch eine neue Ära kommerzieller Aktivitäten eröffnet hat, so war dies doch keine, die das etablierte Kapital vollständig übernehmen konnte, und dies liegt nicht nur an der Illegalität der Drogenindustrie, die eine nie vorher dagewesene Wichtigkeit bei Raves hat. Der Mehrwert ist vielmehr zum Großteil unter einer neuen Generation von KleinunternehmerInnen verteilt worden, die von den Dealern zu den DJs und Home-GrowerInnen bis zu den Lichtanlagen-BesitzerInnen reicht, und während die Nachtclub-BesitzerInnen von Polizeirepression gegen die illegalen Parties profitiert haben, war die etablierte Getränke- und Musikindustrie durch das Desinteresse der Rave-Szene an ihren Produkten besorgt. Da viel von dem Geld, was in der Rave-Szene zirkuliert, von den DJs und den BesitzerInnen von Sound Systems und Lichtanlagen etc. abgeschöpft wird, die damit oft ihr Arbeitslosengeld aufbessern, während der Großteil für Platten und CDs ausgegeben wird, wurde das von MTV geförderte Grunge-Phänomen notwendig, um das Niveau zu halten, in dem das von der Musikindustrie produzierte Warenkapital vom

Jugendmarkt konsumiert wurde.

Was die RaverInnen selbst betrifft, muß in Betracht gezogen werden, inwieweit ihr Lebensstil 'alternativ' ist, wenn auch nur wegen der staatlichen Versuche, die illegale Rave-Szene zu unterdrücken, und möglicher Reaktionen auf diese Repression. Es ist ziemlich offensichtlich, daß RaverInnen nicht selbstbewußt politisch sind, wie dies beim Anarcho Punk der Fall war, weil die Voraussetzung des Anarcho Punk in der Kritik der Kommerzialisierung der 'Punk-Industrie' bestand, während die Rave-Szene auf einer Akzeptanz der Vermarktung von Parties aufbaute.

In gewisser Weise hat es etwas wie eine Gegenbewegung gegen die krasse Kommerzialisierung der Rave-Kultur gegeben, die jedoch im wesentlichen mystisch ist, indem die kruden materiellen Interessen als Gegensatz zu der 'spirituellen Bedeutung' des Rave-Rausches gesehen werden, in dem das 'kollektive Bewußtsein des Stammes' wiederentdeckt wird.⁽⁷⁾ Und die Entwicklung einer etwas ernsteren Kritik (jenseits von der praktischen, Raves zu stürmen) wurde behindert durch die Tatsache, daß die Sound Systems, die freie Parties durchführen, dies mit Ausrüstung tun, die sie akkumuliert haben, weil sie bei legalen Parties in Clubs für Geld gespielt haben. Viele dieser UnternehmerInnen reinvestieren ihren Anteil des Mehrwerts, aber im wesentlichen für einen größeren Gebrauchswert ihrer Ausrüstung, und nicht, weil sie dann noch mehr Geld verdienen können. Dadurch das sie die Parties, die sie veranstalten, und den damit verbundenen Status einfach genießen, setzen sie das Gesetz des Geldes gegenüber den RaverInnen durch, aber nicht um des Geldes selbst willen.

Die Rezession Anfang der 90er verursachte jedoch einen starken Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, und damit die Notwendigkeit eines Lebensstils, der mit der Tatsache, pleite zu sein, kompatibel war. Dies hat die Entwicklung von "Öko-Warriors" ermöglicht, die die Regierung in Wut versetzt haben, da sie Proteste gegen Straßenbau über den 'NIMBYismus' hinaustrugen.⁽⁸⁾ Aber neben Paragraphen, mit denen versucht wird, Anti-Straßen-Aktionen, Hausbesetzungen, Travelling und Jagdsabotage wirksam zu kriminalisieren, enthält der CJ&POA auch Paragraphen, die sich spezifisch gegen Raves richten. Um zu verstehen, warum dies zu ist, ist es notwendig, die Ereignisse von 1992 zu bedenken - Ereignisse, nach denen Landbesitzer, die Polizei und Abgeordnete nach dem Gesetz riefen.

1992 fing das Exodus Kollektive in Luton an, freie Raves zu veranstalten, die immer größer wurden, bis sie bis zu 10.000 Menschen anzogen. Aber die bemerkenswertesten Ereignisse in den Rave-Annalen von 1992 waren das freie Festival in Castlemorton in den Malverns und das Torpedo Town-Festival in Otterbourne in der Nähe von Twyford Down. Bei diesen war eine neue und aufregende Verschmelzung der Rave-Szene und den Resten der Traveller-Szene zu beobachten. Solch eine Verschmelzung schuf zum einen die Möglichkeit einer Selbstkritik des Kommerzialisismus der Raves, eines Lernens von den alten nomadischen Anarcho Punks, zum anderen einer Kritik der Seife-vermeidenenden Ghettoisierung der anderen. Eine solche Hoffnung schien damals zugegebenermaßen an den Haaren herbeigezogen, in Anbetracht der Größe der gegenseitigen Abneigung - RaverInnen wurden als 'Teilzeitler' ohne Respekt für 'ihre Plätze' verachtet, und die 'schnorrenden' Traveller bestätigten offensichtlich die verbreiteten Vorurteile.

Aber viel wichtiger, auf kurze Sicht gesehen, war die Tatsache, daß durch die Vereinigung die reine Größe der Menschenmassen bedeutete, daß jede Gruppe der anderen ermöglichte, Polizeiverbote zu durchbrechen und so die Möglichkeit zu eröffnen, den beständigen Prozeß, daß der Staat den freien Aspekt jeder Scene zerschlug, wieder umzudrehen. In Otterbourne, Hampshire erklärte die Polizei wiederholt, daß es unter keinen Umständen ein Festival geben werde, nur um dann doch eines zuzulassen, um zu verhindern, daß die Handelsadern des Landes von Mochtegern-Feiernden verstopft würden, die nicht nach Hause gehen wollten. Seit damals hat die Polizei Mittel für eine landesweite Überwachung zur Verfügung gestellt, Traveller andauernd verfolgt und mehr Macht gefordert, um sicherzustellen, daß sich solche Situationen nicht wiederholen würden. Mit der Verabschiedung des CJ&POA sind ihr solche Mittel zur Verfügung gestellt worden.

f) CJ&POA Part 5

Nach der Haftentlassung der Birmingham 6 wurde die Royal Commission on Criminal Justice eingerichtet, um Mittel und Wege zu finden, wie das Vertrauen in das britische Rechtssystem wiederhergestellt werden könnte. Einer ihrer zentralen Vorschläge war, daß das Recht auf Aussageverweigerung erhalten werden sollte; aber dadurch auch die Partei mit dem 'Zurück zu den Grundwerten'-Programm. Im Oktober 1993, nachdem beide Oppositionsparteien auf ihren Konferenzen die 'Recht und Ordnungs'-Trommel geschlagen hatten, hielt Michael Howard eine 'Hängt sie und peitscht sie'-Rede auf der Konferenz der Tories und präsentierte ein Gesetzespaket mit 27 Punkten, das zur Grundlage für die Criminal Justice Bill und die Police and Magistrates Courts Bill wurde.

Neben einer relativ direkten, geradezu drakonischen Verschärfung der repressiven Macht des Staates (Abschaffung des Rechts auf Aussageverweigerung etc.), richteten sich die Vorschläge gegen jeden vorstellbaren Sündenbock, der den gemeinsamen Hass der Partei auf sich ziehen konnte, von den jungen Mördern von Jamie Bulger (Vorkehrungen für Gefängnisse für Kinder) bis zu Pädophilen (Ausweitung der Rechte der Polizei zu Hausdurchsuchungen auf den Verdacht auf Vorhandensein von Kinderpornographie).⁽⁹⁾ Wäre die CJB darauf beschränkt worden, diese relativ einfachen Ziele anzugreifen, hätte sich die Reaktion wahrscheinlich auf die Verurteilung durch das liberale Establishment und SozialarbeiterInnen beschränkt. Aber die CJB beinhaltete auch den Abschnitt 5, der fast ausschließlich dem Angriff auf HausbesetzerInnen, Traveller, JagdsaboteurInnen, StraßengegnerInnen und, besonders wichtig, RaverInnen widmete, und diese Gruppen haben sich geweigert, sich so einfach zu Sündenböcken erklären zu lassen.

Was diesen Gruppen gemeinsam ist, daß sie zu solchen Hass-Objekten der Regierung werden konnten, ist, daß sie eine allgemeine Verweigerung des Arbeitsethos teilen, eines Lebens, das sich der Lohnarbeit unterordnet, obwohl sie weit davon entfernt sein mögen, dem Kapital bewußt den Krieg zu erklären. Deshalb stellen sie eine Alternative dar, zum Leben als verzweifelter Suche nach Arbeit, und dies muß unattraktiv gemacht werden. Aber der Staat steht nicht alleine mit seiner Unfähigkeit, den Klasseninhalt von Abschnitt 5 des CJ&POA zu verstehen; dies lassen auch die RepräsentantInnen der Opposition gegen das Gesetz schmerzlich vermissen.

TEIL ZWEI: VON DER KAMPAGNE ZUR BEWEGUNG

Latente und offensichtliche Widersprüche

Klassenkampf oder liberale Lobby? Eine Bewegung zur Verteidigung von Autonomie und Subversion, oder ein Einfordern von Rechten? Jede/r, der/die sich in irgendeiner Weise an der Kampagne gegen die Criminal Justice Bill beteiligt hat, wenn auch nur durch die Teilnahme an einer der drei landesweiten Demonstrationen, muß sich bewußt darüber sein, daß die Opposition gegen das Gesetz durch diesen Widerspruch zerrissen ist. 'Keep it Fluffy' oder 'Keep it Spikey'? 'Kill the Bill' oder 'Chill the Bill'? KommunistInnen wissen zweifellos, auf welcher Seite sie stehen. Aber dieser Widerspruch existiert nicht nur in dem Antagonismus zwischen den verschiedenen Teilen, die die Kampagne bilden, am bekanntesten davon die Medien-Schreckgespenster Class War und die Medienlieblinge vom Freedom Network. Er verläuft auch durch die Herzen vieler Individuen, für die dies die erste politische Betätigung ist. Die Spaltung existiert in den widersprüchlichen Sachen, die dieselben Menschen unter unterschiedlichen Umständen gesagt und - noch wichtiger - *getan* haben. Es lohnt sich daher, die Ursachen für diese Widersprüche zu untersuchen, wie auch Position zu beziehen, denn die Entstehung einer neuen Generation von RebellInnen hängt davon ab, daß sie ihre widersprüchlichen Interpretationen der Welt um sich herum verstehen und zu verändern versuchen.

A. Widersprüche in der Kampagne

1. Subjekte und RepräsentantInnen

a) Links liegengelassen

Der Rückzug der parlamentarischen Sozialdemokratie hat dem Trotz-kistischen Engagement im Widerstand gegen die Poll Tax Schwierigkeiten bereitet, aber zumindest befand sich die Labour Party im Parlament in Opposition zur Poll Tax, und ermöglichte dadurch eine Argumentation, daß sie eine Hoffnung auf Errrettung darstellen würde, der gefolgt werden könne etc. Die Orientierung des Widerstandes gegen die CJB auf die Arbeiterbewegung hatte jedoch schnell mit dem Problem zu kämpfen, daß die Labour Party im Parlament nicht nur nicht gegen die CJB opponierte, ⁽¹⁰⁾ sondern daß sich ihr Vorsitzender auch stolz damit brüstete, daß er selbst Vorschläge für Paragraphen gemacht hätte (Wiedereinführung des Rechts auf 'Stop And Search'). Es ist offensichtlich keine Überraschung, daß die Linke unfähig war, eine Kampagne gegen die CJB zu starten. ⁽¹¹⁾

b) Unbekümmert weitermachen

Wenn wir die Linke als eine Form der Vermittlung begreifen, dann wird deutlich, daß die Krise der Repräsentation nicht nur neue Möglichkeiten für einen autonomen Klassenkampf eröffnet, sondern auch neue Probleme schafft. Die Sozialdemokratie schuf eine politische Form, in der sich der Antagonismus der ArbeiterInnenklasse ausdrücken konnte. Um durch

die Repräsentation vereinnahmen zu können, mußte die Linke Treffen sowohl einberufen als auch zusammenhalten, Demonstrationen sowohl organisieren als auch unter Kontrolle halten. Für RevolutionärInnen, die gewohnt waren, bei diesen Treffen zu intervenieren oder zu stören, bei diesen Demonstrationen Flugblätter zu verteilen oder zu versuchen, einen Riot zu veranstalten, stellt die Krise der linken Vermittlung ein Dilemma dar. Treffen und Demonstrationen müssen organisiert werden, um atomisierte Individuen zusammenzubringen, damit sie zu einer kollektiven Kraft werden können.

Als die CJB bekannt wurde, wurde es sofort deutlich, daß es für den Widerstand gegen ihre Einführung nötig sein würde, Stärke aus der Breite des Angriffs zu ziehen. Praktische Verbindungen mußten zwischen den verschiedenen, betroffenen marginalisierten Gruppen hergestellt werden, damit sie ihren Widerstand gegenseitig verstärken konnten. Eine Bewegung mußte geschmiedet werden, was damit anfang, eine Kampagne gegen das Gesetz zu starten, Gruppen einzubinden, zwischen ihnen zu vermitteln, die Aktivitäten zu koordinieren, Demonstrationen zu organisieren etc. Aber, wenn die Linke unfähig war, diese Rolle zu spielen, wer sollte dann eine Kampagne gegen die CJB ins Leben rufen?

Wie wir bereits gesehen haben, haben sich die HausbesetzerInnen und Traveller seit Mitte der 80er relativ de-organisiert und entpolitisiert. Einige BesetzerInnen sind immer noch politisch um Hausbesetzungen herum organisiert, und das 121 Centre in Brixton funktioniert auch noch, wenn auch politische Aktivitäten zunehmend an den Rand gedrängt wurden. Aber 1994 befanden sich die HausbesetzerInnen nicht in der Position, ihren ursprünglichen Erfolg von 1974 zu wiederholen, und die TravellerInnen waren in einer noch schlechteren Situation. Ein nomadische Lebensstil eignet sich nicht für einen koordinierten Widerstand, und die Möglichkeiten im CJ&POA, die der Polizei das Recht gaben, Fahrzeuge zu beschlagnahmen und zu zerstören, bedeuteten, daß TravellerInnen ihr Zuhause riskieren würden, wenn sie eine Konfrontation mit dem Gesetz anführen würden. Neben dem, daß sie den Kampf denjenigen überließen, die den Luxus besaßen, das Gesetz auf einem weniger gefährlichen Terrain zu bekämpfen, blieben viele TravellerInnen der Tendenz treu, den Klauen des Gesetzes zu entkommen, und sind emigriert.

Das Wesen von Jagdsabotage und Anti-Straßen-Protesten eignete sich jedoch zu einer ziemlich anderen Reaktion auf die Kampfansage, die in dem Gesetz enthalten war. Die meisten derjenigen, die sich an diesen Aktivitäten beteiligten, rechtfertigten ihre Aktionen in moralischen Begriffen, und genau diese Verpflichtung auf eine militant-liberale Ideologie war es, die sie entschlossen sein ließ, den neuen Gesetzen zu widerstehen. Das Wohl eines moralisch reinen Bezugspunktes, 'dem Planeten' oder 'unschuldigen Tieren', läßt beinahe jedes Opfer wertvoll erscheinen. Daher bestand die vorherrschende Tendenz auf die Kriminalisierung dieser Aktivitäten in der erneuerten Entschlossenheit, trotzdem weiterzumachen. Aber wie lobenswert diese Entschlossenheit auch sein mag, so verleugnete diese Tendenz doch die Notwendigkeit, solidarische Verbindungen herzustellen, die Notwendigkeit einer landesweiten Widerstandskampagne.

c) Vorwärts

Auf der einen Seite die Krise der Repräsentation, und auf der anderen Seite die widersätzlichen Tendenzen unter den angegriffenen Subjekten in Richtung Flucht bzw.

trotzdem weiterzumachen. Diese Faktoren zusammen haben es den 'Fluffies' ⁽¹²⁾ erlaubt, die Bewegung gegen den CJ&POA zu repräsentieren; und wenn es sie nicht gegeben hätte, hätte es keine sichtbare Kampagne gegen die CJB gegeben, und, ironischerweise angesichts ihrer Opposition gegen (anti-autoritäre) Gewalt, keinen Hyde Park-Riot. Die wichtigsten OrganisatorInnen der Demonstration am 1. Mai war die Advance Party, die aus KleinunternehmerInnen der Rave-Szene gebildet wurde, die durch die Auswirkungen des Gesetzes auf illegale Parties aufgerüttelt wurden. Sie benutzten die Kommunikationskanäle, die für die Organisation von Raves aufgebaut worden waren; für diejenigen, die nicht in diese Szene involviert waren, schien die Demonstration wie aus dem Nichts zu kommen. Als die Nachrichten die DIY-Fans überall im Land erreichten, entstanden lokale Anti-CJB-Gruppen, die durch Freedom Network koordiniert wurden, und so bekam die Kampagne den 'Fluffy'-Charakter.

Die Verbindung zwischen der 'Fluffy-Ideologie' und Leuten mit einer Vorliebe für Regale von "Do It All" scheint weit hergeholt, aber DIY bezieht sich nicht darauf, sondern auf ein relativ neues kulturelles Phänomen. Verbunden durch eine Masse von Fanzines, feiert die DIY-Kultur die Selbstorganisation. Sie ist Anarcho Punk, seinem subversiven Potential entkleidet, ohne die Wut des Punk und ohne die Politik des Anarchismus. Daher hat sie sowohl eine Anziehungskraft auf die (überwiegend mystischen) alternativen RaverInnen, die den krassen Kommerzialisierung der herrschenden Rave-Szene ablehnen und selbstorganisierte Parties (freie oder auch nicht) vorziehen, als auch auf die 'Öko-ReformistInnen' in und um die Green Party herum, die von ihrem Streben nach Respektabilität für die Wahlen desillusioniert sind, die aber lieber das Recyceln ihres Mülls, die Zuteilung eines Schrebergartens und die Anbetung von Gaia zelebrieren würden, statt sich bei Earth First! zu engagieren. ⁽¹³⁾

2. Die Weltsicht des 'Fluffys'

a) Die Grundlage der liberalen Ideologie und ihre Antithese

Die Ideologie des Fluffys ist nichts als die letzte Entwicklung der liberalen Ideologie, und kann zusammenfassend bezeichnet werden als die Sichtweise, die Gesellschaft sei nichts anderes als eine Ansammlung von Individuen. Wir haben ständig dagegen argumentiert, indem wir gesagt haben, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, und daß der Kampf, den wir führen, nicht eine Frage der bürgerlichen Freiheiten ist, sondern ein Moment im Klassenkampf. Das Problem ist, daß wir alle, jedeR einzelne von uns, ein Individuum mit seiner/ihrer eigenen Subjektivität, und ein Teil der Klasse sind. Der Widerspruch zwischen dem Klassenkampf und der liberalen Lobby entspringt dem Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft als einer widersprüchlichen Einheit von Produktion und Zirkulation, einer Gesellschaft, die bestimmt wird durch *Klassenausbeutung*, die vermittelt wird durch den 'freien' Kauf und Verkauf von *individueller* Arbeitskraft. Um diesen Widerspruch in der Bewegung in den Griff zu bekommen, ist es nötig, sich mit der Problematik der proletarischen Subjektivität herumschlagen. ⁽¹⁴⁾

Wie wir bereits gesehen haben, als wir das Problem des Reformismus diskutiert haben, bewegt sich proletarische Subjektivität auf einem Kontinuum zwischen den beiden Polen

Integration und Transzendenz. Es ist die lebendige Aktivität, die sowohl die Dialektik des Kapitals - entfremdete Subjektivität, als auch die Gegen-Dialektik des Klassenkampfes - die Subjektivität der ArbeiterInnenklasse - konstituiert. Die Akzeptanz der Warenform der Arbeitskraft erlaubt dem/der ProletarierIn, in die Sphäre der Warenzirkulation als souveränes Individuum einzutreten, das sich auf andere Individuen durch die verdinglichte Welt der Austauschverhältnisse bezieht. Dies ist die Welt von Freiheit und Gleichheit, die durch die Rechte des Individuums garantiert werden. So erscheint die bürgerliche Gesellschaft an ihrer Oberfläche, die von ihren ApologetInnen so geliebt wird. Dies ist die Grundlage der liberalen Ideologie, die Welt der atomisierten Individuen, die alle vor dem Gesetz gleich sind.

Das einzige, das in dieser Welt jedoch wirklich frei ist, ist das Geld, und die einzige Gleichheit ist die der Gleichwertigkeit verschiedener Aktivitäten als abstrakte Arbeit. Das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft ist Klassenausbeutung in der Sphäre der Produktion, Unfreiheit und Ungleichheit. Die Erscheinung der bürgerlichen Gesellschaft als eine Ansammlung von Individuen ist keine Illusion, sondern eine Abstraktion von dieser Ausbeutung. Und so finden wir, trotz dieser augenscheinlichen Freiheit und Gleichheit, die Tendenz der proletarischen Subjektivität zu Widerstand, Verweigerung, Kampf und Klassenbewußtsein.

Aber gerade darin liegt die Problematik. Während einE einzelneR ProletarierIn den Standpunkt eines atomisierten Individuums einnehmen kann, und dementsprechend als *einzelneR handeln* kann, kann die Entwicklung proletarischer Subjektivität, das Denken und Handeln als eine Klasse, nur Teil eines *kollektiven* Prozesses der Verwirklichung sein. Daher ist die Subjektivität der ArbeiterInnenklasse, die Überwindung des Liberalismus, nicht unmittelbar gegeben, wie es bestimmte Autonome und 'Ultra-Linke' gerne hätten, sondern muß in Kämpfen hergestellt werden.

Wie Arbeiterbewegte dir sagen werden, bringt die Produktion ProletarierInnen zusammen, im Gegensatz zur Atomisierung in der Zirkulation. Aber die Produktion bringt uns nur zusammen als Bestandteile der kollektiven Ausbeutung. In dem Maß, in dem die ArbeiterInnenklasse durch das Kapital selbst zusammengesetzt wird, bleibt sie fragmentiert, ebenso wie das allgemeine Kapital in die besonderen Kapitalien gespalten ist, durch die es gebildet wird. Aber auch innerhalb jedes einzelnen kollektiven Arbeitsprozesses steht das kooperative Wesen der Arbeit jedem Individuum feindlich gegenüber, insoweit es real dem Kapital subsumiert wurde. Daher kommt es nur in dem Maß zu einer Entwicklung antagonistischer Subjektivität der ArbeiterInnenklasse, in dem Spaltungen überwunden werden, sei es durch Kämpfe innerhalb und gegen die Produktion (Streiks etc., die die Trennungen unter den Individuen zerbrechen, die nur durch Fließbänder oder die Telekommunikation verbunden sind), oder Kämpfe außerhalb der Produktion (Riots, Besetzungen etc., die die Atomisierung der Individuen durchbrechen, die nur durch den Markt und die Wahlurne an 'communities' angebunden sind). Wie auch immer, die ArbeiterInnenklasse entwickelt ihre eigene, nicht-entfremdete kollektive Subjektivität nur durch die Entfaltung, Entwicklung, Verbindung und Verallgemeinerung der Vielfältigkeit der *proletarischen Kämpfe* zu dem *Kampf des Proletariats*.

b) Warum Liberalismus heute - ein historischer Blickwinkel

Das oben ausgeführte kann am besten illustriert werden durch einen historischen Blick auf das Problem. Vorausgesetzt, daß er seine Grundlage in der Realabstraktion hat, die das atomisierte Individuum in der bürgerlichen Gesellschaft ist, sollte es klar sein, daß der Liberalismus durch den Prozeß der Selbstorganisation der ArbeiterInnenklasse überwunden wird.

Umgekehrt wird ein Niedergang einer Klassenoffensive unweigerlich seine Rückkehr mit sich bringen, besonders unter denjenigen, die am meisten durch den Zerfall atomisiert werden; und dies zeigt sich historisch. Die Gegenoffensive des Kapitals seit den 70ern hat die Klasse gespalten. Viele Orte der Konzentration der ArbeiterInnenklasse sind umstrukturiert, aufgesplittert oder vollständig geschlossen worden - industrielle, Wohn- und Erholungsorte gleichermaßen. Die Spaltungen haben sich vertieft, zwischen Norden und Süden, Arbeit-Habenden und Arbeitslosen, Ausgebildeten und Ungelernten etc. Wiederholungen aus dem Goldenen Zeitalter der Situationskomödie zeigen sehr deutlich, wie weit der Einfluß die Subjektivität der ArbeiterInnenklasse in den 70ern reichte; kein damaliger Premierminister hätte es gewagt, die Gesellschaft als "klassenlos" zu bezeichnen. In den 90ern nehmen viel weniger Menschen eine Klassenperspektive ein, während eine kommunistische Sichtweise den meisten Menschen, die ihr begegnen, mehr ein Fall von quasi-religiösem Glauben denn ein Ausdruck einer realen Tendenz in der Gesellschaft zu sein scheint.

Der Mangel einer Klassenperspektive und die Vorherrschaft liberaler Ideen in der Anti-CJB-Kampagne war, unter anderem, ein Resultat des relativen Fehlens von (offensichtlichen) Klassenkämpfen im UK in den letzten Jahren. Der BergarbeiterInnenstreik von 1984/85 war wahrscheinlich der letzte Kampf, dessen Ziel so waren, daß er danach *verlangte*, als eine Auseinandersetzung zwischen Klassen, statt als eine zwischen einer besonderen Sektion von ArbeiterInnen und ihren Bossen, verstanden zu werden. Was die Klassenkämpfe in den 90ern angeht, so stellte sich die Bewegung gegen den Golfkrieg wesentlich in moralischen Begriffen dar, die Kampagne von 1993 gegen die Zechenschließungen als Verteidigung 'nationaler Interessen', während die Anti-Straßen-Bewegung sich selbst als Verteidigerin 'des Planeten' präsentiert.

Bei einer historischen Betrachtung des Problems Liberalismus ist es jedoch auch wichtig, das Gewicht der herrschenden Geschichtsschreibung zu bedenken. Für uns ist die Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen, während bürgerliche HistorikerInnen nur das Ergebnis, nicht den Prozeß erkennen. Die Entwicklung von ArbeiterInnenklassen-Macht in Zeiten einer Klassen-Neuzusammensetzung wurde vom Staat oft durch das Zugeständnis von Rechten anerkannt. Doch solche Rechte sind nicht nur ein neutrales Barometer des Drucks der ArbeiterInnenklasse, das unkritisch verteidigt werden kann, sondern sie spielen auch eine Rolle in der Zersetzung der Klasse zu BürgerInnen. Wenn die Klasse sich schließlich zurückzieht, sind das, was übrig bleibt, die Rechte, die sie erkämpft hat. Und der bürgerliche Verstand interpretiert dann die Geschichte in den Begriffen des Zugeständnisses von Rechten und ihrer bekanntesten individuellen VorkämpferInnen, und die zugrunde liegende Klassenbewegung bleibt unerkannt. Die Liberalen bleiben dann mit einem verzerrten Verständnis der historischen Vorläufer ihres Kampfes zurück. Daher sehen viele Liberale, einschließlich derjenigen bei Freedom Network, auf zu den Beispielen von Ghandi und Emily Pankhurst, und ignorieren die Klassenoffensive, die das Ende des

Kolonialismus in Indien und das Zugeständnis des allgemeinen Wahlrechts im UK untermauerte.

c) Liberalismus und gesellschaftliche Stellung

Der Zusammenhang zwischen Liberalismus und der gesellschaftlichen Stellung seiner AnhängerInnen wird gewöhnlich mit dem Begriff 'Mittelschichts-Wichser' hergestellt. Obwohl dies sicher für die UnterstützerInnen von Charter 88 und Liberty stimmt, und vielleicht den familiären Hintergrund von vielen Fluffies richtig beschreibt, kann der Einfluß der Fluffy Ideologie innerhalb der Kampagne besser verstanden werden durch eine genauere Untersuchung ihrer gegenwärtigen Position innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Der CJ&POA Part 5 ist ein Angriff auf marginale Elemente der Gesellschaft, die den Konformismus der 'traditionellen ArbeiterInnenklasse' ablehnen. In seiner Reichweite, die einen Schlag gegen illegale Raves beinhaltet, befinden sich Hippy-UnternehmerInnen, die ein materielles Interesse haben, eine liberale Position zur Verteidigung der Freiheit einzunehmen (in ihrem Fall: um Geld zu verdienen; im Fall ihres Gefolges: auf den Feldern zu tanzen etc.); eine Klassenposition einzunehmen würde bedeuten, daß sich die Spannungen offenbaren würden zwischen denen, die verkaufen, und denen, die immer kaufen, den Personifikationen der beiden Extreme der Verwandlung der Ware.

Doch die überwiegende Mehrheit der Bewegung besteht aus jungen Arbeitslosen, die kein materielles Interesse haben, die Klassenunterschiede zu verwischen. Aber gerade diese Stellung als Arbeitslose verstärkt die scheinbare Wahrheit der liberalen Ideologie, da der/die BezieherIn von Sozialhilfe sich nur in der Sphäre der Zirkulation und des Austauschs befindet, und nur eine Facette des Kapitalismus erfährt. Viele in der Bewegung sehen im Geld nur das allgemeine Äquivalent, die Kaufkraft, nicht das Gesicht des Bosses. Ihr Einkommen ist nicht der Lohn für die Ausbeutung als Bestandteil einer kollektiven Arbeitskraft, sondern scheinbar eine Funktion ihrer individuellen menschlichen Bedürfnisse.

Während das Pfund des/der Arbeitslosen genauso viel wert ist, wie das des Fabrikdirektors, wird aus der *quantitativen* Differenz in der Menge von Pfunden, die sie zum Ausgeben haben, eine *qualitative*, die als Ungleichheit der Klassen erkannt wird, insbesondere wenn der/die Arbeitslose sich nicht für die Sozialhilfe entschieden hat, eine Familie zu versorgen hat oder in einer ArbeiterInnen-Community lebt. Aber 'junge, freie und alleinstehende' Arbeitslose, die sich dazu entschieden haben, von der Stütze zu leben, insbesondere wenn sie nie gearbeitet haben, wenn sie dazu noch aus der Mittelschicht stammen, und wenn das Wohngeldamt für eine Wohnung in einem Stadtteil bezahlt, den sie mit StudentInnen, Yuppies und anderen Arbeitslosen teilen, und ganz besonders wenn die höheren Weihen im hierarchischen Ausbildungssystem ihr Selbstwertgefühl erhöht haben, werden zu der einseitigen Weltsicht des Liberalismus tendieren.

Eine solche Tendenz verändert sich selbstverständlich durch Erfahrungen. Für die Individuen, die sich an den kollektiven Kämpfen von, z.B. den Protesten gegen Straßenbau beteiligen, gibt es die Möglichkeit, über den Liberalismus hinaus, in Richtung einer Kritik des Kapitalismus zu gelangen. Doch in dem Maß, in dem solche Aktivitäten die Domäne von

'klassenübergreifenden' Minderheiten bleiben, ist es wahrscheinlicher, daß sich die liberale Standpunkt bewahrt in der veränderten Form des militanten Liberalismus.

Auf der anderen Seite ist nicht zu erwarten, daß sich eine Entwicklung durch die Welt der DIY-Kultur ergibt. Die kollektive Erfahrung des Raves, die gleichzeitige Bewegung zu einem vorbestimmten Rhythmus mit spontanen Ausbrüchen des Jubels oder der gegenseitigen Umarmung, ermöglicht die Illusion der Gemeinsamkeit, aber hinterher, sobald das 'E' seine Wirkung verloren hat, bleibt das Individuum zurück, das nur wenig mehr als zuvor ein gesellschaftliches Individuum mit sinnvollen Beziehungen geworden ist. Die Erfahrung dagegen, einen Rave gegen die Polizei zu verteidigen, unterstützt die Entwicklung von Klassensubjektivität; aber unsere 'Fluffy'-FreundInnen scheinen sich nicht an diesem positivsten Aspekt der Rave-Szene beteiligt zu haben, und die 'positiven Vibes' des Heidentums, des Sufismus, Taoismus oder eines sonstigen ideologischen Drecks vorzuziehen.

Was die anderen Aspekte der DIY-Welt betrifft, so erhält die Fanzine-Produktion oft die Atomisierung aufrecht. Entweder das Produkt einer einzelnen Person oder eine Artikelsammlung ohne editorische Linie, dient sie als Gefäß für individuelle Ansichten, die ohne Reaktion verbreitet werden; es gibt keine Diskussion oder Debatte, die zu einer Entwicklung von gemeinsamer Subjektivität führen würde, die in einem kollektiven Projekt nötig ist. Und insofern sich die DIY-Kultur mit den großen gesellschaftlichen Problemen befaßt, so tut sie dies entweder durch die Fetischisierung des individuellen 'ethischen Konsumenten' oder die des beispielhaften Pioniers in Sachen Autarkie.

Das Problem, die Notwendigkeit, die Atomisierung des Individuums durch kollektive Kämpfe zu überwinden, in denen es zu einem gesellschaftlichen Individuum wird, wird in der Welt des DIY nicht zum Problem, sondern zu einer Tugend. Im Ergebnis ist der Liberalismus des Fluffy viel schlimmer als irgendeiner seiner Vorgänger.

d) Fluffy-Liberalismus versus Militanter Liberalismus

Viele, die auf den landesweiten Demonstrationen waren, haben vielleicht den Eindruck, daß die Fluffies einfach die PazifistInnen aus den 80ern wären, die wieder aus dem Unterholz gekrochen wären. Es gibt jedoch wesentliche Unterschiede zwischen dem Fluffy-ismus und dem Pazifismus der alten Friedensbewegung. Zumindest erkannten die PazifistInnen, daß der Staat eine gesellschaftliche Kraft gewalttätigen Zwangs ist, die bekämpft werden mußte, damit 'Freiheit' überhaupt einen Sinn hat. Der Fluffy-ismus dagegen ist Liberalismus in seinem logischen Extrem (und daher im Ergebnis noch widersprüchlicher). Die Sicht des Fluffy, die Gesellschaft sei nur eine Ansammlung von Individuen, verwirft die Möglichkeit, den Staat als eine *gesellschaftliche* Kraft zu erkennen; unter ihren Anzügen und Uniformen sind die Gerichtsvollzieher, Polizisten, Häuserspekulanten, Industriellen, und sogar Michael Howard und seine Truppen einfach nur individuelle menschliche Wesen. Daher kommen die Fluffies zu dem Schluß, daß alle Individuen ein gemeinsames menschliches Interesse haben. Alle Konflikte, die in der Gesellschaft entstehen, können daher nur das Ergebnis fehlgeleiteter Ängste oder von Mißverständnissen sein.

Diese Sicht der Dinge ist eine Grundlage der Vorstellung der Fluffies, wie die Kampagne gegen die CJB vorgehen sollte. Da die CJB nur ein Ergebnis von Vorurteilen sein konnte, wäre der beste Weg, sie zu bekämpfen, diesen netten Männern zu zeigen, daß sie nichts zu befürchten hätten; daß unter den Dreadlocks und der lustigen Kleidung, den seltsamen Ideen und der neumodischen Musik die marginalisierte Community in Wirklichkeit aus ehrbaren und ernsthaften Menschen bestehen würde, die einen wertvollen, wenn auch unorthodoxen Beitrag zur Menschheit leisten würden. Der Weg vorwärts war die Überwindung der Vorurteile durch die Demonstration ihrer Vernünftigkeit und ihres 'Positiv-Seins' gegenüber dem Rest der Gesellschaft. Daher ist der Fluffy-ismus, im Vergleich mit dem Liberalismus der PazifistInnen, bestimmt dadurch, daß er nicht nur grundsätzlich un-konfrontativ ist, sondern auch angeblich unpolitisch. (Seine offensichtliche Widersprüchlichkeit konnte nur existieren wegen der politischen Unerfahrenheit seiner jungen AnhängerInnen, zumindest insoweit seine Widersprüche nicht unter dem Einfluß der äußeren Realität offensichtlich wurden.)

Zweierlei folgte direkt aus dieser Vorstellung. Zum einen, da der Zweck der Kampagne war, sich ein positives Selbstbild zu geben, wurde die Repräsentation wichtiger als das, was repräsentiert werden sollte. Das Wecken der Aufmerksamkeit der Medien und eine 'positive Berichterstattung' wurde zum Ein und Alles der Kampagne, soweit es die Fluffies betraf. Wenn es möglich gewesen wäre, eine positive Fernsehberichterstattung über eine Demonstration zu kriegen, ohne den Ärger und die Risiken, die entstehen, wenn es tatsächlich eine gibt, dann hätten dies die Fluffies zweifellos hingekriegt. Der Fluffy ist der wahrgewordene Alptraum des Situationismus, der personifizierte verdünnte Gedanke der Postmoderne - virtuelle Politik.

Zweitens waren die Fluffies anfangs unfähig, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß sie die Männer in Anzügen nicht dazu überreden könnten, das Gesetz nicht zu verabschieden. Unfähig, in Begriffen eines Aufbaus einer *sozialen Bewegung* zu denken, die fähig wäre, sich dem Gesetz zu widersetzen, wäre das Versagen der Kampagne gleichbedeutend mit dem Ende, statt erst der Anfang, und dies war eine Aussicht, über die besser nicht nachgedacht wurde, um nicht den Positivität der Bewegung zu untergraben. Viele der Fluffies sind zu jung, um die Poll Tax nicht bezahlt zu haben. Für sie gibt es entweder gesetzmäßig verankerte Rechte, oder nichts.

3. Latente Widersprüche in der Kampagne

Es gab eine Reihe von Widersprüchen, von denen einige schon von Anfang an deutlich waren, während andere eine Zeit lang latent blieben. Diese bewegten sich auf drei wesentlichen Ebenen:

a) Klassenkämpferische Militante versus Liberale

Dieser Gegensatz braucht nur wenig erklärt zu werden. Unter den Gruppen, die unter dem Dach des Freedom Network vereint waren, gab es zusammenhängende und organisierte Elemente wie Oxford Solidarity Action und Autonome aus Brighton. Und die landesweiten Demonstrationen waren dazu bestimmt, Elemente anzuziehen, die eine Möglichkeit den Staat anzugreifen suchten, Veteranen vom Trafalgar Square und Welling. AnarchistInnen

und KommunistInnen, die sich des Widerspruchs bewußt waren, der entsteht, wenn proletarische Subjekte Klassenkampf führen und von Fluffies repräsentiert werden, waren verpflichtet dazu, die Kampagne aus ihrer liberalen Zwangsjacke zu befreien zu helfen. Interessanter sind die Widersprüche, die sich innerhalb des Liberalismus selbst offenbarten.

b) Fluffy-Liberale versus militante Liberale

Die Kampagne wurde überwiegend von Fluffies repräsentiert, die versuchten, dem Establishment ihre Ehrbarkeit zu demonstrieren. Aber diejenigen Gruppen, die die große Masse der Kampagne bilden sollten, beteiligten sich nicht daran, um ihre Loyalität gegenüber dem Status Quo zu demonstrieren, sondern weil sie an sozialen Kämpfen beteiligt waren und dies auch weiterhin tun wollten, die versuchten, diesen auf einer bestimmten Ebene zu untergraben. Anfangs kümmerten sich die Fluffies hauptsächlich um das "Right To Party", einer Aktivität, von der sie dachten, zeigen zu können, daß sie keine Gefahr für die Interessen des Establishments darstellen würde, sobald dieses diese nur etwas besser verstehen würde. Jagd-SaboteurInnen, Anti-Straßen-DemonstrantInnen, BesetzerInnen und, wenn auch in einem geringeren Ausmaß, Traveller jedoch befanden sich gemeinsam in Opposition zu diesen Interessen.

Daher bestand der Widerspruch zwischen den militanten Liberalen und den Fluffies in dem zwischen einer politischen und einer unpolitischen Einstellung, zwischen einer kollektiven, oppositionellen und einer 'individuell-mit-Kontakten' und Medien-orientierten Herangehensweise, und bewegte sich auf der bekannten Ebene des Widerspruchs zwischen dem Subjekt und der Repräsentation.

c) Fluffy-Subjekte versus Fluffy Repräsentation

Die Medien-Besessenheit der Fluffies führte dazu, daß dieser Widerspruch zwischen Subjekt und Repräsentation selbst in den eigenen Reihen der Fluffies zu spüren war. Insbesondere für den Typus des/der jungen RaverIn unter ihnen trat die Notwendigkeit der Kampagne, sie als ehrenwerte, vernünftige Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, in Widerspruch zu ihrem Bedürfnis, auszusteigen, Shit zu rauchen, Ecstasy zu schlucken, sich Dreadlocks wachsen zu lassen, die Haare zu färben, sich das Gesicht piercen zu lassen und all die anderen Dinge, die nicht mit den Vorstellungen der Medien von Respektabilität übereinstimmen. Die Notwendigkeit, respektierbar zu erscheinen, war eine Sache der Selbstverleugnung, etwas, das nicht mit ihren ('New Age' -)Vorstellungen übereinstimmte; es widersprach ihrem Bedürfnis, 'alternativ' zu sein, wie ent-politisiert dieser Lebensstil auch im Vergleich zu dem der Anarcho-Punks oder der Öko-KriegerInnen sein mag.

Diese drei Widersprüche sollten offensichtlich werden, als die Kampagne zur Bewegung wurde. Und als es immer deutlicher wurde, daß sich die Fluffies, im Gegensatz zur altmodischen Linken, als unfähig erweisen würden, etwas als Austausch gegen Loyalität anzubieten, sollte dieser Widerspruch zwischen Subjekt und Repräsentation schärfer werden. Als klar wurde, daß der einzige Weg Vorwärts der Aufbau einer Bewegung für den massenhaften Mißachtung des Gesetzes sein würde, sollte dieser Widerspruch zu einem offensichtlichen Bruch werden.

B. Die Bewegung: Manifeste Widersprüche

Eine vollständige Aufzählung aller Aktionen, die stattfanden, als die Kampagne gegen die CJB an Bewegungskraft gewann, würde den Rahmen dieses Artikels bei weitem sprengen; zu viel ist im letzten Jahr passiert, um alles im Detail abzudecken. Überall im Land sind örtliche Demonstrationen organisiert worden, von denen viele die größten waren, die es seit Jahren in diesen Städten gegeben hat, und von denen einige illegal waren und so ausdrücklich gegen den Public Order Act von 1986 verstoßen haben. Die Bewegung hat besetzte soziale Räume in Oxford, Blackburn, Hastings, Swansea, Brighton, Huddersfield, Cardiff, London, Isle of Wight, Nottingham, Sheffield, Lewes und Rugby hervorgebracht. Es gab die Stürmung und Sprengung der Versammlung des Hackney Council wegen des Einsatzes der CJB gegen Hausbesetzungen; dies, wie auch das Hackney Homeless Festival, endete in Zusammenstößen mit der TSG. Es gab ebenfalls den Zusammenstoß in Oxford, als BesetzerInnen den Vorraum des örtlichen Gefängnisses (oder Polizeistation) besetzten, um gegen ihre Räumung zu protestieren. Und es gab eine riesige Menge von öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Lobbyismus und Darstellungen in den Medien. All diese Ereignisse trugen dazu bei, die CJB letztes Jahr auf die Spitze der politischen Tagesordnung zu setzen. Doch der Schwerpunkt dieses Artikels soll auf dem Widerspruch innerhalb der Bewegung zwischen den politischen Aktivitäten der Klassensubversion und der liberalen Lobby-Arbeit liegen, und dieser Widerspruch wurde am deutlichsten bei zwei Angelpunkten der Kampagne: den beiden landesweiten Demonstrationen in London am 24. Juli und 9. Oktober letzten Jahres.

1. Der Marsch zur Downing Street

a) Die 'Coalition': Die SWP springt auf den fahrenden Zug, aber kann sie ihn steuern?

Die Demonstration am 1. Mai letzten Jahres überraschte die Linke vollkommen. Sie verlangte nach irgendeiner Art von Reaktion, wenn schon nicht, weil sie die Überflüssigkeit der Linken demonstrierte, so doch weil sie eine neue Welle an potentiellem Rekrutierungsmaterial darstellte. Die SWP, mit dem schärfsten Riecher für den richtigen Augenblick, und einer jüngeren Mitgliedschaft als ihre wesentlichen Rivalen, kam als erste aus den Startlöchern und gründete die 'Coalition Against the Criminal Justice Bill'. Diese setzte sich aus verschiedenen Gruppen zusammen, wie der Advance Party, Freedom Network, der Hunt Saboteurs Association und einer Auswahl von lokalen Anti-Straßen-Gruppen (als wichtigste die 'No M11 Link Campaign'). Aber letztlich wurde sie von der SWP dominiert, da diese anderen Gruppen relativ unerfahren im schmutzigen Geschäft der politischen Manipulation waren und leicht ausmanövriert wurden. Die Coalition rief dann zu einer landesweiten Demonstration am 24. Juli in London auf, an dem Wochenende bevor die CJB Gesetz werden sollte.

Dieser Versuch linker Vereinnahmung verlangte, daß die Kampagne sich auf die Arbeiterbewegung orientierte, und, angesichts der Position der Labour Party zur CJB, konnte dies nur eine Orientierung auf die Gewerkschaften bedeuten. Kader der SWP engagierten sich an der Basis und intervenierten auf Treffen von lokalen Gruppen, wo sie den Fluffy-ismus kritisierten, den Klasseninhalt des Angriffs hervorhoben und für die

Notwendigkeit des Kontaktes zu anderen Kämpfen der ArbeiterInnenklasse argumentierten. Aber jede mögliche positive Einfluß, den die SWP auf die Bewegung hätte haben können, wurde mehr als kompensiert durch die Auswirkungen ihres Arbeiterfetischismus, der nur dazu diente, den Zuspruch zum Liberalismus innerhalb der Bewegung zu verstärken. ⁽¹⁵⁾

Während der Mobilisierung für die Demonstration rief die RMT zu einer Reihe von 24- und 48-stündigen Streiks der SignalarbeiterInnen auf, die den Bahnverkehr stilllegten. Die von der SWP immer wieder vorgetragene Position war, daß es notwendig sei, Verbindungen zwischen den beiden Kämpfen herzustellen. Theoretisch wären solche Verbindungen erstrebenswert gewesen. Neben der Tatsache, daß es sich bei beiden um Klassenkämpfe handelte, standen die Auseinandersetzungen der SignalarbeiterInnen und die Bewegung gegen die CJB über die Anti-Straßen-Bewegung in einer Verbindung.

Die Aussicht, die Kämpfe über die Frage des Transports miteinander zu verbinden (in einer sinnvolleren Weise, als die Hupen der U-Bahn-FahrerInnen in Leytonstone, auf die die BesetzerInnen in der Claremont Road, die den M11 Link aufhielten, mit Jubel antworteten), die Aussicht auf praktische Verbindungen zwischen Kämpfen, die sich durch die Erkenntnis eines gemeinsamen Feindes in Staat und Kapital herstellen, war offensichtlich eine, die für beide Seiten förderlich gewesen wäre.

Unglücklicherweise bot die Auseinandersetzung der SignalarbeiterInnen dazu keine Möglichkeiten, da er streng von der RMT kontrolliert wurde, und von ihr als Auseinandersetzung der SignalarbeiterInnen, und nichts anderes, geführt wurde. Abgesehen von einer Reihe von Brandanschlägen auf Schaltkästen gab es keine autonomen Initiativen von den SignalarbeiterInnen, die andere hätten unterstützen können, nicht einmal Streikposten an vielen Orten. Unter dem Druck des linken Flügels stimmte der RMT-Vorsitzende dem Aufruf zu einer landesweiten Demonstration zur Unterstützung der 4.000 Streikenden zu, tat aber nichts zur Mobilisierung; nur 1.500 nahmen an der Demonstration teil, von denen ca. 90% Mitglieder von trotzkistischen Gruppen waren. Und die Versammlung am Ende der Demonstration war ausschließlich für RMT-SignalarbeiterInnen. Die Auseinandersetzung war von der RMT dermaßen zugenäht, daß die Herstellung von Verbindungen nur rhetorisch sein konnte.

Aber dies konnte die SWP nicht von ihrem Kurs abbringen. Teilweise lag dies an ihrem Willen, das nutzlose Gewicht des Gewerkschaftsfetischismus zu tragen, die Drecksarbeit für den RMT-Vorsitzenden zumachen und gleichzeitig für einen allgemeinen Streik oder einen Streik anderer EisenbahnarbeiterInnen zu bitten. ⁽¹⁶⁾ Aber im wesentlichen lag dies an ihrer Vorstellung, wie diese Kämpfe miteinander in Verbindung standen.

Erstens war die SWP der Meinung, daß sich die CJB in erster Linie gegen streikende ArbeiterInnen richtete (weshalb sie eine Angelegenheit des Klassenkampfes darstellt), und die Bewegung sollte deshalb ihre wichtigste Flanke verteidigen. Zweitens mußte die Verbindung mit den SignalarbeiterInnen hergestellt werden, weil diese, mit ihrem Kampf am Arbeitsplatz, dort Erfolg haben könnten, wo die Anti-CJB-Bewegung dies nicht könnte. Den Hauptopfern des Gesetzes zu erzählen, sie seien nur eine Tarnung des eigentlichen Ziels, war schon schlimm genug, aber ihnen zu erzählen, sie seien letztlich nicht in der

Lage, das Gesetz zu bekämpfen, war ein schreckliches Beispiel theoretischer Entwaffnung:

"Wir müssen unsere Arbeit auf die Gewerkschaften und die Arbeitsplätze hin ausrichten - aus zwei Gründen: Erstens, weil es bei der Arbeit ist, wo die meisten Menschen, die von dem Gesetz bedroht sind, zusammenkommen. Zweitens, weil es bei der Arbeit ist, wo wir die größte Macht haben." ('What We Think', *Socialist Worker*, 23. Juli 1994)

Dies war die unterschwellige Botschaft der SWP für ProletarierInnen, die sich dagegen wehren, daß sich ihr Leben der Lohnarbeit unterordnet: 'Du bist machtlos' ('Geh arbeiten'). Angesichts der Wahlmöglichkeit zwischen den 'Klassenposition', die den Kampf dem der SignalarbeiterInnen unterordnet, auf der einen Seite, und dem Slogan 'Verteidigt Unterschiedlichkeit - Verteidigt Andersartigkeit' von Liberty auf der anderen, ist es nicht schwer zu verstehen, warum die Anziehungskraft des Liberalismus durch den Arbeiterfetischismus der SWP verstärkt wurde. Abgesehen davon gibt es nichts Besseres, jemanden dazu zu bringen, seine/ihre individuelle Autonomie zu bestätigen, als eine lange Reihe von Linken zu sehen, die alle ihren Charakterpanzer vor der Brust halten und 'Der *Socialist Worker* von dieser Woche...' rufen. Und für diejenigen, die nicht in der Lage waren sich vorzustellen, daß die SignalarbeiterInnen die Regierung stürzen, bevor sie die CJB verabschieden konnte, schien der naive Optimismus der Fluffies attraktiver zu sein, als die offensichtlichen Schlüsse, die über eine Bewegung gezogen werden müssen, die keine Präsenz an Arbeitsplätzen hat.

Nichtsdestotrotz versuchte die SWP hartnäckig, die Herzen und Köpfe der Bewegung zu gewinnen, bis die Auseinandersetzung der SignalarbeiterInnen endlich beigelegt war. Ihre wesentlichen Gegenspieler in diesem Kampf um die ideologische Hegemonie waren die Fluffies, insbesondere deren Avantgarde - das Freedom Network.

b) Keep It Fluffy - Geh in den Knast

Das Freedom Network war anfangs ein nicht-hierarchisches Netzwerk zwischen Gruppen, die in dem Büro im 'Cool Tan' in Brixton *koordiniert* wurden. Innerhalb kurzer Zeit jedoch führte der Druck, der daraus entstand, die Schnittstelle zwischen dem Netzwerk auf der einen und den Medien und dem liberalen Establishment (Liberty, Charter 88) auf der anderen Seite zu sein, dazu, daß die KoordinatorInnen in London zur Stimme des Netzwerks wurden. Als sie nach und nach die Stellung als RepräsentantInnen der Bewegung akzeptierten, wurde ihr Fluffyismus - und ihre Haltung, seine Vorherrschaft in der Bewegung zu erhalten - zu einem immer größeren Problem.

Nach dem ursprünglichen Erfolg vom 1. Mai versuchte das Freedom Network, den Impuls der Kampagne zu erhalten, mußte aber von der SWP praktisch überlistet werden, um den Plänen für eine Demonstration am 24. Juli zuzustimmen. In der Zwischenzeit machten sie weiter mit ihren eigenen Plänen, die Bewegung weiterzutreiben, die in 'Operation Emily' und 'Operation Democracy RIP' ihren Ausdruck fanden. 'Operation Emily'⁽¹⁷⁾ wurde als großer Erfolg angesehen. Rund zwanzig Personen, die in edwardianischen Kostümen steckten und sich an die Gitter vor dem Parlament ketteten, wurden zahlenmäßig von den anwesenden JournalistInnen übertroffen; und Simalabim - genauso viel Presseberichte

wie am 1. Mai, aber mit 24.980 weniger potentiellen Krawallmachern! 'Operation Democracy RIP' war ein noch ekelerregenderer Versuch, 'positive Medienberichterstattung' zu kriegen: eine Begräbnisprozession, so weit davon entfernt, den Tod der Demokratie darzustellen wie die SargträgerInnen davon entfernt waren zu begreifen, daß der Inhalt von Demokratie die vereinzelnde Diktatur des Geldes ist.

Die Fluffies vertieften sich in die harte Arbeit der Repräsentation - die Produktion von erbärmlichen Medienspektakeln, die Aufnahme von Verbindungen zu RepräsentantInnen des liberalen Establishments, der Presse und anderen Kampagnengruppen, die Koordinierung des Informationsflusses etc. Aber ein frühes Zeichen, daß ihre Fähigkeit, die Politik des Fluffyismus durchzusetzen, durch diejenigen, die sie repräsentieren wollten, gefährdet werden könnte, ereignete sich am 2. Juli bei Twyford Down. Lokale Fluffies organisierten eine Massenbegehung des Erweiterungsprojekts der M 3 kurz vor der Eröffnung, und mehrere Tausend Menschen nahmen daran teil, einschließlich anderer Fluffies, Öko-Warriors, TravellerInnen und einiger Linker. Während die Ankündigung den Anschein erweckt hatte, die OrganisatorInnen planten eine konfrontative Direkte Aktion, hatten sie sich jedoch darauf vorbereitet, daß die Begehung eine im wesentlichen symbolische Angelegenheit sein sollte, die in einem Medienspektakel enden sollte; eine Verbrennung einer Puppe zum Wohl der eingeladenen JournalistInnen.

Doch viele der TeilnehmerInnen hatten andere Vorstellungen. Die Zahl der Anwesenden gab der Menge ein subversives Potential, dessen Verwirklichung einen unwiderstehlichen Reiz ausübte, und einige kleine Gruppen machten sich daran, die fertige Autobahn zu beschädigen (keine leichte Sache), in dem sie Steine in die Abflußrohre steckten, während andere auf Sicherheitsfahrzeuge sprangen. Die meisten Menschen waren zu diesem Zeitpunkt jedoch damit zufrieden, sich an der Begehung zu beteiligen, und gingen weiter den Hügel hinauf, an dessen Kuppe die Menge zum Stehen kommen und mit einer Entscheidung von fundamentaler Wichtigkeit konfrontiert werden sollte.

Die OrganisatorInnen hatten die Menge gestoppt und tanzten in einer Kette um sie herum, zu ihrer irritierenden Hymne 'We are the new people, we are the old people, we are the same people, stronger than before', und versuchten so, der Menge eine Möglichkeit, ihr Potential zu feiern, zu bieten, ihr einen Brocken zum Fraß vorzuwerfen, um seine Verwirklichung zu verhindern. Sie wollten, daß die Menge den Weg zurückging, auf dem sie hergekommen war, um das Spektakel der Puppenverbrennung durchzuführen, und ganz sicher wollten sie nicht, daß die Menge auf der anderen Seite des Hügels hinunterging, wo potentiell 'negative Presse' nur darauf wartete, um diese Möglichkeit zu sabotieren. In diese Richtung stand eine dünne blaue Kette der Polizei und dahinter lag die A 33, die verstopfte Ader, für deren Entlastung Twyford Down zerschnitten worden war.

Zeit der Entscheidung: Ein spektakuläres Mahnmal für einen verlorenen Kampf, durch die Fortsetzung der Begehung einer nicht eröffneten Straße, um die sich die Polizei einen Dreck scherte, weil ihr nicht viel Schaden zugefügt werden konnte, ⁽¹⁸⁾ oder eine leichte Konfrontation mit einer offensichtlich ungenügenden Polizeipräsenz, um die funktionierende Straße dahinter abzuschirmen. Die Polizei von Hampshire hatte sich offensichtlich auf die Polizei der Fluffies und die Polizei in den Köpfen der Leute verlassen, und sobald ihre Argumente widerlegt waren, war es relativ leicht, ihre Kette zu

durchbrechen. Wieder gab es lange Pause, da die Behauptung kollektiver Macht durch die Blockade der Straße jemanden voraussetzte, der genug Vertrauen hatte, daß ihm/ihr die anderen folgen würden, um sich in den Verkehr zu stellen. Aber die Erkenntnis, daß die Straße der kürzeste Weg zu erfrischenden Flüssigkeiten war, bedeutete, daß der Damm gebrochen war, und ein großer Teil von zweitausend Menschen versammelte sich auf der Straße. Das Gefühl des kollektiven Empowerments, das im großen Kontrast zu der individuellen Verletzlichkeit als FußgängerIn stand, war immens. Die Polizei war nicht in der Lage einzuschreiten, als die Menge nach Winchester tanzte, zum Rhythmus der Bongos, den Rufen 'Kill The Bill' und 'No More Roads' und dem synkoptischen 'Smash the Criminal Justice Bill'. Würden die Fluffies in der Lage sein, eine solche Energie unter Kontrolle zu halten, wenn 50.000 in den Straßen von London zusammenkommen würden?

Als der Zeitpunkt der Demonstration am 24. Juli näherrückte, begann sich Freedom Network Sorgen zu machen, daß 'ihr' Spektakel auf eine ähnliche Weise 'entführt' werden könnte. Von ihrer Rhetorik getäuscht und ohne Begriff, daß sie ein Schaf im Wolfpelz ist, dachten sie, daß die SWP auf eine Konfrontation mit der Polizei zusteuern würde, eine Entwicklung, die auf jeden Fall verhindert werden mußte, damit ihre 'Strategie der Respektabilität' überhaupt eine Chance hätte.⁽¹⁹⁾ Also entschied sich das Freedom Network, durch die Aufstellung von Fluffy-OrdnerInnen, die Verteilung von 'Chill The Bill'-Plakaten, 'Non-Violence' - Ansteckern und der Verteilung des berüchtigten 'Keep It Fluffy'-Flugblatts am Tag der Demonstration dafür zu sorgen, daß der Marsch ereignislos stattfinden würde.⁽²⁰⁾

c) Stürmt der 'Mob' die Downing Street?

Die Spannungen zwischen der SWP und Freedom Network wurden zunehmend deutlich, als der Termin der Demonstration näherrückte. Aber dieser Widerspruch zwischen 'Klassenpolitik' und 'Fluffyismus' ist nicht der zwischen Klassenkampf und Liberalismus, um den es uns geht. Der Widerspruch zwischen Freedom Network und der SWP war in erster Linie ein ideologischer, ein Kampf um die Vorherrschaft in der Repräsentation. Beide wollten, daß die Demonstration ein Medienspektakel würde, unterschieden sich aber hinsichtlich des besonderen Wesens des Bildes. Beide wollten keinesfalls die Entwicklung autonomer Subjektivität der ArbeiterInnenklasse erleben, die darin besteht, daß sich eine proletarische Menge in der Konfrontation mit einem Gegner sich selbst bewußt wird. Beide Gruppen teilen eine Vorstellung von gesellschaftlicher Veränderung, die darauf beruht, daß 'der Mob' unter Kontrolle gehalten wird. Und entgegen den Sensationsberichten, die in den Boulevardblättern erschienen, wurde diese Entwicklung von kollektiver Subjektivität erfolgreich eingeschränkt; es gab keinen allgemeinen Versuch, die Downing Street zu stürmen.

Die Versammlung von 50.000 unterschiedlichen ProletarierInnen gegen die Gesetzgebung der Regierung fördert ein Gefühl der Solidarität, und ist insofern ein notwendiger Schritt über die gewöhnliche Atomisierung in der bürgerlichen Gesellschaft hinaus. Aber solange die Menge nicht als kollektive Kraft agiert, bleibt die Entwicklung von kollektiver Subjektivität begrenzt. Wenn das Potential nicht verwirklicht wird, wenn die Menge einfach von A nach B geht, auf einer ausgehandelten Route, um sich langweilige Reden anzuhören, bevor sie sich auflöst, bleibt die Kollektivität nur etwas mehr als eine

Ansammlung von Atomen, wie bei einem trägen Gas. Wenn die Menge dagegen *handelt*, um ihr Interesse gegen eine äußere Barriere durchzusetzen, wird diese Atomisierung überwunden und setzt die Energie der molekularen Verbindung frei, wie bei einer Verbrennung. Sie muß gegen das, was sie gespalten zu halten versucht, - Kapital und seine staatliche Form - handeln, um ihr Potential zu realisieren. Und am 24. Juli passierte dies in einem unbefriedigendem Maße.

Die SWP führte die Demonstration an und schwelgte dabei in dem Gedanken an all die PhotographInnen, die Bilder von 'der Zeitung' und von Socialist Worker-Plakaten, die unter der Fahne der RMT geschwungen werden, machen. Eine Gruppe von hundert oder mehr Personen, die einige Meter hinter diesem linken Block ging, stoppte vor den Toren von Downing Street, und ein Dutzend von ihnen versuchte, die Tore entweder einzureissen und sie zu überklettern. Aber dieser kleine Teil der Menge blieb relativ isoliert vom restlichen (Groß-)Teil der Demonstration, der an ihnen vorbeizog. Wenn die verzierten Tore tatsächlich nachgegeben hätten, wäre diese relativ kleine 'Mob' von der Polizei niedergemacht worden, ein Punkt, der später unterstrichen wurde, als in der Zeitung *The Observer* enthüllt wurde, daß der Metropolitan Police Commissioner darauf vorbereitet war, den Einsatz von Gummigeschossen zu gestatten, zum ersten Mal auf dem britischen Festland, falls die Menge in die Downing Street eingedrungen wäre.

Da? dieser Teil der Menge isoliert blieb, lag zum Teil an den 'Fluffy OrdnerInnen'. Sie forderten, zusammen mit der Polizei, den Rest der Menge dazu auf, weiterzumarschieren; einige OrdnerInnen zogen aus ihren ideologischen Voraussetzungen die logischen Konsequenzen und wurden 'pazifistische Polizei', indem sie nicht nur mit denen vor den Toren argumentierten, sondern auch in einigen Fällen ihnen die Masken abzogen, um die Gesichter den Sicherheitskameras auszusetzen! Aber die Isolation der KämpferInnen lag nicht in erster Linie an dem Einfluß, den die Fluffies auf die Demonstration hatten. Tatsächlich nahm sich niemand den lächerlichen Rat in dem 'Keep It Fluffy'-Flugblatt zu Herzen, und bildete eine Kette um die 'Krawallmacher' herum, ganz abgesehen von sich hinzusetzen oder die 'Teppich'-Taktik anzuwenden. Tatsächlich nahm der Großteil der Demonstration weder die Seite des 'Mobs' noch die Seite der 'pazifistischen Polizei' ein; die Leute blieben einfach BeobachterInnen. Sie waren nicht dazu gezwungen, sich in einer kollektiven Identität zu erkennen, weder in der Kraft der Negation noch in der Reaktion. Und wenn auch viele in der Menge einigen der Vorstellungen der Fluffies sympathisch gegenüberstanden, so war doch die Entscheidung, sich nicht zu beteiligen, nicht so sehr das Ergebnis einer starken Verpflichtung gegenüber allen praktischen Konsequenzen der Fluffy-Politik, sondern vielmehr das Ergebnis der Polizeitaktik an diesem Tag.

Es gab wenig sichtbare Polizeipräsenz bei der Demonstration. Vor den Lieblingszielen der TierrechtsaktivistInnen, McDonalds und Boots, standen kleine Polizeieinheiten, aber es war keine Riot Police in Sicht. Diejenige, die in Whitehall stand, war ursprünglich außer Sichtweite; es war keine vor den Toren von Downing Street stationiert. Es hatte offensichtlich eine Entscheidung gegeben, sich zurückzuhalten, um keinen Ärger zu provozieren. Als die Tore begannen nachzugeben, versuchte die Polizei die Menge durch mehrere begrenzte Vorstöße aus den Toren auf der gegenüberliegenden Seite von Whitehall abzulenken, aber trug besondere Sorge - auf Grund der Lektionen aus dem Poll

Tax Riot - nicht den Rest der Demonstration zu provozieren. Nach jedem Vorstoß zogen sie sich zurück, und erlaubten so der Demonstration, weiterzugehen, und ließen so den Mächtigen-Aufständischen wenig Alternativen als sich anzuschließen.

Die Ereignisse am 24. Juli deuteten darauf hin, daß viele in der Bewegung zwar die ideologische Anziehungskraft des Liberalismus dem Dogma des Leninismus vorzogen, sich aber nicht den praktischen Notwendigkeiten des Fluffyismus verpflichtet fühlten. Auf der Demonstration passierte nichts, was sie dazu zwang, ihre kollektive Identität als Kraft der Negation zu erkennen - es gab keine Konfrontation, die sie dazu zwang, ihre Subjektivität als Klasse zu realisieren. Aber in diesem Kampf gibt es zwei Seiten. Der Staat verabschiedete Gesetze gegen die Autonomie der Klasse, und wenn die Bewegung, ob sie sich nun in Begriffen der Klasse Begriff oder nicht, sich in Richtung der massenhaften Übertretung des Gesetzes weiterbewegte, und wenn die Gesetze verabschiedet und durchgesetzt werden sollten, mußte der Staat früher oder später zur Demonstration seiner Macht übergehen. Wenn er sich dazu entscheiden würde, die Bewegung anzugreifen, statt sich zurückzuziehen, könnte er sie dadurch einschüchtern, spalten und zerstreuen. Aber er könnte genausogut dazu beitragen, sie zu einer Kraft der Subjektivität der ArbeiterInnenklasse zusammenzufügen - er könnte einen Riot provozieren!

2. Hyde Park 1994 - Stuff The Law!

a) Die Mobilisierung zur Demonstration

Die Coalition rief zu einer weiteren Demonstration am 9. Oktober auf. Während der zwei Monate vor der Demonstration ergaben sich jedoch wichtige Veränderungen, die diejenigen, die um die repräsentative Hegemonie kämpften, betrafen. Die anderen Gruppen in der Coalition zogen sich praktisch zurück, da sie die Schnauze voll davon hatten, ständig von der SWP ausmanövriert zu werden, und überließen der SWP die alleinige Kontrolle über die Organisation. Aber zu der gleichen Zeit, als der SWP die alleinige Kontrolle über die Bewegung übergeben wurde, zog sie sich selbst daraus zurück. Die Partei hatte sich nie besonders wohl dabei gefühlt, auf so einem fremden Territorium zu operieren, einem Spielfeld, das besser für den Anarchismus als den Leninismus geeignet war; und als sie zu spät erkannte, daß die Auseinandersetzung der SignalarbeiterInnen nirgendwohin führte, fand die SWP heraus, daß sie nichts mehr zu sagen hatte und versucht seitdem, sich neu zu orientieren.

Die Fluffies auf der anderen Seite hatte ihren großen Tag, und das nicht nur, weil ihre Hauptmitbewerber ihren Einsatz zurückzogen. Die Ereignisse in der Downing Street hatten ihrer Glaubwürdigkeit keinerlei Schaden zugefügt. Nur eine kleine Minderheit, die ihnen auch schon von vornherein kritisch gegenüber gestanden hatte, wußte, wie widerlich sich die OrdnerInnen der Fluffies verhalten hatten, als sie sich auf die Seite der Polizei stellten. ⁽²¹⁾ Die Fluffies hatten die Kontrolle über den Informationsfluß innerhalb der Bewegung, und viele Nicht-Fluffy-Liberale stellten sich auf die Seite der Fluffies, insofern sie wußten, was passiert war.

Aber die meisten in der Bewegung wußten *nichts* von den Details der Konfrontation, da sie

meistens erst durch die massive Berichterstattung der Medien davon gehört hatten. Und gerade dies, das der Zusammenstoß in der Downing Street einen gewaltigen Interesse der Medien ausgelöst hatte, verschaffte die Fluffies diese starke Position. Den August und September hindurch waren die Fluffies in ihrem Element, gaben den eher liberalen Zeitungen und linken Magazinen wie dem *New Statesman* Interviews, nahmen an Radio-Talkshows teil, wurden eingeladen, um bei Versammlungen zu reden etc. Der Krawall in der Downing Street verschaffte den Möglichkeiten der Fluffies zur Repräsentation paradoxerweise mächtigen Auftrieb. Sie wurden zu Medienlieblingen.

Doch die Zeit verging. Das Oberhaus kritisierte das Gesetz und verlangsamte seine Verabschiedung, aber der Tag, an dem es der Königin zur königlichen Genehmigung (falls nicht ihre Menschlichkeit - unter der Würde der Krone etc. - sie dazu bringen würde, sich stattdessen für eine Verfassungskrise zu entscheiden) vorgelegt würde, rückte näher. Die Jagd-SaboteurInnen bereiteten sich auf Konfrontationen vor, sobald die Fuchsjagd-Saison beginnen würde, und die GegnerInnen der M11 machten sich bereit für den großen Showdown in der Claremont Road. Während die Fluffies herumhetzten, um 'gute Presse' zu kriegen, aber keine großen Fortschritte machten, realisierte der Rest der Bewegung nach und nach, daß eine Konfrontation mit der Macht des Staates unausweichlich sein würde.

b) Ravers' Revenge

Die Stimmung bei der Demonstration am 9. Oktober war in vielerlei Hinsicht ähnlich wie die bei der vorhergehenden; jede Menge von Trommeln und Pfeifen, die meisten Leute wollten sich einfach gut unterhalten. Auf der anderen Seite war die Polizei sichtbarer als zuvor; Riot Police war entlang der Route aufgestellt. Und sie sollte später nötig sein.

Trotz der Tatsache, daß die meisten der Menge keine Konfrontation suchten, trat ihr Bedürfnis, Spaß zu haben, in Widerspruch zu dem des Staates, diesen Spaß zu regulieren, und ihre Entschlossenheit zu tanzen führte zu einer Konfrontation, die diejenigen vorwegnahm, zu denen es durch die Gesetzgebung gegen illegale Raves kommen sollte. Die Coalition hatte vorher mit der Polizei vereinbart, daß Musik im Park eingeschränkt bleiben würde. Aber würde sich die Menge mit Reden begnügen, von langweiligen und irrelevanten Liberalen aus der Arbeiter- und der Bürgerrechtsbewegung, die die Anti-CJB-Bewegung begrüßten (insoweit sie diese vereinnahmen konnten)?

Viele kümmerten sich nicht um die Reden, sondern versammelten sich um kleine Musiknester. Aber diese verstreuten Punkte waren offensichtlich ungenügend für eine Feier der Einheit, für ein gemeinsames Tanzen von etwa 100.000 DemonstrantInnen. Doch die Produktionsmittel für eine solchen Rave erreichten den Park. Zwei LKWs mit Sound Systems, die das Ende der Demonstration anführten, kamen Park Lane herunter auf Marble Arch zu, von einer Masse tanzender Körper umgeben. Und sie hatten offensichtlich die Absicht, in den Park hineinzufahren, und damit die Absprachen der OrganisatorInnen mit der Polizei zu brechen (möglicherweise für den Rave in der ganzen Nacht, von dem wir alle Gerüchte gehört hatten).

Nachdem sie öffentlich verkündet hatte, daß sie aus dem Park verbannt wären, hatte die

Polizei keine andere Wahl, als die Sound Systems bei Marble Arch zu stoppen, indem sie mit Polizeiwagen am Weiterfahren hinderte.⁽²²⁾ Vielleicht hätte ein Riot verhindert werden können, wenn sie einfach zugelassen hätten, daß das Verbot durchbrochen worden wäre, aber auch diese Herangehensweise birgt Gefahren in sich, da sie einen Mangel an Respekt gegenüber dem Gesetz fördert. Wenn sie die Sound Systems nicht bei Marble Arch stoppen würden, was würde dann mit der Gesetzgebung gegen Raves passieren - würde sie als ernsthaftes Abschreckungsmittel gelten, oder verächtlich belächelt werden? Wo und wann könnte dann ein Schlußstrich gezogen werden, 'Bis hier hin und nicht weiter?' Wie sich herausstellte *mußte* die Polizei die Sound Systems in den Park lassen. Die tanzende Menge beugte sich nicht ihrer Autorität und löste sich auf, sondern wuchs, als Leute im Park bemerkten, was passierte. Einige Wurfgeschosse flogen und Riot Police zusammen mit Pferden zog auf. Aber die Situation blieb in einer Sackgasse; der Tanz ging auf der Straße weiter, auf den LKWs, auf Busdächern, sogar auf dem Dach eines Polizeitransporters. Angesichts einer solchen Entschlossenheit, und um nicht, angesichts der Größe der Menschenmenge, ein ernsteres 'Problem' der öffentlichen Ordnung zu schaffen, entschied die Polizei, sich zurückzuziehen. Die LKWs drängelten sich in den Park, und obwohl die Leute Absperrgitter auf die Straße zogen, um ihren Rücken zu sichern, machte die Polizei keine weiteren Anstalten, weiteren Ärger zu provozieren.

c) Riot! Riot! I wanna Riot!

Das der Riot trotz des Rückzugs der Polizei stattfand, liegt an dem Moment von Wahrheit in der Theorie von der 'Verschwörung der Anarchisten' der Polizei. Während die meisten der Leute den Sieg der Sound Systems durch ihre Party feierten, zufrieden damit, ihre Musik zu haben, versuchte eine entschlossene Minderheit, die Situation weiterzutreiben. Class War war sicherlich damit beschäftigt, mit der SWP und anderen Linken beim Zeitungsverkauf zu konkurrieren, aber einige 'KlassenkämpferInnen' bewarfen Polizeiwagen mit Wurfgeschossen aus dem Park heraus. Es könnten BesetzerInnen und TravellerInnen gewesen sein, die wütend über die bevorstehende Kriminalisierung ihres Lebensstils waren, oder einfach VeteranInnen von früheren Kämpfen am Trafalgar Square mit einem intensiven Haß auf die Polizei. Oder vielleicht waren es tatsächlich AnarchistInnen oder KommunistInnen, die dachten, die Situation sei reif, da die Bewegung den Moment der Wahrheit in der Ideologie der Fluffies entdeckt hatte - das die Polizei, unter ihrem Schein der Unbesiegbarkeit, doch nur aus individuellen Menschen besteht, die stark sind als organisierte kollektive Macht, doch schwach in unorganisierter Isolation, und die nichts weniger als unbesiegbar ist, wenn sie auf einem Territorium, das sie nicht bestimmt hat, einer riesigen Mehrheit gegenübersteht.

Wie auch immer, die Polizei entschied sich, die WerferInnen anzugreifen, statt ihre Wagen zurückzuziehen, als sie gesehen hatte, daß es sich nur um eine kleine Minderheit handelte. Ihr erster Vorstoß in den Park war kurz. Die kleine Abteilung von Polizeipferden reichte nicht aus, um diejenigen, die durch die Unruhe angezogen wurden, anzugreifen, und sie wurde schnell von einem jubelnden Mob aus dem Park vertrieben. Aber sie kehrten zurück - die öffentliche Ordnung mußte wieder hergestellt werden. Tanzen war eine Sache, aber Beschädigung von Polizeiwagen und Angriffe auf berittene Polizisten war etwas, das nicht toleriert werden konnte. Und dieses Mal kamen sie mit größeren Kräften zurück. Berittene Einheiten, denen Knüppel schwingende Bullen zu Fuß folgten, drangen in den Park

ein, um die Menge zu auseinanderzutreiben. Aber die Menge zerstreute sich einfach, um sich dann wieder neu zu versammeln und die Polizei anzugreifen.

Nachdem sie wegen der Sound Systems bereits einen Sieg über Polizei davongetragen hatte, hatte ein größerer Teil der Menge bereits ein Gefühl der Einheit entwickelt. Der Park war ihr Raum, autonomer Raum. Der Tanz war eine Feier dieser kollektiven Autonomie, und das Eindringen der Polizei stellte eine Verletzung dar. Durch ihre Angriffe trug die Polizei nur dazu bei, die Atomisierung innerhalb der Menge zu untergraben, und jedes mal, wenn sie sich weigerte, sich zu zerstreuen, wurde sie weniger eine Ansammlung unabhängiger BürgerInnen und mehr ein kollektives Subjekt.

ProletarierInnen, die relativ unkritisch gegenüber den Fluffies gewesen waren, die eine Lobby für Rechte gewesen waren, wurden zur antagonistischen Subjektivität der ArbeiterInnenklasse zusammengesetzt - trotzig und entschlossen, die Polizei wieder aus dem Park zu vertreiben. Und dies taten sie, durch das reine Übergewicht an Zahl. Waffen gab es nur wenige, auch wenn einige erfolgsreiche Individuen große Initiative bei der Erfindung von Mitteln zeigten, um die neu entstandenen Bedürfnisse zu befriedigen (leere, mit Sand gefüllte Dosen, zerschlagene Parkbänke und Abfalleimer zum Beispiel). Und einige wenige Individuen zeigten großen Mut, als sie einige der Angriffe anführten. Aber das überwiegende Charakteristikum des Riots war die Zahl von Anti-CJB-DemonstrantInnen, die Klassensolidarität zeigten und, alle für einen und eine für alle, die Polizei zum Rückzug zwangen.

Als die Polizei erfolgreich aus dem Park vertrieben worden war, kam es erneut zu einer Sackgasse. Die Polizei war auf der einen Seite des Geländers und die AufrührerInnen auf der anderen. Die Polizei war nicht in der Lage, ohne Schläge zu beziehen über das Gelände zu kommen, und die Menge zeigte auch keine Lust, dies zu versuchen, und war damit zufrieden, die Geländer als gewöhnliche 'Barrikade' zu benutzen, eine Abgrenzung, die die autonome Zone, die sie gewonnen hatte, markierte.

Tanzen, Rauchen, Trinken, den FeuerspuckerInnen zuschauen; die Stimmung war anders als bei früheren Riots, da das Gebiet, das die Polizei zurückerobern wollte, relativ einfach gehalten wurde und es möglich war, sich nach und nach zu entspannen und die Situation zu genießen. Das durch Fahrradkraft betriebene Sound System 'Rinky Dink' kam an, um die freudige Wut der Menge zu vertreiben, schaffte es aber nur, eine Begleitung für den rebellischen Trubel unter den Bäumen darzustellen.

Und mit der Zeit, sich umzuschauen und zu reflektieren, FreundInnen und bekannte Gesichter unter den Mützen und Masken zu identifizieren, wurde deutlich, daß diese Menge zeigte, daß der Widerspruch zwischen Klassenkampf und Liberalismus nicht einer ist zwischen verschiedenen Menschen, 'Militanten' und 'Liberalen', mit unterschiedlichen Ideen. Es war auch einer von ProletarierInnen, der ihre relative Vereinzelung widerspiegelt hat, und die jetzt das Ausmaß widerspiegelten, in dem diese durch die kollektive Aktivität des Riots überwunden worden war. Bürgerliche Ideologie und die aktive Negation als dialektische Gegenstücke in ein und derselben individuellen Subjektivität.

d) Reflektionen

Während des Katers, der einer solchen vergiftenden Erfahrung folgt, ist es einfacher, die Grenzen dessen, was erreicht wurde, abzuschätzen. Der Riot hat die Reihen der KommunistInnen nicht um 100.000 anwachsen lassen, noch wurde die Bewegung über Nacht grundlegend verändert.

Erstens hatten sich nur 5 oder 10% der DemonstrantInnen an dem Riot beteiligt. Da sie den Riot nicht selbst miterlebt hatten, waren die übrigen viel stärker den herrschenden, sich widersprechenden Interpretationen der Ereignisse ausgeliefert. Und die AufrührerInnen selbst verstreuten sich, um zum 'normalen Leben' zurückzukehren. (23) wenn auch mit einem vergrößerten Bewußtsein über die Seichtheit seiner Rollen. Nach der Erfahrung ihrer aktiven Negation, ist die Rückkehr in die konkretisierte Welt der bürgerlichen Gesellschaft wie ein sich Wiederfinden am Rande eines Seifenoper-Bühne, wo die anderen SchauspielerInnen nicht zugeben wollen, daß sie Cameo-Rolle spielen und sich scheinbar nicht bewußt sind, daß sie ihre eigenen Charaktere erfinden könnten. Wenn die Erinnerung schwächer wird, schwindet das Gefühl der Trennung vom Cameo, und der Resignation angesichts der Grenzen der Bühne, wo die sozialen Beziehungen über das Geld vermittelt sind, aber wo der Schein des Lebens bestimmte Garantien umfaßt und als einfachere Möglichkeit erscheint, als ständig die anderen SchauspielerInnen aus ihrer Bewußtlosigkeit zu schütteln.

In dem Maß, in dem ein 'Stadtteil-Riot' tatsächlich eine Community schafft, kann die kollektive Subjektivität vielleicht durch die gemeinsamen Erfahrungen und die gemeinsamen Bedürfnisse, denen er Nahrung gegeben hat, erhalten werden. Das Problem des Zusammenfallens ist nach einem Riot wie dem im Hyde Park ein wesentlich größeres. Viele MitkämpferInnen werden in 'Communities' zurückgekehrt sein, in denen es ein größeres Bewußtsein über die Frustrationen und die Wünsche der BewohnerInnen von Albert Square oder der Ramsey Street gibt, als über die der wirklichen NachbarInnen.

Das Fernsehen und die Zeitungen werden sie als 'Abschaum!' bezeichnet haben, und die Behauptung der Polizei wiederholen, daß der Riot ein Ergebnis der absichtlichen Manipulation von 'gewalttätigen Aufhetzern' war. Wenn sie in ihre lokalen Anti-CJB-Gruppen zurückgekehrt sind, werden sie sich wahrscheinlich einer Mehrheit von Nicht-Beteiligten gegenübersehen, die die 'Tragödie' des Riots bejammern und Geschichten darüber austauschen, wie dieser oder jene 'unschuldige ZuschauerIn' von der Polizei niedergeknüppelt wurde. In dem Maß, in dem sich unserE AufrührerIn isoliert dieser Sperre gegenüber sieht, wird es einfacher sein, die Erklärung der OrganisatorInnen (24) anzunehmen, als die Klassenposition zu verteidigen, daß der Riot eine gute Sache war. Eine solche Logik ist eine Logik der Klasse, eine kollektive Logik, und ihre Stimme klingt seltsam, wenn sie in Diskussionen dringt, deren Bezugspunkte durch die fortdauernde Existenz der bürgerlichen Gesellschaft begrenzt werden.

Genauso wie ein individuelles Subjekt seiner/ihrer liberalen Ideologie durch die Entwicklung einer Klassensubjektivität in einem kollektiven Kampf entgegenhandeln kann, so ist dieser Prozeß der Neuzusammensetzung der Klasse auch der Gegenteil der Zersetzung und Fragmentierung unterworfen. Der Hyde Park Riot gestattete einigen ProletarierInnen mehr, einen Blick auf die Möglichkeiten eines Lebens als ein echtes gesellschaftliches Individuum zu werfen. Aber ebenso wie diese gesellschaftlichen

Individuen in die Begrenzungen der bürgerlichen Individualität zurückkehrten, so konnten sich auch die herrschenden Ideen in der Bewegung wieder durchsetzen.

3. 'CIA Week': Mit dem Kopf durch das Gesetz

Nur zehn Tage nach den Ereignissen im Hyde Park wurde eine Kundgebung beim Parlament, die von der Coalition organisiert worden war, als eine weitere Möglichkeit zur Konfrontation mit der Polizei ergriffen. Ein Mini-Riot folgte; Flaschen und Stöcke wurden auf die Polizei geworfen, Gitter zerstört und Knaller gegen Polizeipferde eingesetzt, bevor er durch den Rückzug der Polizei und OrdnerInnen, die die Rolle der nicht anwesenden Fluffies übernahmen, zerstreut wurde. In derselben Zeit gab es für die Fluffies ebenfalls viele Möglichkeiten im Radio oder bei Fernseh-Shows wie Kilroy zu sprechen, daß, Nein, die Gesetze nicht nötig seien (wegen eines unbestimmten, aber allgemein akzeptierten 'Gemeinwohls').

So erreichte die Subjektivität der ArbeiterInnenklasse weder eine 'kritische Masse', noch wurde sie vollständig fragmentiert; die Bewegung ging weiter, und beinhaltete dieselben Widersprüche wie zuvor.

An dem Tag, als der Gesetzesentwurf in Kraft trat, organisierte die NO M11 Link Campaign eine Massenbegehung der Autobahnbaustellen, und am folgenden Tag eine öffentlichkeitswirksame Aktion auf dem Dach des Parlaments; zwei Aktionen, die eher um den Mittelpunkt schwankten, als die beiden Pole des grundlegenden Widerspruchs darzustellen.

Die No M11 Campaign war zusammen mit einer Reihe von anderen Gruppen (Jagd-SaboteurInnen, Jugend-CND, Freedom Network und andere) auch an der Organisation einer Aktionswoche in und um London herum beteiligt, die dazu bestimmt war, das Gesetz öffentlich zu mißachten. Die Absicht der Woche lag darin, zum einen die Herrschenden zu warnen und zum anderen die potentiellen Opfer der Gesetzgebung zu ermutigen, unsere Aktivitäten vielmehr auszudehnen statt einzuschränken; daneben gab es die Hoffnung, daß angesichts einer großer Beteiligung an den Kampagnen der anderen Gruppen die Polizei davon absehen würde, Verhaftungen nach dem neuen Gesetz vorzunehmen. Unter dem Titel 'CIA (Criminal Injustice Act) Week', scheiterte die Woche doch darin, die Beteiligung bzw. Kooperation zwischen den verschiedenen Gruppen zu erreichen, auf die sich die Hoffnung gerichtet hatte. Der Höhepunkt der Woche war vielleicht die Begehung / Demonstration auf dem Dach von Michael Howards neuem Haus in Kent, bei der klug organisierte direkte Aktion, die die Polizei komplett überraschte, sich mit Öffentlichkeitswirksamkeit verband. Doch kann der Großteil der Aktionen in dieser Woche als erfolgreich angesehen werden, da die Polizei weitgehend unwillig war, Menschen wegen des neuen Gesetzes zu verhaften, sobald sie sich einer massenhaften Mißachtung gegenüber sah; offensichtlich wollte sie keinen 'Ärger', nach ihrer letzten, katastrophalen Intervention bei dieser anderen Demonstration gegen die CJB/CJA beim Hyde Park.

Aber was auch immer während der 'CIA Week' passiert ist, worum es wirklich ging, war, ob die Bewegung - nach dem Ende der ursprünglichen Aufregung - einen dauerhaften Effekt auf die Stärkung der Gebiete der Autonomie und der subversiven Kämpfe haben

würde, die gegen einen erneuten Angriff des Staates, der mit einer neuen, noch repressiveren Gesetzgebung bewaffnet war, verteidigt werden mußten. Würde die Bewegung weitergehen, mit demselben Geist der Entschlossenheit und des Widerstandes, der die Absichten derjenigen charakterisiert hat, die mit dem Kopf durch das Gesetz wollten? Würde die Bewegung der Herausforderung zu einem dauerhaften Widerstand begegnen, oder würde die nüchterne Realität des Gesetzes die Auflösung der Bewegung bedeuten?

TEIL DREI: IN DIE LEERE

Von der Ein-Punkt-Kampagne zur anti-kapitalistischen Bewegung?

1. Die Bewegung

Obwohl der CJ&POA erst seit fünf Monaten In Kraft ist, und einige Teile noch umgesetzt werden müssen, scheint es angemessen zu sagen, daß sich die Bewegung in einem gewissen Maß der Herausforderung tatsächlich gestellt hat; sie ist nicht angesichts des Gesetzes zusammengebrochen. Aber es hat wichtige Veränderungen gegeben.

a) Die 'Coalition'

Die Coalition hat zwei Massen-Begehungen organisiert, bei Chequers (das Haus des Premierministers in Buckinghamshire) und bei Windsor Castle, scheinbar um Clause 70 des Gesetzes herauszufordern, der sich gegen 'Versammlung zum Zweck des Landfriedensbruchs' richtet. Aber anders als die Begehung von Michael Howards Haus wurden diese vorbereitet mit dem Wissen der Polizei; und da die SWP wenig für die Mobilisierung getan hatte, sogar nicht in der Lage war, eine wesentliche Zahl ihrer eigenen Kader zu mobilisieren, gab es zu wenige TeilnehmerInnen, um eine wirkliche Bedrohung für die vielen in Bereitschaft stehenden Polizeieinheiten darzustellen.

OrderInnen der SWP hatten einige Schwierigkeiten, 'LandfriedensbrecherInnen' dazu zu bringen, sich an die öffentlichen Fußwege zu halten; bei Chequers kam die SWP mit der Polizei überein, auf dem Ridgeway Fußweg zu gehen, d.h. einem öffentlichen Weg, wurde aber von Elementen mißachtet, die fälschlicherweise im Glauben waren, der Zweck der Übung wäre der Landfriedensbruch, und dadurch die Polizei dazu herauszufordern, das neue Gesetz anzuwenden. Aber diese inszenierten Aktionen waren bestenfalls öffentlichkeitswirksame Übungen, schlimmstenfalls nur wenig mehr als zynische Rekrutierungsversuche.

Die Coalition ist inzwischen kaum etwas anderes als eine klassische Front-Organisation. Mit jeder Aktion wird die Bewegung desillusionierter, mit dem Ergebnis, daß jede Begehung oder Demonstration der Partei weniger Rücklauf bringt. Eine weitere landesweite Demonstration kann nicht ausgeschlossen werden, aber es ist genauso wahrscheinlich, daß sich die SWP ganz aus der Bewegung herausziehen wird, um sich stattdessen in die bevorstehenden Auseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst einzumischen, wo sie sich auf einem angenehmeren Terrain befinden würde. Ihre Position 'Setzt die

Gewerkschaftsführung unter Druck' würde unter Krankenschwestern, LehrerInnen oder AngestelltInnen ein empfänglicheres Publikum finden, als unter Straßen-ProtestiererInnen und RaverInnen, und die Bewegung als ganze würde einen ihrer landesweiten Brennpunkte verlieren. [\(25\)](#)

b) Die Fluffies

Mittlerweile sind die Fluffies in die Leere gefallen, die Zeit nach der Abschiedung des Gesetzes, die Zukunft, über die sie nur während ihrer negativ-utopischen Alpträume nachgedacht haben, in denen selbst Familienpicknicks durch plündernde Polizisten auflöst wurden. Daher ist der latente Widerspruch innerhalb des Stammes der Fluffies - vorher in den Begriffen Subjekt und Repräsentation dargestellt - in den Vordergrund getreten und hat zu etwas wie einer Trennung der Wege geführt.

Es gibt Gerüchte, daß es eine Spaltung innerhalb des Freedom Network geben würde, zwischen denjenigen, die den Kampf gegen den CJ&POA als im wesentlichen vorbei ansehen und daher meinen, daß die Aufmerksamkeit auf den nächsten Bürgerrechts'kampf' gerichtet werden sollte [\(26\)](#) und denen, die mehr dazu tendieren, die Opposition durch die Beteiligung an der Mißachtung des Gesetzes aufrechtzuerhalten. Und diese Spaltung bestätigt sich in gewissem Maß auf der lokalen Ebene. Die am meisten anti-proletarischen Fluffies, diejenigen, für die es nur wenig Widerspruch gab, sich selbst als aufrechte BürgerInnen zu präsentieren, orientieren sich jetzt auf die Zusammenarbeit mit Liberty und Charter 88 oder dem grünen Reformismus, und werden für die Reste der Bewegung immer unwichtiger.

Diejenigen Fluffies, die diese Herangehensweise abgelehnt haben, taten dies nicht, weil sie plötzlich eine Kritik der Ideologie des liberalen bürgerlichen Establishments entwickelt hätten. Es überrascht nicht, daß die meisten unkritisch der Strategie gegenüberstehen, wegen bestimmter Teile des CJ&POA den Europäischen Gerichtshof anzurufen oder eine Lobby für eine festgeschriebene Verfassung zu bilden (und kritisch nur gegenüber der Kritik selbst zu bleiben).

Aber instinktiv sind die meisten Fluffies nicht bereit, sich aus der Bewegung zu lösen und auf die Gaben von oben zu warten. Trotz ihrer Argumentation, wir seien alle nur Individuen, haben sie sich als Teil einer sozialen Bewegung wiedergefunden, und wollen sich nicht in ihre frühere Atomisierung zurückbegeben. Ein Ergebnis ist, daß viele ihre Parolen des DIY endlich etwas ernster nehmen.

Für einige, die immer noch von der Medienrepräsentation besessen sind, hat dies die Konsequenz, daß sie sich auf die eigene Medienproduktion konzentriert haben, wie z.B. *Undercurrents*, einem alternativen Video-Nachrichtendienst, der von 'Small World' produziert wird (einer Non-Profit-Organisation, die sich der Unterstützung liberaler Kampagnen widmet). Die Demokratisierung des Bildes, die durch die Camcorder-Revolution möglich wurde, hat einige eigene Probleme hervorgerufen, und nicht nur das Sicherheitsproblem, das Kameras bei Zusammenstößen mit der Polizei darstellen. Auch in Situationen, in denen Videobeweise wahrscheinlich mehr der Verteidigung als der Anklage dienen würden, so z.B. bei NVDA (Non Violent Direkt Action)-Aktionen, ruft die Präsenz

von Kameras das Gefühl hervor, selbst im Akt der Negation eine Rolle auf der Bühne der Vergegenständlichung zu spielen, nur ein Bild der Negation zu produzieren, nicht dessen Substanz. Andere wiederum sind mehr daran interessiert, sich um den Informationsfluß zu kümmern, um den Eindruck einer dynamischen Bewegung zu erzeugen, auf Kosten der Organisation von Direkten Aktionen - ein seltsames Verständnis der Parole 'Taten statt Worte', durch die sich die Gruppe definiert.

Aber die Mehrheit der Fluffies in Brighton, die sich vorher als unpolitisch und unkonfrontativ definiert haben, aber auch mehr als einige andere einem alternativen Lebensstil angehangen haben, der sich durch die Opposition zu den herrschenden Werten bestimmte, verändern sich in Richtung eines Engagement bei Direkten Aktionen. Sie sind bei der Bewegung geblieben, indem sie sich ebenfalls von einer Position des Lobbyismus für Rechte zu einer Position der Mißachtung des Gesetzes verändert haben: vom Auspielen der Karte 'aufrechteR demokratischeR BürgerIn' zum Engagement in der Verweigerung des demokratischen Prozesses durch die Anti-Straßen-Bewegung.

Und es lohnt sich, sich weiter anzuschauen, wie weit sich diese Leute auf die Positionen des militanten Liberalismus zubewegt haben. Als die Kampagne begann, war dies die erste Beteiligung an irgendeiner Form von politischer Aktivität für viele, und die ersten Treffen litten oft unter dem Mystizismus, den einige der 'alternativen RaverInnen' aus der Scene mitbrachten. Es gab Vorschläge, wie zusammen 'Oomm' auf dem Strand zu rufen, um die psychische Energie der Gruppe zu vergrößern, Berichte darüber, das Mediums zu Rate gezogen worden waren, um sicherzugehen, daß 'die Geister' auf unserer Seite ständen, und mehrmalige Versicherungen, daß die 'kleinen Leute' (Elfen) hinter uns ständen. Aber die Beteiligung selbst an einer begrenzten Kampagne demonstrierte rasch die Unangemessenheit solcher Ideen, da auch nur die Organisation eines Picknicks oder eines Solidaritäts-Konzertes ein Niveau von Zusammenarbeit zwischen Menschen erforderte, das die Grenzen der spirituellen Welt deutlich machte.

Vielleicht gilt die Fluffy-Ideologie nicht als ein so großer Fortschritt, aber trotzdem halfen die Leute mit, Demonstrationen zu organisieren oder Häuser zu besetzen. Dadurch haben sie langsam angefangen, sich von einer Definition von 'alternativ' im Sinne von *Ideen* zu einer im Sinne von *Aktivität* zu bewegen; negativ durch die Verweigerung von Arbeit, und positiv durch die Beteiligung an einer oppositionellen Bewegung. Sie mußten sich mit den Meinungen von erfahreneren BesetzerInnen, UmweltaktivistInnen, Linken und sogar KommunistInnen auseinandersetzen. Und jetzt, da der CJ&POA Gesetz geworden ist, verändert sich die Fluffy-Ideologie selbst etwas, da sich die Fluffies offen politische Aktionen zu eigen machen. Die Verpflichtung auf Gewaltlosigkeit bleibt bestehen, aber etwas weniger absolut, angesichts der staatlichen Brutalität.

c) Auflösung?

Das Ausmaß, in dem es möglich ist, von 'einer Bewegung' im Gegensatz zu 'den Bewegungen' zu sprechen, hängt davon ab, in welchem Ausmaß diese Kämpfe miteinander verbunden sind, nicht nur durch das Schicksal, kriminalisiert zu werden, sondern durch Querverbindungen, durch die sowohl Menschen als auch Ideen fließen. Die Coalition ist sowohl unwillig, als auch nicht in der Lage dazu, die Rolle der landesweiten Koordinierung zu

spielen, und es sieht so aus, als ob sich das Freedom Network selbst von der Bewegung trennen würde.

Das Vakuum wird durch das *SchNews*-Team in der Gruppe 'Justice?' in Brighton gefüllt, die Informationen sowohl von anderen lokalen Gruppen erhält, als auch von der Advance Party, Road Alert, Hunt Saboteurs Association und anderen, und ein wöchentlich erscheinendes Nachrichtenblatt zur landesweiten Verteilung produziert, das die Neuigkeiten aus den verschiedenen Bewegungen berichtet. [\(27\)](#)

Aus diesen Informationen wird deutlich, daß, auch wenn die Bewegung am mehreren Orten einen Niedergang erlebt hat, die lokalen Anti-CJB-Gruppen immer noch dort stark sind, wo sie stärker mit den verschiedenen Kämpfen, die durch den CJ&POA angegriffen werden, zusammenhängen - bzw. zusammenhängen.

Gruppen, wie die in Brighton, die besetzte soziale Zentren aufgebaut haben, scheinen sowohl von der Zahl der Leute profitiert zu haben, die solche Zentren in den Umkreis der Bewegung gebracht haben, und von dem vereinigenden Effekt, den der Widerstand gegen Räumungen schließlich hat. An bestimmten Orten hat die Nähe zu Anti-Straßen-Protesten zu einer Aufrechterhaltung der Bewegung geführt; genauso hat in Cardiff der Widerstand gegen den Damm in der Cardiff Bay einen Brennpunkt für die Festigung der Bewegung geboten.

Da wir also davon ausgehen müssen, daß die Bewegung als ganze zur Zeit nur wenig mehr ist als die Summe ihrer miteinander verbundenen Teile, müssen wir nun diese selbst untersuchen.

2. Die Bewegungen

a) BesetzerInnen-Bewegung

Bis zu der Zeit, in der wir dies schreiben, sind noch nicht alle Maßnahmen gegen Besetzungen, die das Gesetz vorsieht, umgesetzt worden. Aber die 'Protest-Häuser', die die Bewegung aus dem Boden gestampft hat, geben Anlaß zu der Hoffnung, daß die Hausbesetzungen in diesem Land in Richtung der BesetzerInnen-Szene auf dem Kontinent entwickeln könnte.

In meisten Ländern auf dem Kontinent hatten besetzte Häuser nicht den rechtlichen Schutz, den sie in diesem Land durch den Criminal Law Act von 1977 genossen. Das Ergebnis war, daß ihr Überleben von ihrer Fähigkeit abhing, das Gesetz mit Gewalt zu brechen, entweder indem die Häuser in Festungen verwandelt wurden und sich die BesetzerInnen gut bewaffneten, um die Räumung abzuwehren, oder indem sie genügend Unterstützung vor Ort hatten, die auf die Straße mobilisiert werden konnte, um den Herrschenden Kopfschmerzen wegen der öffentlichen Ordnung zu bereiten. Die europäischen BesetzerInnen mußten daher besser organisiert und stärker politisiert sein als die britischen, die sich mehr auf ihre Rechte verließen. Aber da nun diese Rechte abgeschafft werden, müssen die BesetzerInnen ihre Fragmentierung überwinden und sich selbst als gesellschaftliche Kraft konstituieren, wenn sie weiterhin besetzen wollen. Wenn

dies passieren soll, werden besetzte soziale Zentren eine wesentliche Rolle spielen. Wenn sich die BesetzerInnen, aus verständlichen Gründen, dazu entscheiden, sich nicht in großen besetzten Wohnblöcken zusammenfinden wollen, dann werden soziale Räume, in denen sie Verbindungen herstellen und Solidarität gegen die Gerichtsvollzieher aufbauen können, lebenswichtig werden.

Zwischen den besetzten sozialen Zentren, die die Bewegung aufgebaut hat, und den sozialen Zentren, die in Ländern wie Italien die Grundlage für eine autonome Organisation darstellen, hat es sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede gegeben. Sie wurden dadurch charakterisiert, daß sich in ihnen die Widersprüche innerhalb der Bewegung ausdrückten. Das besetzte Courthouse in Brighton befand sich zwischen den Stühlen eines Zentrums für eine 'kämpfende Community' und eines 'Community Arts Centres', da es gezwungen war, sowohl die Bedürfnisse der an der Bewegung Teilhabenden, als auch die Sucht nach positiver Repräsentation zu befriedigen.

Offen politische Aktivitäten - wie Arbeitsgruppen zur kontinentalen BesetzerInnen-Bewegung, zur Unterstützung von Gefangenen und den Widersprüchen in der Anti-Straßen-Bewegung, und Treffen, um die Aktivitäten und Perspektiven der Gruppe zu diskutieren - konkurrierten mit Gedicht-Lesungen, Tai Chi, Massage, Kino, Trommel-Workshops, Kunstausstellungen etc. um den vorhandenen Platz. Aber dieser Widerspruch war letztlich ein Ausdruck der unterschiedlichen Bedürfnisse der Bewegung. Die öffentlichkeitswirksame Aktion mit dem Auftritt des liberal-demokratischen Parlamentariers Simon Hughes als Zeuge der Anklage bei einem 'Prozeß' gegen die Regierung, die 'kein Alkohol, keine Drogen'-Politik (die niemand beachtete), und das Auftreten gegen den Widerstand bei einer Räumung sind nur drei von vielen Begebenheiten, die das Ausmaß demonstrierten, in dem die Fluffies versuchten, für den geheiligten Zweck der Repräsentation, ein Bild darzustellen, daß ihren eigenen Bedürfnissen widersprach.

Gegen die Räumung des Courthouse gab es jedoch Widerstand, wenn auch nur insofern, daß Barrikaden und der Verschuß des Dachs benutzt wurden, um das Vorgehen der Gerichtsvollzieher zu verlangsamen. Aber angesichts der vorherigen Zersplitterung der BesetzerInnen-Szene ist dies zumindest ein Anfang, und seither hat es auch anderswo Widerstand gegen die Gerichtsvollzieher gegeben. Diese Neuzusammensetzung könnte weitergehen, wenn sie nicht durch die Idee untergraben wird, daß es einen Unterschied zwischen 'guten BesetzerInnen' (diese sind 'kreativ', aus der Mittelschicht und renovieren die Häuser, die sie besetzen) und 'schlechten BesetzerInnen' (das Gegenteil) gäbe, die von einigen Fluffies vertreten wird, und sowohl durch Statements der Polizei als auch durch die Berichterstattung der Presse gestärkt wird. Aber wichtig ist, daß viele Beteiligte, durch ihr Engagement im besetzten Haus, sowohl ein Bedürfnis für Raum entwickelt haben, der sich nicht in Klauen des Kapitals befindet - wo sie gesellschaftlich verkehren können, ohne sich der organisierten Freizeit unterzuordnen, die den Massenkonsum der einen oder anderen Ware mit sich bringt - und Anfänge für die Erkenntnis, was es ist, das zwischen ihnen und der Befriedigung dieses Bedürfnisses steht: die organisierte Macht des Staates.

Weit davon entfernt, Hausbesetzungen unmöglich gemacht zu haben, hat der CJ&POA

vielleicht der Bewegung neues Leben eingehaucht, die, indem sie sich weigert zuzulassen, daß ein grundlegendes menschliches Bedürfnis der Macht des Geldes untergeordnet wird, den Tag ahnen läßt, an dem jedeR in der Lage sein wird, in seinem/ihrer eigenen Palast zu leben.

b) Anti-Straßenbau-Bewegung

Durch die Verteilung von Flugblättern bei den landesweiten Demonstrationen und die Aufforderung, danach zu Parties zu kommen, war die No M11 Link Campaign in der Lage, eine bemerkenswerte Zahl von Leuten zum Showdown in der Claremont Road zu mobilisieren. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes Ende Oktober konzentrierte sich die Kampagne auf die Verteidigung dieser besetzten Straße gegen das Department of Transport. Zur Vorbereitung auf die Räumung wurden Türme und Gehwege auf den Dächern konstruiert, zusammen mit Baumhäusern und Straßenbarrikaden, die clever als Kunstarbeiten getarnt waren, und sich so in die Explosion von Farbe und Kreativität einpaßten, die diese auto-freie Straße zu einer solchen Insel im grauen Meer von Ost-London machte.

Die städtische Lage dieser Kampagne, die sich um die Auswirkungen des Straßenbaus auf das alltägliche Leben drehte (Wohnen, Gesundheit und menschliche Umgebung) bedeutete, daß sie *relativ* frei war von dem Mystizismus, der die Twyford Down-Kampagne so stark heimgesucht hatte. Der Widerstand gegen die Räumung der Claremont Road war auf jeden Fall der bisherige Höhepunkt der Anti-Straßenbau-Bewegung. Es kostete den Staat vier Tage, die Straße zurückzuerobern, in einer Operation, die 2 Millionen Pfund kostete und an der 700 Polizisten und Dutzende von Gerichtsvollziehern und Sicherheitsdienstlern beteiligt waren. Die Taktiken, sich auf die Dächer zurückzuziehen, oder sich in verletzlichen Stellungen 'einzuschließen', sind nicht ohne Grenzen. Während die ganze Räumung vier Tage dauerte, gelang es der Polizei, die eigentliche Straße und den Gehweg in etwas mehr als einer Stunde zu übernehmen. Dadurch wurden Leute in besetzten Häusern, in Baumhäusern und auf dem Hauptturm unter Belagerungsbedingungen abgeschnitten, viele davon mit zu wenig Essen und Wasser oder warmer Kleidung, und, nach einer Weile, ohne Elektrizität. Solche Bedingungen schaffen das Mätyrerer-Syndrom, dem Spaltungen und gegenseitige Beschuldigungen folgen.

Während die Räumung der Claremont Road nicht wirklich verhindert werden konnte, müssen die Auswirkungen des Widerstandes - als Spitze von über einem Jahr direkter Aktion gegen den Bau der Verbindungsstraße - im weiteren Zusammenhang des Regierungsprogramms für den Straßenbau insgesamt gesehen werden. Die Kosten dieser Räumung, und die der Bewachung insgesamt im letzten Jahr (von 6 Millionen wurde berichtet), werden einen Einfluß auf zukünftige Straßenbau-Pläne haben. Berechnungen, die in die Kosten-Nutzen-Analysen des Department of Transport und in die Angebote der Bauunternehmen eingehen, werden dadurch beeinträchtigt werden, und Pläne, bei denen die ökonomischen Vorteile im Augenblick gering sind, könnten deshalb zu den Akten gelegt werden.

Aber der wichtigste Punkt, zumindest für diesen Artikel, ist die Tatsache, daß der Staat unwillig war, diejenigen Maßnahmen im CJ&POA anzuwenden, die ausdrücklich gegen die

Anti-Straßen-Proteste gerichtet waren. Keiner der 'schweren Landfriedensbrecher' wurde verhaftet, geschweige denn aufgrund des Gesetzes angeklagt; auch der neue Verstoß der landfriedensbrecherischen Versammlung wurde nicht herangezogen. Das Ausmaß des Widerstandes, zusammen mit dem Zeitpunkt, der so kurz nach dem Hyde Park Riot lag, scheint eine Erkenntnis produziert zu haben, daß die Anwendung des CJ&POA mehr von den Probleme hätte schaffen können, zu deren Lösung er erfunden worden war.

Aber damit stellt sich die Frage, wer diese Entscheidung tatsächlich getroffen hat; einfach auf einen Rückzug des Staates zu verweisen, ignoriert die Tatsache, daß sich der Staat, trotz der parteiübergreifenden Unterstützung im Parlament, keineswegs einig über das neue Gesetz ist. Die Polizei, und diesem Fall auch die Knast-Schließer, hassen 'ihren Boss' Michael Howard. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Gründen dafür, daß sich diese Widersprüche innerhalb des Staates zwischen der Polizei und dem Parlament auftun. Erstens, indem aus früheren Ordnungswidrigkeiten kriminelle Vergehen gemacht werden, könnte sich die Menge der zu bewältigenden Arbeit der Polizei wesentlich vergrößern; dies bedeutet in einer Zeit, in der vielen Teilen der Polizei durch das Finanzministerium Gelder gestrichen werden, eine unwillkommene Intensivierung der Arbeit. Zweitens erkennt die Polizei, insbesondere seit dem Hyde Park Riot, daß das Gesetz sie in mehr Konfliktsituationen zwingen könnte, wodurch sie sowohl mehr Risiken, als auch einer zunehmenden Ablehnung ausgesetzt wäre. Kurz gesagt, die Polizei betrachtet viele Teile dieses Gesetzes als im Eigeninteresse der Regierung liegend, während sie selbst den Preis dafür bezahlen muß. Dies vorausgesetzt, wäre es angemessener, daß es Zurückhaltung der Polizei war, daß das Gesetz im Fall der Claremont Road nicht angewendet wurde.

In der Letzten Nummer von *Aufheben* haben wir besondere Aufmerksamkeit dem Widerspruch zwischen dem Klassenkampf gegen Straßen und der liberalen Ideologie, die viele der Beteiligten vertreten, gewidmet. Wenn auch einige der aktivsten Elemente der No M11 Link Campaign eine Kritik von Kapitalismus und Demokratie vertraten, so fehlte doch vielen in Kampagne ein Bewußtsein von der objektiven Grundlage der Kampagne immer noch bitterlich. Es ist jedoch wesentlich zu erkennen, wie Ideen und Praxis zusammenhängen, um zu verstehen, wie die Entwicklung einer anti-kapitalistischen Perspektive entstehen könnte. Es gab ein gewisses Maß an lokaler Unterstützung für die No M11-Kampagne, insbesondere zu bestimmten Zeiten, als der Kampf in Wanstead stattfand, weniger, als er sich nach Leytonstone verschoben hatte. Aber öfter stürmten GegnerInnen Baustellen, um dann festzustellen, daß sie einer Überzahl potentiell gewalttätiger Sicherheitsleute gegenüberstanden. In dieser Situation des zahlenmäßigen Nachteils zählen Vorstellungen von Klassensolidarität wenig. Das Spiel der Gewaltlosigkeit zu spielen und die Hoffnung, daß die Regeln von der Gegenseite respektiert würden, schienen der beste Weg zu sein, einer guten Tracht Prügel zu entgehen. Der Appell an die Polizei, 'ihrem Job nach gerecht zu werden' und 'dein Recht auf Protest zu schützen', ist zumindest zum Teil ein Ergebnis der Schwäche der Bewegung gegenüber der Gewalttätigkeit der Wachschrützer der Bauunternehmen. Unglücklicherweise befördert die *Taktik* der Gewaltlosigkeit die Übernahme eines *prinzipiellen Pazifismus*, zum Schaden einer Analyse in Begriffen des Klassenkampfes.

Dieses Verhältnis zu den Wachschrütern hat sich umgekehrt bei der Kampagne gegen den Plan einer M77 durch den Pollok Park in Glasgow. Ein vorher nicht dagewesenes Ausmaß an

lokalem Widerstand gegen den Plan, und Unterstützung für die 'auswärtigen' GegnerInnen, deren Reihen regelmäßig durch die lokalen Kids gestärkt werden, die die Schule schwänzen, bedeutet, daß die Bedingungen nicht länger dazu verleiten, daran zu appellieren, daß die ungeschriebenen Regeln der Gewaltlosigkeit von beiden Seiten respektiert werden. Photos von Wachschildern sind drohend überall im lokalen Wohnblock aufgehängt worden, und sie wurden in nicht undeutlichen Worten gewarnt, daß es ernste Auswirkungen haben würde, wenn sie irgendeinen ProtestiererIn zusammenschlagen. Angesichts dieser Einschüchterung, wo sie erkennen müssen, daß die Seiten dieses Mal verkehrt sind, und unter den Anklagen, daß sie sich mit den Yuppies gegen ihre eigene Klasse verbünden würden, ⁽²⁸⁾ haben viele Wachschilder gekündigt, davon 24 an einem einzigen Tag.

Unter diesen Umständen sollten sich die Grenzen von Gewaltlosigkeit als Prinzip deutlicher zeigen, und die Entwicklung einer anti-kapitalistischen Perspektive *könnte* gefördert werden. Die kürzliche Welle von Brandanschlägen auf die Musterhäuser des größten beteiligten Bauunternehmens, Wimpey, in anderen Teilen von Glasgow, sind ein Zeichen, daß sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln könnten.

Der CJ&POA, weit davon entfernt, die Anti-Straßenbau-Bewegung zu zerschlagen, hat ihre Reihen anschwellen lassen. Nicht nur hat die Beteiligung an der Anti-CJB-Bewegung zu einer weiteren Politisierung geführt, da sich die Anti-Straßen-ProtestiererInnen mit neuen Fragen und Argumenten auseinandersetzen mußten, die aus Ereignissen wie dem Hyde Park Riot entstanden, sondern auch die Bedingungen, daß sich diese Bewegung selbst als Klassenkampf begreift, werden reifer. Wenn dies beginnt, läßt sie den Tag erahnen, an dem Transport nicht länger den Notwendigkeiten der Zirkulation der Waren und der Menschen als Waren dienen wird, sondern ein Mittel für die bereicherten menschlichen Bedürfnisse und Begierden sein wird.

c) Jagd-Sabotage-Bewegung

Ein Großteil der Jagd-SaboteurInnen hat sich dagegen gesträubt, sich an der Bewegung zu beteiligen. Diejenigen, die sich daran beteiligt haben, waren wegen ihrer Betonung der Direkten Aktion und ihres Mangels an Problemen mit Gewalt in verschiedenen kritischen Augenblicken nützliche Verbündete gegen die Fluffies, und sind ihrerseits politisiert worden. Diese Politisierung war ein Ergebnis ihrer Beteiligung an anderen Kämpfen, und dies war nur in dem Maß möglich, in dem diese Jagd-SaboteurInnen ihr ideologisches Gepäck der 'Tierrechte' hinter sich gelassen haben. Es ist notwendig, diese besondere Sorte des militanten Liberalismus zu untersuchen, um zu verstehen, wieso sich viele Jagd-SaboteurInnen nicht an der Bewegung beteiligt haben, und wieso die, die es taten, besser erscheinen, aber in mancherlei Hinsicht schlimmer sind als die Fluffies.

Der Militante Liberalismus begreift die Welt in Begriffen des Individuums und seiner Moral. Militante Liberale erfahren den Horror des Kapitalismus schärfer als andere (Mittelschichts-)Liberale, aber projizieren, anders als RevolutionärInnen, diesen Horror auf besondere Erscheinungen des 'Bösen', gegen die vorzugehen ein moralischer Imperativ für die Individuen ist. Daher rührt die gewisse Anziehungskraft, die der militante Liberalismus auf AktivistInnen hat, die (zum Beispiel) 'den Pflanzen' (gut) vor dem (bösen) 'Straßenmonster' retten wollen. Viele Anti-Straßen-DemonstrantInnen begegnen denen,

die den Straßenbau planen und durchführen, mit dem Argument, daß sie sich schämen sollten, die falsche moralische Entscheidung getroffen zu haben; sie konfrontieren Unbeteiligte, die ihrer Ansicht nach ihre moralische Verantwortung abgelegt haben, mit dem Schuldkomplex des moralisch reinen und unschuldigen ungeborenen Kindes: 'Was hast du im Öko-Krieg getan, Vati?'

Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen dem militanten Liberalismus der Anti-Straßen-DemonstrantInnen und dem der Jagd-SaboteurInnen, der darin liegt, daß die Aktivität der Straßensabotage zu einer Überwindung des Liberalismus führen kann, weil sie im wesentlichen ein Kampf gegen das Kapital ist. Da dies objektiv eine Form des Klassenkampfes ist, trägt sie in sich die Möglichkeit, als solcher erkannt zu werden. Jagd-Sabotage, auf der anderen Seite, tut das nicht, da es eine rein moralische Frage ist. Fuchsjagd ist kein Imperativ des Kapitals, sondern eine Tradition, und die Sabotage selbst führt daher nirgendwo hin. Die logische Entwicklung der Ideologie des/der Jagd-SaboteurIn führt von Fuchs = gut/Jäger = schlecht zu Tiere = gut/Tier'ausbeuter' = schlecht, der Ideologie der Tierbefreiung.

Tierbefreiungs-Ideologie ist am besten zu verstehen im Verhältnis zu dem humanistischen Liberalismus der Friedensbewegung, in vielerlei Hinsicht der Vorläufer. Wieder sehen wir, daß die Aktivitäten des NVDA-Flügels (Non Violent Direct Action) der Friedensbewegung, im Gegensatz zu den Aktivitäten der Jagd-SaboteurInnen, ein Ausdruck der Opposition gegen die Imperative des Kapitals (die Militarisierung der Staatsform), und daher offen für eine Entwicklung in eine anti-kapitalistische Richtung waren. Aber der wesentliche Unterschied zwischen dem militanten Liberalismus der PazifistInnen und dem der Jagd-SaboteurInnen ist, daß die Weltsicht der Tierbefreiung eine Umkehrung des humanistischen Liberalismus ist.

Für die Friedensbewegung war das Individuum grundsätzlich gut, und daher war die Menschheit grundsätzlich gut, und dies wurde dem Bösen der Kernwaffen entgegengesetzt, die mit der Vernichtung der Menschheit drohten. Für den/die TierbefreierIn, auf der anderen Seite, ist es nicht die Menschheit, die gut oder unschuldig ist, sondern die Tiere. Die Menschheit (außer den VeganerInnen) wird deshalb in diesem Fall als das Böse gesehen. Die Menschheit 'beutet die Tiere aus', für ihre eigenen Zwecke, und jedes Individuum ist in dieses Verbrechen der Menschheit einbegriffen, indem es Fleisch isst oder Milch trinkt und zuläßt, daß es passiert. [\(29\)](#) Während also der *humanistische* Liberalismus der Friedensbewegung es widersprüchlich gemacht hätte, Gewalt gegen andere Individuen anzuwenden, finden diejenigen Jagd-SaboteurInnen, die dem *anti-humanistischen* Liberalismus anhängen, Gewalt vollkommen mit ihrer Ideologie übereinstimmend. Und es überrascht nicht, daß die meisten Jagd-SaboteurInnen sich nicht an einer Bewegung beteiligen wollten, in der sich viele Individuen noch nicht von diesem Verbrechen der Menschheit gereinigt haben.

Während daher andere Liberale in der Bewegung in der Lage sein können, sich über ihre liberale Sichtweise hinaus zu bewegen, weil sie für sich selbst kämpfen, wenn auch in einer verzerrten/projezierten Form, und an der Entwicklung von Klassensolidarität beteiligt sind, können Jagd-SaboteurInnen, in dem Maß, in dem sie sich selbst in den Wirkungskreis der Tierbefreiung einschließen, und den Horror des Kapitalismus von sich *absolut* weg-

projizieren, niemals den Diskurs der 'Rechte' überschreiten.⁽³⁰⁾ Tiere können niemals Teil einer Neuzusammensetzung der Klasse sein, egal wie sehr TierbefreierInnen sie auch vermenschlichen, um zu rechtfertigen, daß sie ihnen 'Rechte' zusprechen. Anders als andere Gruppen, die Rechte *verlangen*, können Tiere keine proletarische Subjektivität entwickeln; ihnen können nur 'Rechte' *verliehen* werden.

Aber die Möglichkeit, daß Jagd-SaboteurInnen sich um die Solidarität von anderen in der Bewegung bemühen (statt der von Tieren) existiert noch, wodurch sich die Möglichkeit einer Entwicklung einer Klassen-Perspektive eröffnet.

Neben den Protesten gegen die Lebend-Tier-Exporte vor kurzem ist die Jagd-Sabotage die offenste und kollektivste der Aktivitäten für Tierrechte. SaboteurInnen, die sich dem ideologischen Gepäck des puritanischen, selbst-aufopfernden Veganismus verpflichtet fühlen, werden eventuell verachtet, aber nicht vollständig ausgeschlossen. Viele SaboteurInnen vertreten widersprüchliche Ideen, genauso wie sie es taten, als Jagd-Sabotage in den 80ern unter den Anarcho-Punks am beliebtesten war, bevor die Streiks der BergarbeiterInnen und der DruckerInnen solche Widersprüche in die eine oder andere Richtung auflösten. Und es ist wahrscheinlich, daß sich angesichts zunehmender Repression Entwicklungen ergeben werden, die einige dieser Widersprüche deutlich machen werden.

Die Machtbefugnisse, die der CJ&POA der Polizei verleiht, hat bedeutet, daß das Gesetz von ihr, im Gegensatz zur Anti-Straßenbau-Bewegung, ausgiebig gegen Jagd-SaboteurInnen eingesetzt wird; auf dem Land gibt es wenig Chancen zur Gegenwehr. Die Jagd-SaboteurInnen hatten bis jetzt zweifellos die Hauptlast der Gesetzgebung zu tragen. Aber diejenigen SaboteurInnen, die sich mehr als andere einer militanten liberalen Ideologie verpflichtet fühlen, werden sich sehr wahrscheinlich nicht um Solidarität aus der Bewegung bemühen. Zwei gegensätzliche Tendenzen bieten sich denjenigen als Auswege aus dieser Repression an, die sich dazu entscheiden, das Ende der Fuchsjagden weiterhin zu ihrem Hauptanliegen zu machen.

Auf der einen Seite gibt es die Tendenz zu Guerilla-Aktivitäten. Für viele der engagiertesten Tierrechts-AktivistInnen ist Jagd-Sabotage eine relativ ineffektive Aktivität, die zur Erziehung und Rekrutierung nützlich ist, um diejenigen herauszusuchen, die sich für Aktivitäten in der Animal Liberation Front qualifizieren könnten. Daher könnte eine mögliche Reaktion auf den Druck gegen Jagd-Sabotage, die Entwicklung von mehr verdeckten Angriffen gegen Jagd-Fahrzeuge, Hundezwinger etc. sein, was zur Zeit die Randaktivitäten von Gruppen wie Hunt Retribution Squat und Justice Department sind, die entstanden, als sich Repression und Gewalt gegen Ende der 80er Jahre verstärkten.

Auf der anderen Seite gibt es die Tendenz zu den Lobby-Taktiken von League Against Cruel Sports und der RSPCA (Royal Society for the Prevention of Cruelty to Animals). Das Verbot von Jagden kann angesichts der letztlich erzielten Mehrheit im Unterhaus für ein Verbot nicht mehr als Unmöglichkeit angesehen werden. Dies mag während dieser Parlamentsperiode noch nicht zu einem neuen Gesetz führen, aber sollte Labour die nächste Wahl gewinnen, ist ein Verbot sehr wahrscheinlich. Trotz der Verpflichtung der Hunt Saboteurs Association auf Direkte Aktion, hat die Bewegung auch ihren weniger militanten und eher demokratischen Flügel, gewöhnlich in der Position der Repräsentation

der Bewegung. Ein Flugblatt, das die HSA zur landesweiten Demonstration am 24. Juli herausgegeben hat, und bei dem manche Jagd-SaboteurInnen sicherlich zurückgeschreckt sind, stellt fest: *'Wir glauben, daß den Polizeibeamten erlaubt werden sollte, zu tun, für das sie der Polizei beigetreten sind - Kriminelle zu fangen und zu versuchen, dieses Land zu einem besseren und sichereren Ort zum Leben zu machen ...'*

Jede dieser Tendenzen würde die Jagd-SaboteurInnen noch weiter vom Klassenkampf entfernen. Im Gegensatz zu unseren Hoffnungen bezüglich der Anti-Straßenbau-Bewegung oder Hausbesetzungen, gibt es zur Zeit wenig Hoffnung für diese besondere Bewegung.

d) Rave New World

Unsere frühere Behauptung, daß der Rave nur eine *Illusion* von Einheit bietet, bedarf einer Modifizierung angesichts der Erfahrungen. Es ist offensichtlich, daß die Menschenmenge bei einem Rave etwas gemeinsam hat, was einem Kinopublikum oder einer Menschenmenge in einem Einkaufszentrum fehlt. Es ist notwendig, das Wesen der Illusion zu untersuchen. Die Illusion der Einheit rührt her aus der gemeinsamen Veränderung des Bewußtseins, die während des Raves auftritt. Dies wird wesentlich durch die entschiedene Berausung durch Ecstasy und die Bewegung zum selben Beat hervorgerufen. Es ist diese Verschiebung des Bewußtseins, die mystifiziert wird zur *'Wiederentdeckung des verlorenen Bewußtseins des Stammes'*. Und dies wird gefeiert durch Texte, die die Idee verbreiten, Freiheit resultiere aus einer reinen Veränderung der Einstellung, einer *'Revolution des Bewußtseins'*, wie es genannt worden ist.

Angeblich kann eine bessere Welt geschaffen werden, wenn wir nur in einer liebenderen Art und Weise über einander denken. Und für den/die DIY-IdealistIn ist der Rave der Beginn der Veränderung dieser entfremdeten Welt, ein Prozeß, der fortgesetzt wird durch *'den Kontakt zu seinen Gefühlen'*, auch ohne Rausch (wodurch die alltäglichen Rauschmittel durch die Droge der östlichen Religionen ersetzt werden), und eine großzügige Einstellung gegenüber anderen, sie auch dann zu umarmen, wenn die empathischen Wirkungen des Ecstasy abgeklungen sind.

Aber Entfremdung ist nicht nur eine Frage des Bewußtseins. Der Begriff beschreibt die sozialen Beziehungen, die besondere Formen des Bewußtseins hervorbringen: der Prozeß der Vergegenständlichung. Daher kann Freiheit nicht aus einer reinen Veränderung des Denkens stammen, sondern nur das Resultat einer revolutionären Veränderung der sozialen Beziehungen sein.

Die Einheit eines Raves ist illusorisch in dem Maße, in dem die RaverInnen sich gegenseitig entfremdet sind. Wir sind uns gegenseitig entfremdet, weil wir von uns selbst entfremdet sind; unsere Subjektivität wurde uns vom Kapital geraubt und tritt uns als eine feindliche Macht gegenüber, als stummer Zwang der Ökonomie. Die Einheit des Raves ist eine Illusion, weil die RaverInnen immer noch ihre sozialen Beziehungen zu einander in ihrer Tasche mit sich herumtragen, in der Form des Geldes. Die sozialen Beziehungen bleiben über den Austausch vermittelt, vergegenständlicht in der Ökonomie, außerhalb von uns und außerhalb unserer Kontrolle.

Aber wenn diese Einheit nur insoweit illusorisch ist, wie kapitalistische soziale Beziehungen die RaverInnen von einander entfremden, dann ist die Einheit nicht länger illusorisch, sondern real, in dem Maße, in dem diese Beziehungen durch die Bildung von Beziehungen des kollektiven Kampfes untergraben werden. Wenn RaverInnen Beziehungen schaffen, die direkt, unmittelbar und sichtbar sind, dann ist die Feier der Einheit eine qualitativ andere. Die Raves, die es nach Demonstrationen gegen die CJB gab, waren Feiern einer realen, wenn auch begrenzten Überwindung der bürgerlichen Atomisierung, Versuche, eine wirkliche, kollektive Einheit zu bewahren, die viele zum ersten Mal erlebt hatten. Und auch im Hyde Park war die Einheit, die die Tanzenden zelebrierten, als sie sich den Polizeieinheiten entgegenstellten, nicht mehr illusorisch. Können diese RaverInnen erkennen, daß die 'Revolution des Bewußtseins' untrennbar ist von der Veränderung der materiellen Realität? Können sie zu DialektikerInnen werden?

Ein Sommer Klassenkonflikt zwischen RaverInnen und der Polizei würde die besondere Stellung von Ereignissen wie in der Claremont Road verschwinden lassen. In den letzten Jahren mag es einen Niedergang der illegalen Raves gegeben haben, aber sie würden, eine ausreichende Organisierung vorausgesetzt, immernoch große Mengen von ProletarierInnen ungeachtet des Gesetzes anziehen. Es gibt buchstäblich Millionen RaverInnen mehr als Straßenbau-GegnerInnen, und wenn sie sich nur mit einem Bruchteil davon auseinandersetzen müßte, würde dies der Polizei wesentliche Probleme bereiten. Aber es sind nicht nur die quantitativen Dimensionen solcher möglichen Konflikte, die sie zu einem solchen, qualitativ wichtigen Feld macht.

Insgesamt sind Raves die am wenigsten politisierte Aktivität, auf die der CJ&POA abzielt, aber die RaverInnen sind theoretisch in der besten Position, das Kapital-Verhältnis hinter den Aktionen des Staates zu erkennen. Die Gesetzgebung gegen Raves ist ein Versuch, diese stärker der Warenform zu unterzuordnen und sie wieder in die herkömmlichen Kapitalkreisläufe zu integrieren, in denen sie reguliert werden und der Besteuerung unterworfen werden können. Viele RaverInnen, die sich an der Bewegung beteiligt haben, verstehen nur wenig, warum sie ungerechterweise herausgepickt wurden. Die Advance Party kann ihnen nicht helfen, da sie nicht in der Lage ist, die Warenform zu kritisieren. Aber wenn die mehr an Geld orientierten Rave-OrganisatorInnen stärker zur Akzeptanz der Zwänge der Kommerzialisierung tendieren, statt zu riskieren, daß ihr 'konstantes Kapital' von der Polizei beschlagnahmt wird, dann werden sich die Unterschiede innerhalb der Rave-Szene vielleicht schärfer ausdrücken.

Sicherlich hängt viel davon ab, wie diejenigen mit den Mitteln, Raves zu veranstalten, in diesem Sommer auf das Gesetz reagieren. Es hat sich ein gewisser Gard an Organisierung unter denjenigen Sound Systems entwickelt, die in der Vergangenheit freie Raves veranstaltet haben, daher ist es möglich, daß dem kommerziellen Druck widerstanden wird. Aber es gibt auch Anzeichen, daß solcher Widerstand nicht zu dem offenen Antagonismus führen könnte, der ein solches Potential für einen heißen Sommer des Klassenkampfes bietet. Dies sind Zeichen, daß ein solcher Antagonismus vermittelt werden könnte, so wie in Luton mit dem Exodus Collective der Fall war. ⁽³¹⁾

Das Exodus Collective hat seit 1992 freie Raves um Hertfordshire herum organisiert und hat massive Verfolgungen durch die Polizei erfahren. Aber durch ihre Aktivitäten haben

sie auch eine Menge an Unterstützung in der Region aufgebaut. Als die Polizei also 52 TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen einer Party festnahm und die Ausrüstung beschlagnahmte, wurde die Polizeistation von Luton von 4.000 wütenden RaverInnen belagert, die ihre Freilassung verlangten. Flaschen wurden geworfen; und die 150 Polizisten in der Station, die einen Ausbruch proletarischer Justiz fürchteten, wandten sich an Exodus, zur Mithilfe bei der Kontrolle der Menschenmenge. Exodus zerstreute die gerechtfertigte Wut der Menge und verhandelte mit der Polizei um die Freilassung der Gefangenen und der Zurückgabe der konfiszierten Ausrüstung. Als ein Übereinkommen erreicht war, forderte Exodus im Gegenzug die Menge auf, sich zu zerstreuen und nach Hause zu gehen.

Dadurch daß Exodus, durch die Kontrolle der Macht der RaverInnen im Tausch mit Zugeständnissen seitens der Polizei, seine Fähigkeit zur Vermittlung gezeigt hat, befindet es sich jetzt in einer Position, in der die Polizei nicht mehr versucht, es zu zerschlagen, sondern stattdessen mit ihm zusammenarbeiten will. Die Abschnitte des CJ&POA, die sich auf Raves beziehen, verleihen der Polizei die Vollmacht zu solchen Abwägungen, die daher 'verantwortungsvollen' Gruppen wie Exodus erlauben kann, freie Raves zu veranstalten, um stattdessen gegen leichtere oder gefährlichere Ziele vorzugehen. Die Entwicklung eines offenen Antagonismus könnte daher durch solche Vermittlungen untergraben werden.

Das weitere Stattfinden freier Raves würde eine Art Sieg darstellen, aber wenn diese durch die altmodische sozialdemokratische Vermittlung zustandekommen, wird dies einen Preis haben. Wir denken da an die Pläne, die das Exodus Collective nach dem Hyde Park Riot angekündigt hat, für eine Demonstration in London irgendwann in diesem Frühling, an der sich Sound Systems aus dem ganzen Land beteiligen sollen, die sich zur Gewaltlosigkeit verpflichtet haben und wo sich auf allen Transportern Mikrophone zur Kontrolle der Menschenmenge befinden.⁽³²⁾ Wir können mit recht spekulieren, daß die Polizei, nach der Erfahrung der Wut der Aufständischen am Hyde Park, auf die Forderungen nach Musik eingehen würde, und im Gegenzug würde Exodus bestrebt sein, sicherzustellen, daß niemand das zusammengeflackte Boot zum Kentern bringt. Die RaverInnen würden das kriegen, wofür sie letztes Jahr gekämpft haben, ohne dies nocheinmal tun zu müssen. Aber durch eine solche, erhandelte 'Freiheit zur Party' wäre die Legitimität des Staates wieder gestärkt.

Die Beschaffung solcher Freiheiten durch diese neuen VereinnahmerInnen kann dazu dienen, eine Herausforderungen an die Garanten der Bedingungen der Unfreiheit zu untergraben, wenn nicht auch die RaverInnen, durch ihre Beteiligung an der Bewegung, ein Bedürfnis nach der Art von Freiheit entwickeln, die nicht gegeben, sondern nur genommen werden kann.

3. Schlußfolgerungen

Der CJ&POA ist ein Teil der Gesetzgebung, die uns als Individuen gleich vor der Unparteilichkeit des Gesetzes behandelt. Das 'Recht auf Schweigen' kann nicht mehr von einem Ladendieb, noch von Michael Howard in Anspruch genommen werden. Die Queen kann nicht mehr ohne meine Erlaubnis in meinem Garten Parties feiern, ebensowenig wie ich in

ihrem. Und die Direktoren von Tarmac oder Wimpey können mich nicht mehr davon abhalten, auf meinem Grund und Boden meinen gesetzmäßigen Geschäften nachzugehen, ebensowenig wie ich sie. Ist diese Ironie bei denjenigen umsonst, die weiterhin die Bewegung in den Begriffen von 'Bürgerrechten' darstellen, oder glauben sie, daß solche *Klassenungleichheiten* durch ihre progressive Unterstützung behoben werden könnten?

Als Individuen werden wir durch Rechte geschützt. Das grundlegende Recht, aus dem alle anderen abgeleitet sind, ist das Recht des Eigentums. Die bürgerliche Gesellschaft hat in den meisten Ländern die Sklaverei abgeschafft, durch die *Ich* gegen meinen Willen zum Eigentum eines anderen werden kann. Ich bin ein Gleicher unter anderen, frei über mein Eigentum zu verfügen, wie ich will; wenn jemand anderes es will, sagt das Gesetz, daß er/sie es nicht gewaltsam nehmen kann, sondern kaufen muß. Aber was besitze ich, was ich verkaufen kann? Nur meine Fähigkeit zu arbeiten. Auf diese Weise existiert das soziale Verhältnis Eigentum zwischen auf einer Seite denjenigen mit den Mitteln, Arbeit zu befriedigen, und auf der anderen Seite denjenigen, die ihre Arbeit an erstere verkaufen müssen. Das Wesen des privaten Eigentums wird deutlich: Nicht Besitz, sondern Ausschluß:

"Proletariat und Reichtum sind Gegensätze. Sie bilden als solche ein ganzes. Sie sind beide Gestaltungen der Welt des Privateigentums ... Das Proletariat ist ... als Proletariat gezwungen, sich selbst und damit seinen bedingten gegensatz, der es zum Proletariat macht, das Privateigentum, aufzuheben. ... [Es] fühlt sich in der Entfremdung vernichtet, erblickt in ihr [seiner] Ohnmacht und die Wirklichkeit einer unmenschlichen Existenz."

(Karl Marx: 'Die heilige Familie')

Keine Menge von Rechten kann den absoluten Mangel der proletarischen Bedingungen ausgleichen. Die Welt der Rechte ist auf unserer Entfremdung errichtet. Rechte definieren nicht die Freiheit, sondern ihre Grenzen. Wirkliche Freiheit kann nur entstehen durch die Auflösung dieser Welt der Rechte, die Wiederherstellung unserer kreativen Fähigkeiten für uns in einer Welt, in der die freie Entwicklung des Einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Der Kommunismus schafft die Rechte ab, zugunsten der freien Bestimmung, der Schaffung zuallererst unserer selbst als soziale Individuen mit reich entwickelten Bedürfnissen und Begierden. Das Werben um Rechte auf der anderen Seite trägt dazu bei, diese stinkende, verdorbene Welt der Arbeit und des Zwangs, Unfreiheit und Armut zu erhalten.

Die Negation der bürgerlichen Gesellschaft existiert jedoch im Prozeß der Entstehung. Sie muß in den Tendenzen im Hier und Jetzt entdeckt werden. Und trotz der Sprache der Bewegung, die in Opposition zur CJB entstanden ist, können wir, wenn wir uns darum bemühen, an der Oberfläche zu kratzen, sehen, daß sie Tendenzen enthält, die die Auflösung dieser entfremdeten Welt der Rechte postulieren. Dies existiert in der Verweigerung der Straßenbau-GegnerInnen gegenüber der Demokratie, der Verweigerung der HausbesetzerInnen gegenüber dem Eigentumsrecht, und der Suche der RaverInnen nach Autonomie. Dies drückt sich aus in der Selbst-Organisation der Bewegung, und fand seinen Höhepunkt im Hyde Park Riot.

Wir müssen nach den Möglichkeiten suchen, daß sich diese Tendenzen als bewußte anti-

kapitalistische Bewegung ausdrücken. Eine solche Möglichkeit ist keine abstrakte oder utopische, sondern wird durch die Bewegung selbst gestellt. Der CJ&POA hat früher getrennte Phänomene in eine Beziehung zueinander gebracht und ein gewisses Maß an gegenseitiger Beeinflussung zwischen den Kämpfen verursacht. Dadurch hat er unter den Beteiligten die Frage gestellt, wie sich diese Kämpfe zueinander verhalten. Dadurch wurde die Möglichkeit eröffnet, das *Allgemeine* (das allgemeine Kapital) zu erkennen, das durch und im *Besonderen* (die Straßenindustrie, die Musikindustrie, die landwirtschaftliche Industrie, Bauunternehmen, Polizei) existiert.

Die Möglichkeit des Erkennens des Feindes als die differenzierte Einheit des Kapitals existiert, und damit die seiner Negation, nicht mehr als getrennte Gruppen, sondern als Verbindung in der differenzierten Einheit, die die allgemeine Klasse bildet, die das Proletariat ist.

Eine solche Entwicklung von proletarischer Subjektivität kann nicht von der politischen Neuzusammensetzung der Klasse getrennt werden. Ein weiteres Auseinanderfallen könnte dazu führen, daß diese Tendenzen noch tiefer unter der Decke des Liberalismus verschwinden. Im gegenwärtigen Zusammenhang könnte die Entwicklung eines Kampfes gegen die Job Seekers Allowance, die eine Bedrohung für die soziale Reproduktion durch Sozialhilfe darstellt, die die Grundlage für die meisten dieser Kämpfe und Lebensstile ist, ein wichtiger Schritt in Richtung eines besseren Verständnisses der bürgerlichen Gesellschaft als Klassengesellschaft sein. Langfristig wird dies davon abhängen, daß Verbindungen hergestellt werden zu den Kämpfen des Restes der Klasse, eine Möglichkeit, die durch die Notwendigkeit geschaffen wird, die sich dem Staat stellt, über die Angriffe auf marginalisierte Teile der ArbeiterInnenklasse hinauszugehen und die Verschanzung der Überreste anzugreifen. Die Entwicklung von Klassenbewußtsein ist untrennbar verbunden mit der Erfahrung von Klassenkämpfen.

Ein undialektisches Herangehen an diese Frage ist jedoch unzureichend. Das Verhältnis zwischen Bewußtsein und Sein ist kein Einbahnstraße, und eine Herangehensweise, das es als solche begreift, kann nur eine Wiederholung, oder eine Umkehrung der Mißverständnisse Lenins sein. Menschliche Aktivität ist bewußte Aktivität. Menschen funktionieren nicht automatisch, nur um danach über ihr Tun nachzudenken. Sie denken auch davor darüber nach, was sie tun. Was die Anti-CJ&POA-Bewegung tut, spiegelt die verschiedenen Vorstellungen ihrer ProtagonistInnen darüber wider, wie weiterzumachen sei. *Ideen* sind wichtig.

Das liberale Establishment hat Einfluß auf die Ideen in der Bewegung. Es bietet Ideen an, die die Bewegung in die entgegengesetzte Richtung von Emanzipation steuern. Gruppen wie Liberty und Charter 88 werden nicht gesehen, als hätten sie eine politische Tagesordnung, da Tagesordnungen Vorschläge zur Veränderung sind, und diese Gruppen sind grundsätzlich für den gegenwärtigen Zustand. Sie zielen auf die Perfektion des bürgerlichen Staates, seine Übereinstimmung mit dem demokratischen Ideal. Zufrieden mit ihrer Entfremdung erkennen diese Fachleute, die für gesetzliche Reformen eintreten, nicht den grundsätzlichen Antagonismus in dieser Gesellschaft, ein Antagonismus, der bedeutet, daß sich ihr Traum niemals erfüllen wird, da die ausgebeutete Klasse immer die Tendenz haben wird, die Regeln des demokratischen Spiels zu mißachten. Aber viele in der Bewegung leben

nicht durch den Wohlstand und den Status, der mit einer professionellen Rolle verbunden ist, abgesondert von der harten Realität des Kapitalismus, auch wenn sie sich der wahren Bedeutung der politischen Tagesordnung des liberalen Establishments nicht bewußt sind. Viele in der Bewegung haben nichts zu verlieren als ihre Illusionen, daß sie etwas gewinnen könnten, wenn sie sich anpassen. Ihre Stellung als Marginalisierte in einer Klassengesellschaft bedeutet, daß, ob diese Aussicht nur ansprechend ist oder nicht, die Zukunft für viele nichts als Auseinandersetzungen bereithält. Unter diesen Umständen können revolutionäre Ideen eine Rolle spielen.

Haben RevolutionärInnen angemessen auf die Fragen reagiert, die durch den Kampf gestellt wurden? Haben sie der Selbst-Organisierung der ArbeiterInnenklasse durch die Praxis geholfen? Lassen wir den/die LeserIn dies beurteilen. Sicher ist, daß Theorie und Praxis vieler RevolutionärInnen sich im Verhältnis zu der Linken in einer vergangenen Ära gebildet haben, in der sie proletarische Autonomie gegen die vereinnahmenden Greifarme der Linken verteidigten. Aber so wie sich die Welt um uns herum verändert, so müssen sich auch Theorie und Praxis entwickeln. RevolutionärInnen müssen die neuen Bedingungen für die Kämpfe erklären, die entstehen; Bedingungen, die dieser Bewegung ihren eigizartigen Charakter gegeben haben. Wenn wir dies nicht tun, werden wir im Museum für Revolutionäre *Ideologie* ausgestellt. Dieser Artikel ist ein Beitrag zu diesem Prozeß der *Aufhebung*.

Mai 1995

Fußnoten:

1. Siehe "EMUs in the Class War" in *Aufheben* Nr.1.

Der Nachkriegsboom basierte auf dem keynesianistischen Abkommen. Die Rolle der Regierung bestand in der inflationären Nachfragepolitik, der Anregung der Nachfrage durch Defizit-Finanzierung, d.h. staatliche Ausgaben finanziert durch Kreditaufnahme. Die Überleitung finanzieller Forderungen auf zukünftigen Mehrwert in nie gesehenem Ausmaß untermauerte die Garantie eines Wachstums bei Vollbeschäftigung und relativ großzügigen Sozialleistungen. Der Preis, den die ArbeiterInnenklasse für den Soziallohn in Form von Gesundheitsversorgung, sozialem Wohnungsbau, Ausbildung und sozialer Absicherung zahlen mußte, war die Akzeptanz des "Fordistischen Deals", mit der Folge der Aufgabe der Kontrolle über die Produktion. Die Übereinkunft basierte auf der sich ausdehnenden Produktion von relativem Mehrwert, was steigende Löhne zusammen mit steigendem Profit möglich machte. Eine ständig steigende Ausbeutungsrate (das Verhältnis von Mehr- zu notwendiger Arbeit) war der Schlüssel zur erweiterten Reproduktion des Kapitals, die erlaubte, daß Kredite als Aufschwung-Darlehen funktionieren konnten. Die Akkumulation von produktivem Kapital stellte die Grundlage für die Akkumulation von Geldkapital dar. Das Zentrum des keynesianistischen Nachfragemanagements stellte die Regulation des internationalen Kapitalflusses durch das Bretton Woods-System der festen Wechselkurse dar, die Regulation der internationalen Defizit-Finanzierung der Weltmarkt-Nachfrage durch eine inflationäre Versorgung des Restes der Welt mit Dollars aus der dominierenden US-Ökonomie. Doch 1973 zerfiel das Bretton Woods-Abkommen von 1944.

Schon Mitte der 60er Jahre hatte das Wachstum des Welthandels eine schnelle Ausdehnung des Kreislaufs des internationalen Finanzkapitals und die Entwicklung globaler Kapitalmärkte hervorgerufen. Insbesondere die Entwicklung von Euro-Dollar-Märkten, auf denen Dollars gehandelt wurden, die früher im Austausch gegen US-Produkte in ihr Herkunftsland zurückgewandert waren, signalisierte, daß die institutionellen Arrangements, die den internationalen Finanzkapitalfluß auf die nationale Akkumulation von produktivem Kapital beschränkt hatten, Lücken bekamen. Aber es waren die Kämpfe einer neuen Generation von Nachkriegs-ProletarierInnen, die die Lücken zu Brüchen werden ließen. Die Bestrebungen der ArbeiterInnenklasse mußten durch Lohnzugeständnisse und steigende öffentliche Ausgaben in die Ökonomie integriert werden. Die steigenden Kosten des 'Nachfrage-Managements' trugen nur dazu bei, das Verhältnis zwischen Mehr- zu notwendiger Arbeit zu verschlechtern und so die Kosten für produktive Investitionen in die Höhe zu treiben. Und als die Profite gedrückt wurden, versuchte das Kapital nicht nur, mehr Kredite aufzunehmen, um die fallenden Profite auszugleichen, sondern tendierte zunehmend dazu, die gemachten Profite auf den Geldmärkten zu plazieren. Während also der Nachkriegsaufschwung anging, in eine Rezession abzugleiten, trafen sinkende Profitraten mit einer zunehmenden monetären Akkumulation zusammen, wo die Finanzierung des Aufschwungs über Kredite dem Recycling der Kredite Platz machte, dem spekulativen Aufschub der Kapitalvernichtung, welche den Zusammenbruch der produktiven Aktivitäten verhindert, aber nur auf einer immer fiktiveren Grundlage aufrechterhält. Die Erhöhung des Ölpreises 1973 gab der relativen Autonomie des Finanzkapitals einen massiven Auftrieb, indem riesige Kapitalbeträge verflüssigt und vom industriellen Kapital in die Tresore des internationalen Bankensystems geleitet wurden.

Diese Entkopplung verschiedener Formen des Kapitals ist es, das wir als die neue globale Realität des Finanzkapitals beschrieben haben. Die Abschaffung fester Wechselkurse begründete einen deregulierten Markt der Währungsspekulation, der der nationalen Organisation des Geldes eine monetäre Disziplin auferlegt hat. Spekulative Bewegungen gegen die Währung von Nationalstaaten, die als schwach gelten (festgemacht an Werten wie Staatsverschuldung, Zahlungsbilanz, hoher Inflation etc.), lenken Finanzkapital weg von diesen Staaten, und untergraben dadurch die Integration ihrer Ökonomien in den Weltmarkt und zwingen die Regierungen dazu, ihre Politik zu ändern. Staatliche Politik ist so dem Fluß des Geldkapitals auf den internationalen Finanzmärkten unterworfen. Diese Tatsache wurde dem britischen Staat durch die Sterling-Krise von 1976 klargemacht, die dazu führte, daß die Labour-Regierung Kredite beim IWF aufnahm und versprach, ihren Sparkurs zu verschärfen. In einer späteren Ausgabe werden wir auf diesen Aspekt des Rückzugs der Sozialdemokratie zurückkommen.

2. Ein nützlicher Bericht über das Ausmaß, in dem der Monetarismus seine eigenen Versprechen verfehlt hat, kann in dem unglücklichen akademischen Geschwafel in Werner Bonefeld: *"The Recomposition of the British State During the 1980s"*, Dartmouth Publishing, 1993, ausfindig gemacht werden.

3. Ein gutes Beispiel ist "Anarchism in the Thatcher Years" in *Socialism from below*, Vol.1 No. 1 (July 1989). In diesem Artikel werden einige richtige Punkte über die Grenzen von 'Life Style-Politik' festgehalten, aber die meisten der Anarchist Workers Group, die dieses kurzlebige Magazin veröffentlicht hatte, sind später der RCP beigetreten - wenn es

jemals ein Beispiel für Links-Sein als Lebensstil gegeben hat, dann ist es diese Partei!

4. Die langsame Unterwanderung des Stonehenge Festivals wird ausführlicher untersucht in: "*Om Sweet Om - A Cautionary Tale of Stonehenge, Convoys, Mutoids etc.*", einem Artikel in *No Reservations - Housing Space and Class Struggle* (News from everywhere, Box 14, 136 Kingland High St., London E8).

5. Ausländische LeserInnen kennen diese 'Schlacht' vielleicht nicht, die in Wirklichkeit sehr einseitig war, da es mehr eine wilde Flucht vor der Polizei war. Der 'Konvoy' der TravellerInnen war nicht in der Lage, die Straßenabspernung der Polizei zu durchbrechen, wie viele von uns, die wir zu Fuß unterwegs waren, gehofft hatten, und wurde stattdessen auf ein Bohnenfeld in der Nähe von Stoney Cross, nicht weit von Stonehenge, abgedrängt, wo die Polizei sie zusammenschlug und ihre Fahrzeuge demolierte.

6. Auch wenn es als Benefiz-Festival für Greenpeace oder die CND bezeichnet wird, geht ein wesentlich größerer Teil der Einnahmen direkt an die Polizei.

7. Siehe: "What Future for the Real Raver?" und "The Political Economy of Ecstasy" in *Here and Now*, Nr. 14 (1993). Diese Artikel sind die besten Versuche, die Rave-Szene zu durchleuchten, die wir bisher gefunden haben.

8. Not In My Back Yard - Nicht in meinem Hinterhof

Siehe die Artikel in *Aufheben* Nr. 1 und Nr. 3.

9. Abgesehen von Video-Piraten, obszönen Anrufern, (vulgären) Rassisten, 'Terroristen', Kartenschwarzhändlern, Kiffern und Schwulen unter 18.

10. Die Parteilinke enthielt sich eines Kommentars, weil sie verschiedene 'progressive' Paragraphen im Gesetz zu erkennen glaubte, wie die neuen gegen Belästigung, die sich angeblich gegen Rassisten richteten. Aber die Paragraphen sind nicht spezifiziert, und es ist wahrscheinlicher, daß sie eher gegen Leute angewendet werden die ihre Abgeordneten oder Stadträte belästigen, als gegen Rassisten. Die Labour-Linke erkennt nicht, daß der Staat das Hauptproblem darstellt und kein Teil der Lösung sein kann. Entweder das, oder sie sind sich bewußt, daß eine wirkliche Lösung dieser Probleme ihr Ende bedeuten würde.

11. Sowohl die SWP als auch Militant zappeln herum wie ein Fisch auf dem Land. Das Problem des Rechtsrucks der Labour Party wurde durch den Zusammenbruch des 'realexistierenden Sozialismus' verstärkt. Militant kämpft schwer damit, sich an ein Leben nach dem Entrismus anzupassen. Sie tapsen in Gebieten wie den Vereinigungen von SozialhilfeempfängerInnen herum, die eher dazu neigten, sich im Umfeld des Anarchismus aufzuhalten (seit den 30er Jahren zumindest) und scheitern damit kläglich, da sie herausfinden, daß die Arbeitslosen, die ihre Lebensbedingungen am meisten verteidigen, auch die letzten sind, die sich selbst als arbeitslose *ArbeiterInnen* ansehen. Die SWP, die sowieso außerhalb der Labour Party steht, und gegenüber der Sowjetunion revisionistischer war als jede andere trotzkistische Gruppe, hat es geschafft, einen großen Zustrom von neuen Rekruten zu gewinnen, aber hat auch herausgefunden, daß die Umformung dieses Rohmaterials in fertige Kader wesentlich schwieriger ist. Wenn

Brighton als Beispiel gelten kann, dann ist die SWP in ernsthaften Schwierigkeiten, so wie sie Mitglieder verliert und richtungslos herumzappelt. Nur die Anti Nazi League (ANL) scheint die Partei am Leben zu erhalten, aber es gibt Grenzen, inwieweit faschistische Bedrohungen geschaffen werden können, um die Bedürfnisse der Partei zu befriedigen, was die Desillusionierung in den eigenen Reihen zwar auf später verschiebt, aber letztendlich verschärft. Doch sollten wir die Krise der Linken nicht überschätzen, da sowohl Militant mit seiner 'Alliance', als auch die SWP mit ihrer 'Coalition' eine Bedrohung für die Autonomie der Anti-CJ&POA-Bewegung darstellen.

12. Obwohl wir die Begriffe 'Fluffies' und 'Fluffy-Ideologie' benutzen, als ob sie eine zusammenhängende Gruppe von Menschen und Ideen bilden würden, sollte im Kopf behalten werden, daß unser 'Fluffy' ein Stereotyp ist, das notwendig gemacht wird durch die Tatsache, daß die Leute und Ideen, auf die wir uns damit beziehen, so widersprüchlich und uneinheitlich sind.

13. Die sichtbarsten Ausdrücke der DIY-Kultur sind die genehmigten besetzten Häuser Cool Tan Arts in Brixton und Rainbow Church in Kentish Town, und die Masse der 'Community Arts Centres', die in den letzten sechs Monaten überall im Land entstanden sind (und später in einigen Fällen geräumt wurden).

14. Welche Problematik der proletarischen Subjektivität? Für TrotzkiInnen gibt es keine Problematik der proletarischen Subjektivität, nur das Problem der Führung, das Problem, eine Avantgarde aufzubauen, um die subjektiven Voraussetzungen für die Revolution zu schaffen, jetzt da die objektiven Bedingungen reif sind. Für Radical Chains gibt es kein Problem, da proletarische Subjektivität nicht in ihre Theorie der Selbstorganisation der ArbeiterInnenklasse eingeht, die als ein Prozeß angesehen wird, der - entsprechend der Vergesellschaftung der Arbeit - hinter dem Rücken der ArbeiterInnenklasse selbst vor sich geht. Für bestimmte englischsprachige Autonome, wie Harry Cleaver und Midnight Notes, gibt es kein Problem. Entwicklungen werden als Resultat zweier widerstreitender Strategien gesehen; so wird die Subjektivität der ArbeiterInnenklasse einfach in der Existenz einer Strategie der ArbeiterInnenklasse vorausgesetzt. Diese tadellose Annahme erlaubt ihnen, den Klassenkampf in allen möglichen, offensichtlich liberalen, sozialen Kämpfen zu sehen, und sich unkritisch auf diese zu beziehen. Die unkritische Annahme, daß die Subjektivität der ArbeiterInnenklasse offensichtlich getrennte Einzelthemen miteinander verbindet, umgeht das Problem der liberalen Aspekte dieser Kämpfe, indem sie ignoriert werden. Diese Strategie mag dazu geeignet sein, der us-amerikanischen Intelligenz die beständige Wichtigkeit einer Theorie der Klassenkämpfe zu demonstrieren, und paßt zu einem Verhältnis zu diesen Kämpfen, daß in einem, wenn überhaupt irgendwie unterstützend, nachdenklichen Denebenstehen besteht. Aber für Subjekte, die sich als RevolutionärInnen in diesen Kämpfen engagieren, muß der liberale Aspekt rücksichtslos kritisiert werden, um praktische Verbindungen zwischen Kämpfen auf eine Weise aufzubauen, die den zugrundeliegenden Klasseninhalt zum Vorschein bringt. Viele 'Ultra-Linke' teilen diese Annahme von proletarischer Subjektivität, ziehen aber die genau entgegengesetzten Konsequenzen. Sie klammern sich an ein Ideal angeblicher Subjektivität der ArbeiterInnenklasse, dem sich die Realität des Klassenkampfes stur weigert zu entsprechen. Sie sehen, zum Beispiel, im Antifaschismus *nur* die Verteidigung der

Demokratie, in StudentInnenkämpfen *nur* die Verteidigung von Privilegien, im Feminismus *nur* bürgerliche Forderungen. Diese Unfähigkeit, die Widersprüche in diesen Bewegungen zu verstehen, hat seinen logischen Höhepunkt in der Ablehnung einer Fundierung des Kommunismus auf dem grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus und, stattdessen, einem primitivistischen Romantizismus. Aber keiner dieser Wege, das Problem zu betrachten, ist ihm angemessen. Wir können diese Kämpfe weder nach unserem Augenschein beurteilen und kritisch fallenlassen, noch können wir ignorieren, was sie von sich selbst sagen, und sie unkritisch akzeptieren. Revolutionäre Praxis erfordert eine kritische Einmischung in die existierenden Widersprüche, die Suche nach Möglichkeiten, Kämpfe über die liberalen Sichtweisen, die sie eingrenzen, hinaus zu entwickeln - ein Projekt mit sowohl praktischen als auch theoretischen Momenten.

15. Nachdem wir uns schon in *Aufheben*, No.3 mit dem Problem des Arbeiterfetischismus in Beziehung zu den Anti-Straßen-Protesten beschäftigt haben, sollte es nicht mehr nötig sein, unsere Argumentation hier zu wiederholen. Der Arbeiterfetischismus der SWP wurde überdeutlich illustriert auf einer Demonstration in Brighton, wo ein lokaler Obermacker auf ein paar Kinder von TravellerInnen (nicht älter als 12 oder 13 Jahre) zuging, die fröhlich "Kill The Bill" riefen, und ihnen lehren wollte, stattdessen "The workers united will never be defeated" zu rufen. Sie waren etwas belustigt, um das mindeste zu sagen!

16. Der Reflex der Linken, die RMT dazu aufzufordern, einen unbefristeten Streik auszurufen oder ihre anderen Mitglieder zur Unterstützung zu mobilisieren, ignoriert die Tatsache, daß die Streiks für sich alleine sehr wirkungsvoll waren. Die SignalarbeiterInnen waren in der Lage, ihren Lohnverlust an den Streiktagen durch die Überstunden auszugleichen, die sie benötigten, um das Chaos, das sie verursacht hatten, wieder in den Griff zu kriegen, während Railtrack alle anderen ArbeiterInnen an den Streiktagen für das Nichtstun bezahlen mußte. Es gab für sie keine Notwendigkeit, ebenfalls zu streiken - es hätte Railtrack nur die Lohnkosten gespart - außer um die Basis der Auseinandersetzung zu verbreitern. Ein autonomer Streik gegen die Privatisierung (wozu die RMT wegen der Drohung mit Zwangsverwaltung nicht aufrufen kann) hätte zur Beteiligung der Passagiere aufrufen können. Aber die EisenbahnarbeiterInnen haben sich dazu entschieden, die Privatisierung nicht zu sabotieren und stattdessen ihr Heil in der Zerschlagung des Betriebes zu suchen. Es ist nicht so, daß der Vorsitzende der RMT sie einfach verarscht - sie akzeptieren die Repräsentation durch die RMT, weil sie die Konsequenzen eines vollentwickelten Streiks fürchten.

17. Operation Emily war nach Emily Pankhurst, dem ehrwürdigen Aushängeschild der Suffragetten, benannt worden. Die Fluffies waren sich wahrscheinlich nicht der mehr proletarischen Elemente in der Bewegung der Suffragetten bewußt, die etwas Klassengewalt nicht abgeneigt waren. *Sylvia* Pankhurst zum Beispiel hätte zugestimmt, wenn sie gesehen hätte, wie andere Gitter später im Jahr benutzt wurden.

18. Die Reparatur der Abflußrohre erhöhte die Kosten der Bauunternehmen und verzögerte die Eröffnung der Straße. Doch der wesentliche Wert der Sabotage lag in ihren Auswirkungen auf die Stimmung der Menge, und der Unterminierung der Stellung derjenigen Fluffies, die Sabotage an Eigentum für 'Gewalt' und deshalb für nicht gerechtfertigt halten.

19. Das Problem wurde im 'Interactive Diners Club' im Rainbow Centre diskutiert, wo jemand, der sich besonders wegen der Jagd-SaboteurInnen Sorgen machte, vorschlug, 'Krawallmacher' mit Farbe zu besprühen, um sie für die Polizei identifizierbar zu machen, ein Vorschlag, der zum Glück von einem/r Deliquierten des Exodus Kollektivs abgewehrt wurde. Dann, ungefähr eine Woche vor der Demonstration, schlug das Freedom Network im Cool Tan vor, die Demonstration vollständig abzusagen, und stattdessen eine nicht-konfrontative Aktion am selben Tag an einem anderen Ort zu organisieren. Sie mußten von Gruppen von überall aus dem Land davon abgebracht werden, die Wochen damit zugebracht hatten, die Anreise etc. zu organisieren.

20. "Die Criminal Justice Bill richtet sich gegen unser Recht auf friedlichen Protest. Es ist äußerst wichtig, das wir dies ... auf eine friedliche Art und Weise verteidigen. In der Vergangenheit sind große Aktionen durch eine Kombination von hart eingreifender Polizei und gewalttätigen Aufrührern in der Menge in 'Riots' verwandelt worden. ... es liegt an euch, sich nicht provozieren zu lassen ... Die 'Law und Order'-Lobby und ein Großteil der Medien würden sich auf die Möglichkeit stürzen, uns als gewalttätige Krawallmacher darzustellen, mit denen hart umgegangen werden muß. Denke daran, daß ihr ein Individuum seid ... Wenn ein oder zwei Individuen aggressiv werden, kann die Bildung eines Kreises von nicht aggressiven Menschen um sie herum wirkungsvoll sein ... 1) Haltet euch an den Händen ... 2) Setzt euch alle hin ... 3) ... bildet eine 'Teppich', indem ihr euch alle auf den Boden legt. ... Bitte haltet euch an die Strecke, die mit der Polizei abgestimmt ist ... Denkt daran, daß die Polizei aus Individuen besteht - mit Familien, Gefühlen und ihren eigenen Problemen ... versucht, freundlich und höflich zu sein ... Wenn ihr verhaftet werdet, verhaltet euch ruhig und widersetzt euch nicht der Verhaftung." - Freedom Network.

21. Das Magazin *Squall* machte die Sache nicht unbedingt besser, als es den Artikel des freien Journalisten C.J. Stone veröffentlichte. Die notwendigerweise verquere Logik derjenigen, die gleichzeitig den Reiz der Verweigerung genießen und sich an die Sicherheit der Unterwerfung klammern, wird in seinem Artikel "The Triumph of Love Over Anger" in *Squall* Nr.8, Herbst 1994 demonstriert. Seine Angst, seine Rolle als kriecherischer Kommentator zu verlieren und eine Welt ohne Rollen zu betreten, in der er *alles oder nichts* sein könnte, wird deutlich, wenn er nicht die OrdnerInnen der Fluffies, sondern diejenigen, die gegen die Polizei kämpften, beschuldigt, "Agenten des Staates" zu sein, "seinen Interessen zu dienen, nicht unseren". Linke JournalistInnen machen sich selbst vor, 'den Menschen' zu dienen, trotz der Tatsache, daß sie für die Medien arbeiten, deren Existenz voraussetzt, daß 'die Menschen' als Lohn-SklavInnen atomisiert bleiben. Der linksliberale Lack, mit dem er seine Lügen überzieht, macht C.J. Stone schlimmer, nicht besser, da dieser dazu beiträgt, daß diejenigen, um die es geht, diese eher glauben. Er sollte mit der Verachtung behandelt werden, die für 'Agenten des Staates' übrig ist.

22. Wir weisen geradewegs die Behauptung von Fluffies zurück, daß die Polizei absichtlich den Riot provoziert hat. Es ist interessant, daß viele 'Ultra-Linke' diese Art von Interpretation von Riots teilen.

23. Die Presse wiederholte die Behauptung der Polizei, die Menge schließlich aus dem Park vertrieben zu haben. Dies war nicht der Fall. Als sie bemerkten, daß die Menge langsam kleiner wurde, beschlossen die Leute schließlich *en masse*, zusammen zu gehen, und

beschäftigten sich etwas mit dem Einwerfen von Schaufensterscheiben in der Oxford Street, während sie gingen.

24. Wie es unsere situationistischen FreundInnen sagen würden, der Totalitarismus des Spektakels bedeutet nicht, daß nur eine Interpretation eines Ereignisses zugelassen wird, sondern ist vielmehr geprägt von dem Angebot einer Vielzahl von sich widersprechenden Erklärungen, die alle Ergebnisse des spektakulären Denkens sind. Die Polizei fürchtet die autonome Subjektivität aus offensichtlichen Gründen, und nachdem sie versucht haben, sie mit Gewalt zu zerschlagen, versuchen sie, sie durch die Verschwörungstheorie zu zersetzen. Linken fürchten sie ebenso, da sie in ihr die Negation ihrer Rolle erkennen. Während einige zufrieden sein werden, daß ihre Rolle negiert wird, so tendieren diejenigen, die weiter oben in der Hierarchie stehen, die mehr ihrer eigenen Subjektivität in die entfremdete Rolle investiert haben, dazu, in ihr ihre Rache zu sehen. Militant demonstrierte nach dem Poll Tax Riot, daß die Rolle der Vermittlung nicht am besten durch die fromme Verurteilung dessen, was Einschränkungen gegen seine Unmittelbarkeit ablehnt, erhalten wird. Daher versuchte die Coalition, die Vernunft der Menge dadurch zu negieren, daß sie sich für den Riot als verständliche, wenn auch unerwünschte Reaktion auf schlechte Polizeiarbeit entschuldigte. Zwei sich widersprechende Meinungen für den/die atomisierte BeobachterIn, einmal die von AnarchistInnen manipulierte Menge, ein anderes Mal die von der Polizei provozierte Menge, die beide versuchen, die Negation des Spektakels zu verleugnen.

25. Militant wäre zweifellos darauf vorbereitet, diese Lücke mit ihrer 'Alliance' zu füllen, aber sie in der Bewegung irgendeine Glaubwürdigkeit hätte, ist eine andere Frage. Interessanterweise ist die Art und Weise, wie Militant die 'Alliance' aufbaut, eine ganz andere als die, wie die Anti-Poll Tax-'Federation' aufgebaut worden ist. Diese basierte auf dem Deligiertensystem, das es Militant erlaubte, die Organisation vollkommen in ihrer Gewalt zu halten, während die 'Alliance' ein lockeres Bündnis ist, das sie anscheinend nur dadurch dominieren wollen, daß sie die zusammenhängendste Sichtweise haben.

26. Als ein Beispiel wäre die vielbeschworene Besetzung eines heruntergekommenen Landstücks in Surry durch die Landreform-Bewegung 'The Land Is Ours' zu nennen. Diese Gruppe, unter der Führung des Akademikers George Mombiot, behauptet, über die sogenannten 're-aktiven' Proteste, wie die gegen Straßenbau, 'hinausgegangen' zu sein, indem sie 'pro-aktiv' sind und 'die Tagesordnung bestimmen'. Hinter dieser radikal-liberalen Sprache ist die Bewegung jedoch ein Versuch, den mit dem CJ&POA in Beziehung stehenden Aktivismus in den demokratischen Prozeß zurückzuführen; die 'neue Tagesordnung' ist nur eine der Reform - der Versuch, einige neue Rechte von den gemeinen alten Landbesitzern zu kriegen - und fällt damit sehr wohl hinter die Perspektiven zurück, die in einigen der 're-aktiven' Kämpfe entwickelt wurden, die Vorstellungen, das ganze System der Pflichten, Rechte und des Austauschs komplett abzuschaffen. Darüberhinaus ist die 'direkte Aktion' der 'Land'-Bewegung eindeutig indirekt, da sie mehr darauf abzielt, Öffentlichkeit zu schaffen durch zeichenartige Ereignisse, um die Aufmerksamkeit der Herrschenden zu erregen, statt darauf, durch die eigene Aktion das eigene Leben zu verändern. Wenn jemand den Aktionen der angeblichen Anregung der Gruppe - den Diggers - (durch die Besetzung von Land, an dem die Landbesitzer tatsächlich Interesse haben) nacheifern würde, würde er/sie zweifellos als 'Krawallmacher'

hinausgeschmissen!

27. *SchNews* c/o 'On The Fiddle', P.O.Box 2600, Brighton, East Sussex.

28. Militant Labour war zentral für diesen Aspekt der Kampagne, daß der Plan als eine Sache der Klasse begriffen worden ist, in dem Sinn, daß die M77 gebaut würde, um den Yuppie-PendlerInnen zu dienen, auf Kosten der lokalen ProletarierInnen, im Gegensatz zu der Entwicklung einer Kritik des Straßenbauprogramms *als solchem*. Jede detaillierte Analyse dieser Kampagne müßte sich mit den widersprüchlichen Auswirkungen ihrer Beteiligung auseinandersetzen: eine 'Klassenanalyse' zu vertreten, während ständig die Aktionen auf die Medien hin ausgerichtet werden; lokale Beteiligung zu fördern, aber Kids, die die Schule schwänzen, dazu aufzufordern, zur Schule zurückzugehen, in die Gewerkschaft einzutreten und um freie Zeit zur Beteiligung an den Protesten zu verhandeln.

29. Die Plakate, die vor kurzem bei den Demonstrationen gegen Lebend-Tier-Exporte zu sehen waren, die diejenigen, die von diesen Darstellungen von englischem Chauvinismus und naivem Sentimentalismus ungerührt waren, mit Nazi-Kollaborateuren, die den Holocaust unterstützten, gleichsetzten, sind eine widerwärtige, aber logische Schlußfolgerung, die TierbefreierInnen ziehen.

Vielleicht sollte gesagt werden, daß auch wenn, zum Beispiel, EinwohnerInnen in der Nähe von Shoreham Harbour nicht einen Finger rührten, um zu verhindern, daß Kohle eingeführt wurde, um den BergarbeiterInnen-Streik zu brechen, es tatsächlich besser ist, daß sie auf diesen Angriff auf ihr Zartgefühl mit Zusammenstoßen mit der Polizei reagieren, statt Zuhause Briefe an ParlamentarierInnen zu schreiben, nicht zuletzt weil es den örtlichen ProletarierInnen eine Möglichkeit gibt, ein kleinen Wortwechsel mit den Bullen zu genießen.

30. Viele der scheinbaren Beteiligungen an anderen Kämpfen außerhalb dieses Wirkungskreises sind in Wirklichkeit Versuche, ihn auszudehnen. So stand die Beteiligung an der Opposition gegen den Golfkrieg auf der Grundlage: 'Kriege töten auch Tiere'.

31. Für Einzelheiten: Siehe *Squall* Nr.8, Herbst 1994.

32. *New Statesman and Society*, 14.Oktober 1994.